

Mitteilung des Senats vom 7. Mai 2013

Fünfter Bericht über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Lande Bremen 2008 bis 2012

Der Senat überreicht der Bürgerschaft (Landtag) den Bericht über die Auseinandersetzung zu Rassismus und Rechtsextremismus im Lande Bremen mit der Bitte um Kenntnisnahme.

EINLEITUNG	3
TEIL A BESTANDSAUFNAHME: RECHTSRADIKALISMUS UND FREMDENFEINDLICHKEIT	6
1. RECHTSEXTREMES DENKEN UND FREMDENFEINDLICHKEIT IN DER MITTE DER GESELLSCHAFT	6
1.1. Grenzbereiche zum Rechtsextremismus	7
1.2. Rechtspopulismus	7
2. ERSCHEINUNGSFORMEN VON RECHTSEXTREMISMUS UND FREMDENFEINDLICHKEIT	10
2.1. Identitätsrock	10
2.2. „Mein deutscher Fußballverein“	11
2.3. Fußballfankultur	11
2.4. Outlaw-Motorcycle-Gangs	12
2.5. Gewalaffine Gruppierungen	13
3. NEUE STRATEGIEN UND IDEOLOGISCHE KONZEPTE	14
3.1. Die Unsterblichen	14
3.2. Autonome Nationalisten	15
3.3. Europäische Aktion	16
3.4. „Identitäre Bewegung Bremen“ (IBB)	17
4. MEDIEN/ INTERNET UND MOBILE TECHNIK-TRENDS	17
4.1. Soziale Netzwerke	17
4.2. Facebook	18
4.3. Internetforen	18
4.4. QR-Codes	18
4.5. Smartphone-Apps mit rechten Inhalten	19
5. MUSIK UND LEBENSFORMEN	19
5.1. Die rechtsextremistische Musikszene	19
5.2. Geschäftswelt, Kneipen	21
6. RECHTSEXTREMISTISCHE ORGANISATIONEN IM LANDE BREMEN	22
6.1. NPD und DVU	22
6.2. Neonationalsozialistische Szene – Freie Nationalisten	23
6.3. Kameradschaft „Sturm Wiking“	25
6.4. „Combat 18“ (C18)	25
6.5. Grenzüberschreitende Verbindungen der rechtsextremistischen Szene Bremens	26
6.6. „Bürgerbewegung Für Bremerhaven“	27
6.7. UNION DEUTSCHER PATRIOTEN (UDP)	29
6.8. „Die Rechte“	30
7. FRAUEN IN DER RECHTSEXTREMISTISCHEN SZENE	30
8. ENTWICKLUNG DER STRAFTATEN IM BEREICH RECHTSEXTREMISTISCH MOTIVIERTER KRIMINALITÄT SEIT 2008	32
8.1. Entwicklung im Land Bremen	32
8.2. Entwicklung im Bundesgebiet	33
8.3. Straftaten politisch motivierter Kriminalität „Rechts“ aus dem Themenfeld „Konfrontation/politische Einstellung“	34
9. AUSGEWÄHLTE GERICHTSVERFAHREN GEGEN RECHTSEXTREMISTEN	35
9.1. "Ostkurvensaal"	35
9.2. Straftaten zum Nachteil der Jugendbildungsstätte „Lidice- Haus“	35
9.3. Strafverfahren gegen Funktionsträger der NPD wegen Volksverhetzung und Verstoßes gegen das Jugendschutzgesetz	36
10. RECHTSEXTREMISTISCHE ORGANISATIONEN UND WAHLEN	36
10.1. Bürgerschaftswahl 2011	36
10.2. Auswertung der Ergebnisse zur Europa- Bundestags- und Bürgerschaftswahl	37
10.3. Wahlergebnisse	38
TEIL B: RECHTSSTAATLICHE INTERVENTION	39
1. IM BUND: RECHTSSTAATLICHE STRATEGIEN ZUR BEKÄMPFUNG DES RECHTSEXTREMISMUS	39
1.1. Gemeinsames Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus GAR	39
1.2. Informations- und Analysestelle - Rechtsextremismus (NIAS-R/PIAS-R)	39
1.3. Koordinierte Internetauswertung Rechtsextremismus (KIAR)	40
1.4. Rechtsextremismusdatei (RED)	40
1.5. Angestrebtes Verbotsverfahren	41
2. Im Land: Maßnahmen des Senators für Inneres und Sport	41

TEIL C: PRÄVENTION - MAßNAHMEN UND PROJEKTE	43
1. MAßNAHMEN IM BEREICH DER SENATORIN FÜR SOZIALES, KINDER, JUGEND UND FRAUEN	43
1.2. Lokaler Aktionsplan Bremerhaven	44
1.3. Landesberatungsnetzwerk und Beratungsstelle „pro aktiv gegen rechts – Mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven“	45
1.4. Weitere Maßnahmen des Landes und der Kommunen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit.....	47
2. MAßNAHMEN IM BEREICH DER SENATORIN FÜR BILDUNG UND WISSENSCHAFT	53
2.1. Abteilung Bildung	53
2.2. Projektarbeit gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit	54
2.3. Weitere Maßnahmen und Kooperationen	55
2.4. Erwachsenenbildung	57
2.5. Abteilung Wissenschaft.....	60
3. MAßNAHMEN IM BEREICH DES SENATORS FÜR KULTUR	62
3.1. Exemplarische Projekte	62
3.2. Förderziele	64
4. MAßNAHMEN IM BEREICH SPORT	65
5. MAßNAHMEN DER LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG.....	66
6. MAßNAHMEN IN DER ÖFFENTLICHEN VERWALTUNG: BERUFLICHE AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG.....	67
D. BEWERTUNG UND AUSBLICK	69

Einleitung

Die Bürgerschaft (Landtag) hat im April 2012 den Senat aufgefordert, einen Bericht über die Aktivitäten gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus im Land Bremen vorzulegen. Der Beschluss lautet:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bis zum Jahresende 2012 einen in der Kontinuität der Berichte aus den Jahren 1989, 1992, 2000 und 2008 stehenden Bericht über die Arbeit gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus im Land Bremen vorzulegen. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, ihm Rahmen dieses Berichts seine Gesamtstrategie zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus darzustellen. Dabei sind auch die vorhandenen Projekte und deren Finanzierung zu benennen und ihre Wirksamkeit darzustellen. Die Entwicklung der Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund seit dem Jahr 2008 soll ebenfalls Bestandteil des Berichts werden. Weiterhin bittet die Bürgerschaft (Landtag) den Senat, in seinem Bericht

1. die Verbreitung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in der sogenannten Mitte der Gesellschaft zu untersuchen,
2. einen weiteren Untersuchungsschwerpunkt auf die Verbreitung von Fremdenfeindlichkeit bei älteren Menschen zu legen und
3. die Überschneidungen zwischen neonazistischen Gruppierungen und kriminellen Milieus wie der Rocker- und Hooliganszene in sogenannten Mischszenen zu beleuchten sowie
4. die besondere Rolle von Frauen in rechtsextremistischen Organisationen zu untersuchen und die spezifischen Bedürfnisse von Frauen, gerade solchen mit Kindern, bei Ausstiegsprogrammen zu berücksichtigen,
5. die antirassistische Bildungsarbeit in der schulischen und außerschulischen Jugendbildungsarbeit weiterzuentwickeln sowie
6. spezifische Strategien und Projekte zur Auseinandersetzung mit und zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus in den genannten Bevölkerungsgruppen darzustellen.

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, in dem vorzulegenden Bericht auch die Bedeutung und das Engagement nicht staatlicher Organisationen gegen Rechtsextremismus zusammenzustellen und zu würdigen.

Dieser inzwischen fünfte Bericht schließt an die Darstellungen der Jahre 1987 (Bericht 1), 1993 (Bericht 2), 2000 (Bericht 3) und 2008 (Bericht 4) an. Er soll einerseits die Kontinuität der Berichterstattung gewährleisten, andererseits unnötige Redundanzen in der Darstellung vermeiden. Die Auseinandersetzung mit den Ursachen rechter Gewalt und ihrer Entstehung ist in vorherigen Berichten beschrieben worden. Dieser Senatsbericht skizziert erneut die aktuelle rechtsextremistische Szene und ihre Randbereiche in Bremen. Er stellt die wichtigsten Entwicklungen der letzten Jahre im Bereich Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit dar und beschreibt unterschiedliche Merkmale, Ausprägungen und aktuelle Tendenzen. Dabei wird berücksichtigt, dass Kontakte in und mit rechtsextremistischen Organisationen zunehmend auch über Neue Medien (Internet), Musik (CDs) und Modeverhalten zustande kommen.

Es folgt ein Überblick über die Ansätze, Strategien und Aktivitäten zur Bekämpfung des Rechtsextremismus. Dabei wird auch dieser Bericht wieder deutlich machen,

dass es in Bremen über die Arbeit der verschiedenen Senatsressorts hinaus eine große Vielfalt des Vorgehens gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit gibt. Zahlreiche zivilgesellschaftliche und ehrenamtliche Initiativen und Akteure sorgen dafür, dass rechtsextreme und fremdenfeindliche Propaganda- und Gewaltphänomene keinen ausgeprägten Resonanzboden innerhalb der Bevölkerung des Bundeslandes erfahren und weiter zurückgedrängt werden.

Keine ausreichende Antwort gibt dieser Bericht auf die im Bürgerschaftsbeschluss aufgeworfenen Fragen nach der Verbreitung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in der sogenannten Mitte der Gesellschaft Bremens und der Verbreitung von Fremdenfeindlichkeit bei älteren Menschen. Für Bremen liegen dazu keine wissenschaftlich fundierten Erkenntnisse vor. Um sie zu erheben, müsste ein eigenes Forschungsprojekt angelegt werden, für das im Rahmen dieses Auftrages weder Zeit noch Mittel zur Verfügung standen. Die Darstellung muss sich demnach beschränken auf eine kurze Zusammenfassung von Studien, die bundesweit Erhebungen zu diesem Phänomenbereich vorgenommen haben.

Unabhängig davon bieten die Träger der Erwachsenenbildung im Land seit Jahren ein vielfältiges Spektrum an Maßnahmen und Veranstaltungen, Ein Kernauftrag der öffentlich getragenen Weiterbildung liegt darin, alle Bürgerinnen und Bürger zu befähigen, sich mit gesellschaftspolitischen Veränderungsdynamiken und Konflikten in der Einwanderungsgesellschaft, mit Formen und Folgen von Diskriminierung sowie mit Ideologien, Vorurteilen und Feindbildern auseinanderzusetzen. Informationen dazu sind sowohl im Bereich Bildung (C 2.4.) als auch im Bereich Kultur (C 3.) und der Landeszentrale für politische Bildung zu finden.

Ähnliches gilt für die Untersuchung der Rolle von Frauen in rechtsextremistischen Organisationen und erst recht für die Frage nach spezifischen Bedürfnissen von ausstiegswilligen Frauen, gerade solchen mit Kindern. Es liegen auch keine Erfahrungen mit ausstiegswilligen Frauen vor, wie es überhaupt in Bremen wenig Erfahrungen mit Aussteigern gibt. Auch bundesweit liegen zu diesen Fragestellungen weder Erhebungen noch andere Forschungsergebnisse vor. Vorhandene Publikationen über Frauen in rechtsextremistischen Organisationen stellen im Wesentlichen journalistische Einblicke in die rechtsextremistische Frauenszene dar. Sie verzichten aber wie beispielsweise das Buch von Andrea Röpke und Andreas Speit „Mädelssache – Frauen in der Neonazi-Szene“ auf verallgemeinerbare Schlussfolgerungen. Das gilt auch für ein einschlägiges Video der Medienagentur „recherche nord“. Beide stellen sehr vielfältige Erscheinungsformen von Frauen in der rechtsradikalen Szene dar, mit dem Tenor: die Frauen in dieser Szene sind so unterschiedlich wie in der übrigen Gesellschaft auch.

Dennoch sind in den vorhandenen Publikationen Verhaltens- und Problemmuster erkennbar, die auf eine Unterordnung der Frau gegenüber dem Mann hinauslaufen. Diese, dem Klischee des Rechtsextremismus entsprechende Beobachtung dürfte jedoch für einen besonderen Reaktionsansatz zu dürftig sein. Systematischere Untersuchungen wären dafür notwendig. Ob allerdings die vergleichsweise kleine rechtsextremistische Szene in Bremen ausreichende Erkenntnisse bietet, ist zu bezweifeln. Generell werden entsprechende Untersuchungen vor der Frage stehen, ob sich die Szene einer solchen Beobachtung durch die Wissenschaft stellt.

Der vorliegende Bericht wurde unter Federführung des Senators für Inneres und Sport mit der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, der Senatorin für Bildung und Wissenschaft, dem Senator für Justiz und Verfassung und dem Magistrat der Seestadt Bremerhaven erarbeitet. Eine systematische Differenzierung zwischen den Situationen in den beiden Städten des Landes wird nicht vorgenommen.

TEIL A Bestandsaufnahme: Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit

1. Rechtsextremes Denken und Fremdenfeindlichkeit in der Mitte der Gesellschaft

Rechtsextreme Denkweisen findet man nicht nur am Rande der Gesellschaft. Die seit 2006 im Zweijahresrhythmus von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Auftrag gegebene „Mitte“-Studien belegen dies. Danach sind rechtsextreme Haltungen in allen Teilen der Gesellschaft in erheblichem Maße vorzufinden.

Dies ergibt sich beispielsweise aus der im November 2012 veröffentlichte Studie „Die Mitte im Umbruch“, für die eine bundesweite repräsentative Befragung durchgeführt wurde. Sie versteht sich als „Barometer aktueller antidemokratischer Einstellungen in Deutschland“ (Pressemitteilung der FES). Nach Darstellung der Autoren verharren rechtsextreme Einstellungen in Deutschland auf hohem Niveau. Bei 25,1 Prozent der Befragten wird eine Ausländerfeindlichkeit diagnostiziert.

In der aktuellen Studie stimmten mehr als 30 Prozent der Deutschen den Aussagen zu "Ausländer kommen, um den Sozialstaat auszunutzen" und: "Bei knappen Arbeitsplätzen sollte man Ausländer wieder in ihre Heimat schicken". Gar 37,2 Prozent bejahen den Satz: „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“

Auch der Chauvinismus, das zeigt die Studie, ist latent in der deutschen Bevölkerung vorhanden. Als „Chauvinismus“ bezeichnen die Autoren die Ansicht einer deutschen Überlegenheit gegenüber anderen Staaten. Er ist bei knapp 20 Prozent der Befragten anzutreffen.

Die Ausländerfeindlichkeit bei Männern ist mit 27,8 Prozent nach dieser Studie höher als bei Frauen mit 22,8. Die chauvinistische Haltung der Männer liegt mit 21,4 Prozent ebenfalls höher als bei Frauen (17,5 Prozent)

Die Langzeitstudie "Deutsche Zustände" des Instituts für interdisziplinäre Konfliktforschung von Prof. Wilhelm Heitmeyer in Bielefeld kommt zu ähnlichen Befunden. Im zehnten Band der Studie kann man erfahren, dass jeder Fünfte in Deutschland meint, "wenn sich andere bei uns breit machen, muss man ihnen unter Umständen unter Anwendung von Gewalt zeigen, wer Herr im Hause ist". Und sogar 67,3 Prozent der befragten Deutschen bekennen sich zu dem Satz: "Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen".

Dass sich diese Ergebnisse nicht im Wahlverhalten niederschlagen, rechnen die Wissenschaftler der FES-Studie dem integrativen Charakter der Volksparteien zu. So machen sie in Westdeutschland bei 24,1 Prozent der SPD-Wähler und bei 20,8 der CDU/CSU-Wähler eine ausländerfeindliche Haltung aus. Die Linke steht ihnen mit 19,6 Prozent in dieser Frage nicht weit fern, dahinter liegen die FDP mit 16,6 und die Grünen mit 6,8 Prozent. In ihren chauvinistischen Einstellungen liegen die Anhänger der beiden großen Parteien bei 22 Prozent (SPD) bzw. 18,6 Prozent (CDU/CSU) und gleichauf dahinter die FDP mit 15,6 und die Linke mit 15,2 Prozent sowie Grüne mit 6,8 Prozent. In Ostdeutschland sind die Werte deutlich höher. Ausländerfeindlichkeit: 48,3 Prozent SPD, 47,8 Prozent (CDU/CSU), 37,5 Prozent (Grüne), 36,2 Prozent (Die Linke) und 23 Prozent (FDP). Chauvinismus: 37,5

Prozent (Grüne), 30,3 Prozent (SPD), 24,1 (Die Linke), 22,5 Prozent (CDU), 15,4 Prozent (FDP).

Rechtsradikale Haltungen sind bei den Jungen (14-30 Jahre) und den Älteren über 60 am stärksten vertreten. Dies lässt sich an den Charakteristika Chauvinismus und Fremdenfeindlichkeit verdeutlichen. Bei den Jungen liegt der Wert bei 13,9 bzw. 17,1 Prozent, bei den Älteren bei 24,1 Prozent (Chauvinismus) und 31 Prozent (Fremdenfeindlichkeit). Die Werte der mittleren Altersgruppe sind 18,6 bzw. 24,2 Prozent.

Nach Darstellung der Autoren der FES-Studie illustrieren ihre Befunde, „dass die rechtsextreme Einstellung in allen gesellschaftlichen Gruppen, in allen Altersstufen, unabhängig vom Erwerbsstatus und Bildungsgrad und bei beiden Geschlechtern in hohem Maße zu finden ist.“

Sollte eine entsprechende Studie für einen überschaubaren Raum wie Bremen durchgeführt werden, hätte dies nicht nur den Vorteil einer regionalen Zustandsbeschreibung. Die Erkenntnisse könnten auch Anhaltspunkte dafür geben, ob soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit, Migrationsfolgen (Ghettobildung) und Kriminalität rechtsextremistisches Denken notwendigerweise befördern bzw. welchen demokratisch-stabilisierenden Einfluss das politische Gegensteuern von Zivilgesellschaft und politischen Institutionen haben kann.

1.1. Grenzbereiche zum Rechtsextremismus

Die Grenzbereiche zum Rechtsextremismus bedürfen einer anhaltenden Aufmerksamkeit. Die hier Agierenden übertreten oft nur in Teilen die sich in einem steten Veränderungsprozess befindlichen Grenzen zum Rechtsextremismus. Sie können Nähe zu ideologischen Teilaspekten aufweisen oder durch die Verwendung ähnlicher Diktionen, Verhaltensweisen und Freizeitneigungen auffallen. Hier können auch Tarnbereiche von Rechtsextremisten existieren, die entweder der Rekrutierung oder dem unauffälligen Agieren (z. B. sportlich-militante Ausbildung, Waffenkunde) dienen.

1.2. Rechtspopulismus

Der Begriff des Rechtspopulismus ist in der Wissenschaft bisher nicht eindeutig geklärt. In der politischen und medialen Diskussion werden in der Regel diejenigen als Rechtspopulisten bezeichnet, die sich mehr oder weniger gezielt an die sogenannte schweigende Mehrheit wenden, deren Besorgnisse und Ängste angesichts aktueller gesellschaftspolitischer oder wirtschaftlicher Entwicklungen aufgreifen und auf der Basis rechtsextremistischen bzw. rechtsextremistisch nahen Gedankenguts vermeintliche Lösungshilfen anbieten. Dabei sind sie in der Regel um eine Abgrenzung zum Rechtsextremismus bemüht.

Aktuell finden sich rechtspopulistische Positionen in Diskussion um den Europäischen Rettungsschirm (ESM) oder in den Debatten um Integrationsprobleme. Traditionell ist das Thema Arbeitslosigkeit ein Tummelfeld für Rechtspopulisten wie inzwischen auch das Thema Islamismus und Terrorismus. Zu den bekannten Rechtspopulisten der jüngeren Vergangenheit zählen der inzwischen gestorbene Österreicher Jörg Haider, der Niederländer Geert Wilders oder in Deutschland der ehemalige Hamburger Innensenator Roland Schill und noch früher der Chef der Republikaner, Franz Schönhuber.

Bundesweit haben bisher weder rechtspopulistische Persönlichkeiten noch Gruppierungen nennenswerte Ausstrahlungskraft erreichen können. Auf Landes- und regionaler Ebene bilden sich jedoch immer wieder Gruppierungen, die dem rechtspopulistischen Spektrum zuzuordnen sind und die zumindest vorübergehend für Aufsehen sorgen. In der Regel verstehen sich diese Organisationen als Anti-Migrations-Parteien, als Kritiker der parteienstaatlichen Strukturen und als Anwälte der Benachteiligten. Zustimmung zu deren Forderungen oder Absichten kann als Indikator für eine gewisse „Rechts“-Empfänglichkeit bewertet werden. Dies kann wiederum von interessierter rechtsextremistischer Seite gezielt genutzt werden. Das geschieht auch, indem eine gewisse Handlungspflicht suggeriert, Foren gebildet oder Aktionen geplant werden. Deren Akteure sind nicht nur, aber auch Rechtsextremisten. Vor dem Hintergrund der Gefahr, dass das Agieren von Rechtspopulisten zur Stärkung der Rechtsextremisten beitragen kann, findet die Beobachtung dieses politischen Phänomenbereiches auch Erwähnung in diesem Bericht.

Zu den Aufgaben der Sicherheitsbehörden gehört es, Grenzbereiche zum Rechtsextremismus bzgl. eines möglichen Einstiegspotentials oder eventueller Verbindungen in die rechtsextremistische Szene zu beobachten und zu bewerten. „Einstiegspotential“ kann unter dem Gesichtspunkt der Randbereiche zum Rechtsextremismus an den verschiedensten Stellen entstehen, sowohl parteipolitisch, als auch in der Musikszene, im Sport oder in den „neuen Medien“.

Exemplarisch sei an dieser Stelle die „Pro-Bewegung“ benannt, die sich zwar selbst in Anlehnung an die FPÖ in Österreich oder dem Vlaams Belang in Belgien als populistisch, konservativ oder „freiheitlich“ bezeichnet, jedoch in Teilen vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft wird. Die Übergänge zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus verlaufen eben fließend.

Die Ursprünge der Pro-Bewegung stammen aus der Gründung der Wählergemeinschaft „Bürgerbewegung pro Köln“ im Jahre 1996. Die Aktivitäten beschränkten sich hauptsächlich auf den Wirkungsbereich Köln. Ab 2005 gründeten sich weitere „Pro-Bürgerbewegungen“. 2008 weckten „Pro Köln“ und „Pro NRW“ mit einem „Anti-Islamisierungskongress“ in Köln bundesweites Interesse, denn den 100 Teilnehmern des Kongresses standen etwa 40.000 Gegendemonstranten gegenüber. „Pro Köln“ und „Pro NRW“ werden durch den Verfassungsschutz beobachtet, weil durch Aussagen und Forderungen, die die Menschenwürde und das Diskriminierungsverbot missachten, tatsächliche Anhaltspunkte für eine verfassungsfeindliche Bestrebung vorliegen.

Das Bekenntnis zum Grundgesetz und das Verwehren gegen jede Form von Extremismus wirken oft taktisch motiviert. Stehen Agitation und Propaganda im Widerspruch zur vordergründig wirkenden Bejahung der Verfassungsgrundsätze des Grundgesetzes, so bestehen Anhaltspunkte, die eine Abgrenzung zum Rechtspopulismus definieren.

2007 und 2011 gelang der Partei „**Bürger-in-Wut**“ (**BiW**) mit rechtspopulistischen Themen, wie innere Sicherheit und Moscheebau, der Sprung in die Bremische Bürgerschaft und zwar auf Grund ihres Wahlerfolgs in Bremerhaven.

Die BiW bezeichnet sich selbst als bürgerlich-konservative Wählervereinigung, die gem. ihrem eigen Wahlprogramm für eine sozial verantwortliche, wertkonservative Politik der Vernunft eintritt. Sie ging aus dem 2004 aufgelösten Bremer Landesverband der Partei „Rechtsstaatliche Offensive“ („Schill-Partei“) unter dem

Vorsitz Jan Timkes hervor und gibt in 14 Leitlinien ihre Grundposition bekannt, die sich u. a. gegen Extremismus und Gewalt als Mittel der Politik richten. Jan Timke selbst war zuvor Vorsitzender des Bremer Landesverbandes der „Schill-Partei“.

Vorübergehend gab es auch eine Beteiligung von mindestens einem BIW-Mitglied an der 2010 gegründeten Europäischen Allianz für die Freiheit, deren Mitglieder als rechtskonservativ, rechtspopulistisch und europaskeptisch gelten. Der EAF gehört auch die Französin Marine Le Pen (Front National) an. Die BIW-Beteiligung wurde inzwischen wieder beendet.

Verglichen mit den massiven Bemühungen der NPD, die Stimmen der Wähler/innen zu erhalten, mutet der Wahlkampf der BiW fast bescheiden an. Ihr Auftreten im Vorfeld der Bürgerschaftswahlen ist als deutlich seriöser und bürgerlicher zu bezeichnen. Während des Wahlkampfes und auch nach der Wahl zeigten sich die Akteure dieser Partei um Abgrenzung zur NPD und zum Rechtsextremismus bemüht. Abgesehen von vereinzelt Interviews u. a. in Publikationen wie der „Jungen Freiheit“ oder rechtspopulistischen Internetangeboten wie „pro-sarrazin.de“ und einem Fernsehbeitrag von Radio Bremen mit dem Titel "Weserfahrt und Wahlversprechen" am 17.05.2011, trat Spitzenkandidat Jan Timke kaum in der Öffentlichkeit auf. Vor dem Hintergrund des formulierten Wahlzieles von „6Prozent plus X“ ist diese Form des Wahlkampfes wohl der dünnen Personaldecke und den beschränkten finanziellen Mittel geschuldet. Im Ergebnis erreichten die BIW zur Wahl der Bremischen Bürgerschaft 2011 landesweit 3,7% und im Wahlbereich Bremerhaven 7,1%, darüber hinaus erlangten sie drei Sitze in der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung sowie sieben Beiratsmandate in der Stadt Bremen.

Auch im politischen Alltag der parlamentarischen Arbeit zeigt sich die Partei um Sachlichkeit bemüht. Allein durch ihr Auftreten versucht sie den Eindruck eines rechtsextremistischen Erscheinungsbildes zu vermeiden. Das kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass ihre politische Argumentation sich gelegentlich auf der Ebene des Rechtspopulismus bewegt. Die Partei deswegen als rechtspopulistisch zu bezeichnen, mag als Meinungsäußerung in der parteipolitischen Auseinandersetzung möglich sein. Die Partei selbst will sich und ihre Intentionen nicht so verstanden wissen.

2. Erscheinungsformen von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Kennzeichen und Erscheinungsformen von rechtsextremistischen Bestrebungen, Personen, Organisationen und Aktionsformen unterliegen einem steten Veränderungsprozess. So ist beispielsweise das in den 80er Jahren typische Bild des Rechtsextremisten mit Glatze und Springerstiefeln oft einem äußerlich nicht typisierbaren, scheinbar politisch neutralen Mitglied der Gesellschaft gewichen. Ebenso variiert die Rolle der Frau im Rechtsextremismus von der „Mutterfrau“ oder „Hausfrau am Herd“ bis zur Aktivistin mit „Feathercut“-Frisur.

Auch die Plattformen zur öffentlichen Darstellung rechtsextremistischen Gedankenguts verändern sich: Es finden zwar nach wie vor Rechtsrockkonzerte statt, aber zunehmend werden jetzt soziale Netzwerke im Internet propagandistisch genutzt, werden Flashmobaktionen organisiert und verstärkt Bezüge zu anderen Gruppierungen hergestellt, die zwar nicht der gleichen politischen Ideologie entsprechen, aber gemeinsame Affinitäten, z. B. die zur Gewalt, aufweisen können.

So breit, wie das Spektrum an politischen Auffassungen ist, ist auch das Spektrum rechtsextremistischer Erscheinungsformen. Kritische Auffassungen zu einzelnen politischen Bereichen können auch von Rechtsextremisten geteilt und partiell unter dem Gesichtspunkt der „Rekrutierung“ missbraucht werden. Der sogenannte „Rechtspopulismus“ stellt dabei zunächst auf politischer Ebene eine schnittmengenbezogene Nähe zum Rechtsextremismus dar und bedarf im Rahmen der Wechselwirkungsprozesse zum Rechtsextremismus einer genaueren Betrachtung.

Die Steigerung des gesellschaftlichen und repressiven Druckes auf Rechtsextremisten führt zu neuen meist konspirativeren Erscheinungsformen. Dies bedarf veränderter Maßnahmen auch zur Analyse der Randbereiche zum Rechtsextremismus - sei es bezogen auf die politischen Auffassungen oder die personellen Verflechtungen zu anderen Gruppierungen. Besonderes Augenmerk legen daher die Sicherheitsbehörden auch auf Aktivitäten, die als „Portal“ geeignet sein könnten, d.h. einen Einstieg in die rechtsextreme Szene ebnen könnten.

Vor dem Hintergrund der Ermittlungen zum Nationalsozialistischen Untergrund (NSU), dem damit verbundenen Strafverfolgungsdruck und der medialen Aufmerksamkeit besteht das Risiko, dass radikalisierte Einzeltäter oder Kleinstgruppen die eigene Handlungsfähigkeit durch Gewaltstraftaten unter Beweis stellen könnten. In diesem Zusammenhang generiert die Affinität von Rechtsextremisten zu Waffen und Sprengstoff ein bedeutendes Gefahrenpotenzial.

Anschläge nach dem Muster von Oslo durch Anders Behring Breivik oder in Wisconsin durch Wade Michael Page belegen nachhaltig die Gefährlichkeit von entschlossenen Einzeltätern, deren tatsächlicher Wille zur Ausführung einer Tat sich weitestgehend einer behördlichen Prognose entzieht. Das Fehlen der für Einzeltäter nicht erforderlichen Gruppenkommunikation erschwert präventive Maßnahmen.

2.1. Identitätsrock

In der Musikszene gilt der sogenannte „Identitätsrock“ als Grenzbereich zur rechtsextremistischen Musik, die oft auch unter dem Label „Rock Against Communism“ Erwähnung findet. Prägende Merkmale dieser Musikrichtung sind den Patriotismus verherrlichende Phrasen ohne extremistische Inhalte, deren

Darbietungen aber durchaus geeignet sein können „den Wunsch nach mehr“ zu erzeugen.

Insbesondere der Musik kommt im Rahmen von Solidarisierungseffekten eine tragende Rolle zu, denn forcierte emotionale Momente musikalischer Darbietungen können durch gruppenspezifische Prozesse von Einzelpersonen einen mitreißenden Effekt erzielen, der sich auf das gesamte Publikum einer Veranstaltung übertragen lässt. Auch ein Unterlassen klarer Positionierung gegen den Extremismus durch den jeweiligen „Act“ in solchen Momenten kann dabei als Indiz für eine politische Instrumentalisierung der Musik gedeutet werden. Über die Musikszene Bremens wird weiter unten berichtet (s. A 5.1).

2.2. „Mein deutscher Fußballverein“

Im Mai 2009 wurde im Internet die geplante Gründung eines Fußballvereins bekannt, an dem zunächst ausschließlich „deutsche“ Spieler beteiligt werden sollten (www.mein-deutscher-fussballverein.de). Man erhoffte sich, 30.000 Mitglieder zu finden, die einen Jahresbeitrag von 49,95 Euro zahlen würden, um so dann einen „Traditionsverein“ (Beispiele: Bremen SV, VfL Oldenburg, FC Bremerhaven) zu kaufen. Man stellte den ersten 500 Mitgliedern in Aussicht, bei erfolgreichem Abschluss die „längste Trainerbank“ zu installieren, auf der diese dann kostenlos und lebenslang direkt neben dem Trainer und den Spielern am Spielfeld Platz nehmen dürften.

Die maßgebliche Mitwirkung eines Rechtsextremisten an dem Projekt und dessen Äußerungen zur aktuellen Fußballszene, sowie die Diktion der Internetseite deuteten darauf hin, dass dieses Projekt zumindest von dieser Person mit einer rechtsextremistischen Intention betrieben wurde. Im Forum der Seite konnten Auszüge festgestellt werden, in denen Fans sich positiv zu dem Projekt äußerten und sinngemäß eine „Diskriminierung nationalgesinnter Fans durch Bekleidungs- oder Stadionverbote“ kritisierten.

Nach einem Medien-Bericht über die Mitwirkung eines Rechtsextremisten in diesem Projekt erfolgte sein Ausschluss und eine Distanzierung zu rechtem Gedankengut. Die Internetseite wies später einige textliche Änderungen auf, so zum Beispiel: „Zwecks Nachwuchsförderung junger deutscher Fußballer“ habe man es sich zum Ziel gesetzt, eine Mannschaft „im traditionellen Stil der 60er und 70er Bundesligajahre mit höchstens zwei Ausländern“ auflaufen zu lassen.

Der Innensenator informierte sofort die Öffentlichkeit über das Projekt mit rechtsextremistischen Bezügen, welches wenig später eingestellt wurde. Die Internetpräsenz wurde abgemeldet.

2.3. Fußballfankultur

Besonders im Bereich der Fußballfanggruppierungen kollidieren politische Auffassungen. Die drei Hooliangruppen „**Standarte Bremen**“, „**Nordsturm Brema**“ (**NS-HB**) und „**City-Warriors Bremen**“ unterhalten durch persönliche Verbindungen und gemeinsame Aktionen Kontakte zur rechtsextremistischen Szene Bremens.

Besondere Aufmerksamkeit erhielt in diesem Zusammenhang im Januar 2007 eine Gruppe von hinlänglich bekannten Neonazis, Skins und Hooligans, die Teilnehmer einer Feier der Ultra-Fanggruppe „Racaille Verte“ im „Ostkurvensaal“ des Bremer

Weserstadions überfielen. Dabei wurden mehrere Personen von den Angreifern verletzt.

Erhebliches öffentliches Interesse erzeugte im September 2011 der so genannte „Hooliganprozess“ vor dem Bremer Amtsgericht. Mitglieder der „Standarte Bremen“ und „Nordsturm Brema“ waren als Angehörige der „Eingreiftruppe“ an den Vorfällen am 20. Januar 2007 im Ostkurvensaal des Weserstadions beteiligt.

Bei der Jahresfeier der Ultragruppierung „Racaille Verte“ hatten zwei Personen, die in „Thor Steinar“-Kleidung erschienen waren, versucht, in den Ostkurvensaal zu gelangen. Nachdem ihnen der Einlass verwehrt wurde, mobilisierten sie telefonisch die „Eingreiftruppe“. Bei der anschließenden Auseinandersetzung wurden mehrere Personen von „Racaille Verte“ verletzt. (vgl. B 9.1.)

Bezüge zwischen Rechtsextremismus und Hooligangruppierungen liegen in Bremen u.a. in folgender Art vor:

- Der Wortführer der „Standarte Bremen“ ist der
 - ehemalige Geschäftsführer des „Deutsche Stimme“-Verlages in Riesa,
 - Initiator der Kampagne „46 Jahre – Mord verjährt nie“ zur Rehabilitierung des ehemaligen Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß im Jahre 2007. Vortragsveranstaltungen zu Rudolf Heß u. a. im „Collegium Humanum“, Vlotho.
 - Herausgeber der aktuellen revisionistischen Schrift „Ein Fähnlein“.
- Mitglieder der Standarte waren beteiligt an einer „Solidaritätsaktion für Rudolf Heß“ im Jahre 2007, bei der sie am Bremer Weser-Stadion Flyer in Sachen „Rudolf Heß“ verklebten und „Rudolf-Heß-Konterfeis“ sprayten.
- Ein Mitglied der „Nordsturm Brema“ ist in der NPD und war Mandatsträger im Gemeinderat der Gemeinde Dörverden (Niedersachsen).
- Zwei Brüder gründeten 2008 die neonazistisch ausgerichtete Kameradschaft „Sturm Wiking“. Beide haben enge Kontakte in die rechtsextremistische Szene Bremens, sowohl zur NPD, als auch zu Freien Nationalisten. Es lag eine Beteiligung am Übergriff auf die Jugendbildungsstätte „Lidice Haus“ in Bremen vor.
- Der Inhaber des Geschäfts „Sieg oder Spielabbruch“ mit „Hooligan-Artikeln“ ist Mitglied der „City Warriors“. Er unterhält sowohl Kontakte in die gewaltbereite Hooligan- als auch in die subkulturelle rechtsextremistische Szene Bremens.

2.4. Outlaw-Motorcycle-Gangs

Die Verbindungen zwischen sogenannten „Outlaw Motorcycle Gangs“ und Rechtsextremisten bestehen vor allem durch personelle Verflechtungen. Motorradclubs erheben für sich einen expliziten territorialen Anspruch, der oft zu medienwirksamen Konfliktsituationen rivalisierender Gruppierungen führt. Sie weisen eine vergleichbare Affinität zu Gewalt und Waffen wie z. B. im subkulturell geprägten Spektrum der Rechtsextremisten auf und stellen insbesondere ihre Clubhäuser vermehrt als Veranstaltungsort für rechtsextremistische Musikgruppen zur Verfügung.

Diese „Motorradclubs“ sind gekennzeichnet durch straff organisierte Hierarchien, eine „symbolisch uniformierte“ Einheit, deren martialische Außenwirkung oft auf „Einschüchterung“ und „Provokation“ ausgelegt ist, und durch eine Ideologie der

„Ehre“ und des gegenseitigen „Respekts“. Mit den Rechtsextremisten verbindet sie eine Affinität zur Gewalt, zu Kampfsport, zu Waffen und zur Selbstdarstellung, z. B. durch Tätowierungen oder durch eine „martialische“ Erscheinung. Beide zeigen unverhohlen ihre Abneigung“ gegenüber der staatlichen Exekutive.

Der gesellschaftliche Verfolgungsdruck und das Zusammenwirken verschiedener Sicherheitsbehörden und antifaschistischer Organisationen machen für Rechtsextremisten eine Annäherung und die Mitgliedschaft im „Rockertum“ attraktiv, sie vermeiden es dadurch, im gesellschaftlichen Fokus zu stehen, glauben einer Beobachtung durch den Verfassungsschutz entgehen zu können und suchen dort mit ihrer menschenverachtenden politischen Gesinnung volle Akzeptanz.

In Bremen bestehen personelle Verbindungen zwischen Rechtsextremisten und Angehörigen verschiedener Motorradclubs. Das Hells Angels–Chapter „Westside“ mit personellen Kontakten zu einzelnen Rechtsextremisten der subkulturellen Szene Bremens hatte sich zum 07.06.12 aufgelöst. Hinweise über Nachfolgebestrebungen ehemaliger Mitglieder liegen derzeit nicht vor. Im Land Bremen existieren noch weitere Motorradclubs, wie z.B. die „Red Devils“, die als Supporter Club der Hells Angels fungieren. Personell bestehen Verbindungen zur rechtsextremistischen Szene.

2.5. Gewaltaffine Gruppierungen

Viele Neonazis haben eine besondere Affinität zu Gewalt, Körperkult und „Männlichkeitsritualen“. Im Rahmen der Umfeldanalyse zum Rechtsextremismus kommt dieser Affinität eine besondere Bedeutung zu. Freie Kameradschaften führen „zur Steigerung der Wehrhaftigkeit des Deutschen Volkes“ Wehrsportübungen durch, die als paramilitärische Ausbildung betrachtet werden können. Bei bundesweiten Durchsuchungsmaßnahmen innerhalb der rechtsextremistischen Szene wurden in der Vergangenheit zahlreiche Waffen beschlagnahmt. Der norwegische Attentäter Anders Behring Breivik verübte am 22. Juli 2011 zwei Anschläge, bei denen er insgesamt 77 Menschen tötete. Breivik war mehrere Jahre in einem Sportschützenverein, inszenierte sich selbst bewaffnet auf Fotos und nahm an organisierten Trainingseinheiten und Wettbewerben teil, ohne dabei „politisch“ auffällig gewesen zu sein.

Das Spektrum an Berührungsmöglichkeiten gewaltaffiner Gruppierungen zum Rechtsextremismus ist groß und unterliegt einem ständigen Veränderungsprozess. Waffenbesitzer können nicht unter den Generalverdacht gestellt werden, „rechtsextremistisch“ zu sein. Es kommt darauf an zu erkennen und nicht zu dulden, dass ein bekennender, gewalttätiger Neonazi im Anti-Terror-Kampf geschult wird und diese Fertigkeiten auf menschenverachtende Weise in der politischen Auseinandersetzung einsetzt.

In Bremen bestehen Verbindungen von Rechtsextremisten zu gewaltaffinen Gruppierungen wie z. B. im subkulturellen Bereich zu den Hooligans (Punkt 2.3.) oder den „Outlaw-Motorcycle-Gangs“ (Punkt 2.4). Die Szene stellt sich insgesamt als „Mischszene“ dar. Grad und Ausrichtung rechtsextremistischer Beeinflussung auf diese Gruppierungen z. B. durch personelle Unterwanderung und ideologische oder strukturelle Veränderungen sind angesichts dieser oft nach außen sehr abgeschotteten Gruppierungen nur schwer zu bestimmen.

3. Neue Strategien und ideologische Konzepte

Im Folgenden werden zumindest ansatzweise veränderte taktische und strategische Konzepte sowie ein neuer ideologischer Ansatz aus dem Phänomenbereich Rechtsextremismus dargestellt. Die aufgezeigten Beispiele erheben dabei keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sie dienen lediglich der situativen Veranschaulichung - sowohl auf Bundes- wie Landesebene. Ideologische Konzepte, die bisher keinen unmittelbaren Bezug nach Bremen haben, werden dennoch erwähnt, da nicht auszuschließen ist, dass sie sich auch hierhin entwickeln.

Der vorangegangene Bericht (2008) hat dargestellt, wie sich die in den 60er Jahren entstandene „Nouvelle Droite“ als Gegenmodell zur Studentenbewegung von 1968 entwickelt hat. Zu den aktuellen Entwicklungen gehört, dass in der rechtsextremistischen Szene zunehmend eine „zweckentfremdete Übernahme“ von Aktionsformen anderer politischer Strömungen, auch der aktionsbereiten politischen Linken stattfindet. Trotz gegensätzlicher politischer Auffassungen gleichen sich Erscheinungsformen gelegentlich an.

So haben die aufwendig durchgeführten Recherchetätigkeiten, die sich gegen Rechtsextremisten richteten, zu den „Anti-Antifa“-Aktivitäten der Freien Nationalisten geführt, ebenso wie sich im rechtsextremistischen Milieu die „autonomen Nationalisten“ entwickelten (Punkt 3.2). In Teilen wurden auch Aktionsformen von „Anonymous“-Aktivisten kopiert und von Rechtsextremisten im Rahmen der „Unsterblichen“ instrumentalisiert (3.1.), bei der sie in Flashmobs, schwarz gekleidet mit weißen Masken, nächtliche Fackelmärsche abhalten. Auch zukünftig wird davon auszugehen sein, dass die rechtsextremistische Szene „sinnentfremdete“ Nachahmungen anderer meist medienwirksamer Aktionsformen erstellt und für die eigenen politischen Ziele instrumentalisiert.

3.1. Die Unsterblichen

Unter dem Begriff „Die Unsterblichen“ wird eine dezentral organisierte Aktionsform verstanden, in der meist schwarz gekleidete Personen mit weißen Masken und Fackeln Aufzüge veranstalten, die sie videographisch dokumentieren und im Anschluss ins Internet stellen. Der erste Aufmarsch in der Nacht vom 30. 4. zum 01.05. 2011 in der Innenstadt von Bautzen (Sachsen) bildete den Auftakt dieser Kampagne, die seitdem unter dem Label die „Unsterblichen“ bundesweit Verbreitung gefunden hat. Auf der Internetseite www.werde-unsterblich.info werden die Aktivisten als junge Deutsche beschrieben, *„die sich bundesweit auf öffentlichen Plätzen zusammenfinden, um auf das Schandwerk der Demokraten aufmerksam zu machen“*. Dieses „Schandwerk der Demokraten“ führe in seiner Gesamtheit zum *„Tod des deutschen Volkes“*, dem man sich entgegenstellen müsse. Verbunden werden diese Thesen mit der Aufforderung, die „Unsterblichen“-Kampagne zu verbreiten, indem man sich u.a. in ähnlicher Form zu Aktionen nach diesem Muster zusammenfindet und Video- oder Fotodokumentationen hiervon im Internet veröffentlicht, damit *„noch mehr Deutsche unsterblich werden wollen, wie sie es schon über Jahrtausende gewesen sind“*.

Es folgte eine Vielzahl ähnlich gearteter lokaler Aktionen in fast allen Bundesländern. Die Organisation dieser Kampagne erfolgt dezentral durch ortsansässige Aktivisten, die eigenständig für die Planung und Durchführung von Veranstaltungen verantwortlich sind. Bei den Organisatoren handelt es sich häufig um bereits bekannte Führungspersonen der lokalen rechtsextremistischen Szenen, die oftmals

bereits durch ähnliche Aktivitäten in der Vergangenheit in Erscheinung getreten und damit fest in lokale rechtsextremistische Strukturen eingebunden sind. Im Bundesland Bremen liegen bisher keine Hinweise über Aktionen im Sinne der „Unsterblichen“ vor, allerdings wurde die Kampagne bereits in der hiesigen rechtsextremistischen Szene thematisiert.

3.2. Autonome Nationalisten

Seit Ende 2003 treten bei rechtsextremistischen Demonstrationen immer wieder Personengruppen auf, die in ihrem Erscheinungsbild dem klassischen Bild der Neonazi-Szene widersprechen. Sie pflegen einen militanten Stil, argumentieren verbal aggressiv und gebärden sich revolutionär. So treten sie bei Demonstrationen als „Schwarzer Block“ auf und sind äußerst gewaltbereit. Ihre Selbstbezeichnung als „Autonome Nationalisten“ (AN) und „Schwarzer Block“ gilt innerhalb der linken Szene und auch der eigenen rechten Szene eher provokativ.

Beispiel öffentlichkeits- und medienwirksamer Aktionen der AN sind die Vorgänge anlässlich der 1. Mai-Demonstration 2008 in Hamburg.

Die von der Hamburger Kameradschaftsszene angemeldete und von der Hamburger NPD unterstützte Demonstration war mit ca. 1.500 Teilnehmern der größte rechtsextremistische Aufmarsch seit Jahren. Der Ablauf des Aufzuges war geprägt durch die Folgen der letztlich erfolgreichen antifaschistischen Behinderung vor Beginn der Auftaktkundgebung. Im Aufzug wirkten ca. 340 schwarz gekleidete und aggressiv auftretende Personen als „Schwarzer Block“. Während der Demonstration kam es zu Schlägereien und Verfolgungsjagden zwischen gewaltbereiten Links- und Rechtsextremisten sowie Brandanschlägen auch gegen unbeteiligte Fahrzeuge.

Aus Bremen nahmen ca. 30 Rechtsextremisten aus dem Parteienspektrum, der Neonaziszene sowie der Skinhead- und Hooliganszene an dem Aufmarsch teil. Treffpunkt für die Abreise war der Bremer Hauptbahnhof. Dort trafen sie auf eine ca. 35 Personen starke Gruppe aus Wilhelmshaven und Oldenburg, mit der sie gemeinsam nach Hamburg reisten.

In Hamburg marschierte die „Bremer Gruppe“ zum eigentlichen Veranstaltungsort „Alten Wöhr“. Unterwegs geriet sie ins Visier der Antifa. Einige Demonstrationsteilnehmer bewaffneten sich mit Steinen oder Ähnlichem und anschließend kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen beiden Gruppierungen. Herbeigerufene Einsatzkräfte der Polizei konnten beide Gruppen wieder trennen und die „Bremer Rechten“ zum Veranstaltungsort geleiten.

In Anlehnung an Versatzstücke der AN präsentierten sich Teilnehmer einer 14-köpfigen Personengruppe Bremer Rechtsextremisten bei einer Demonstration am 31. 05. 2008 gegen rechtsextremistische Strukturen in Bremen-Nord.

Der „Club der Roten Dichter“ hatte die Veranstaltung unter dem Motto „Kein Bremen-Nord in Nazi-Hand – Es gibt ein ruhiges Hinterland“ angemeldet. Zu Beginn der Demonstration hielt sich die schwarz gekleidete „rechte Personengruppe“ in unmittelbarer Nähe der Aufzugstrecke auf, drei polizeilich bekannte Rechtsextremisten wurden dabei identifiziert. Bei Annäherung der Polizisten zogen sie sich ihre mitgeführten schwarzen Tücher über Mund und Nase und entfernten sich vom Sammelpunkt. Kurze Zeit später wurde eine Personengruppe, bestehend aus zehn schwarz gekleideten Rechtsextremisten, in der Nähe des „linken Sammelpunktes“ festgenommen. Die Personen versuchten mit linken Parolen brüllend und einer Fahne schwenkend in den „linken Aufzug“ zu gelangen. Bei der

Festnahme outeten sie sich mit Sprechchören als „Junge Nationalisten“. Bei der Personengruppe handelte es sich u.a. um die zuvor erwähnten Rechtsextremisten.

Bei der Festnahme durch Polizeibeamte wurden u. a. Gegenstände wie Knallkörper, Pfeffersprays, Quarzhandschuhe, Glasmurmeln und Material zum Schleuderbau sichergestellt.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass der beteiligte Personenkreis gegenüber früheren Veranstaltungen deutlich aggressiver auftrat. Bekleidung und Verhalten, u.a. der Versuch als „Autonome“ in den Aufzug zu gelangen, belegen die Gewaltbereitschaft und die Absicht, Straftaten zu begehen.

Auch im niedersächsischen Umland haben sich in den letzten Jahren Zusammenhänge von so genannten „Autonomen Nationalisten“ gebildet. So gibt es u.a. in Delmenhorst, in Oldenburg sowie in Ostfriesland kleinere Gruppen dieser Ausrichtung.

Im September 2011 ist eine Gruppe, die sich als „Autonome Nationalisten Bremen Nord“ bezeichnet, festgestellt worden. Hinter der Gruppierung stehen bekannte Rechtsextremisten mit Nähe zur NPD. Aufgefallen sind diese bisher durch ihre Teilnahme an rechtsextremistischen Großveranstaltungen, wie z.B. der Demonstration in Bad Nenndorf sowie durch Plakat- und Klebeaktionen, die auch eine eindeutige Verbindung zu den „Freien Nationalisten Bremen“ belegen.

Feste Strukturen der AN konnten in Bremen bisher allerdings nicht festgestellt werden. Allenfalls Einzelpersonen sind gelegentlich diesem Phänomen zuzurechnen.

3.3. Europäische Aktion

Im Jahr 2011 wurde von dem Schweizer Rechtsextremisten und Holocaustleugner Bernhard Schaub die „Europäische Aktion“ (EA) gegründet, die eine Zusammenarbeit von rechtsextremen Gruppen in Europa zum Ziel hat. Dabei wird ein Staatengebilde mit starken Nationalstaaten bei gemeinsamer Außen- und Verteidigungspolitik angestrebt. Die EA unterhält eine eigene Internetseite. In den eingestellten Beiträgen wird eine islamfeindliche, stark revisionistische, antiamerikanische, antisemitische bis offen rassistische Programmatik deutlich.

Ein Neonazi aus Stuhr ist derzeit bemüht, in Bremen eine „Ortsgruppe“ der rechtsextremistischen „Europäischen Aktion“ (EA) aufzubauen. Bei den bisher ausgerichteten Treffen stellte er den Teilnehmern die Ziele der EA vor.

Bei der EA handle es sich um „eine Bewegung zur politisch-kulturellen Erneuerung ganz Europas“. Ihre Mitstreiter würden sich in kleinen regionalen Gruppen, den „Stützpunkten“, sammeln. Diese würden von einem „Gebietsleiter“ geführt, der seinerseits der „Landesleitung“ im jeweiligen Staat unterstehe.

Der Holocaustleugner Dr. Rigolf Hennig „Leiter der Informationsstelle Norddeutschland“ fungierte als Referent für die „EA“ und brachte in seinen Ausführungen zu den Zielen der EA die rassistische und antisemitische Komponente der Bewegung zum Ausdruck.

Bei Treffen mit Teilnehmern aus Bremen und dem Umland konnten neben altbekannten Rechtsextremisten auch junge Männer, die bisher politisch nicht auffällig waren, festgestellt werden. Seit Anfang des Jahres wurden Flyer der „EA“ in Bremen-Nord verteilt.

3.4. „Identitäre Bewegung Bremen“ (IBB)

Anfang Oktober 2012 wurde die „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD) im sozialen Netzwerk Facebook gegründet, die sich inhaltlich auf die französische anti-islamische Bewegung „Génération Identitaire“ bezieht. In ihrem Grundsatzpapier erläutert die IBD, dass sie sich für den Erhalt der ethnokulturellen Identität der Deutschen einsetze und gegen demographischen Wandel, kulturellen Verfall, Multikulturalismus, Masseneinwanderung und Islamisierung kämpfe.

Die „Identitären“ bedienen sich des Konzepts des Ethnopluralismus, mit dem bisher insbesondere eine intellektuelle Strömung im Rechtsextremismus unter dem Namen „Neue Rechte“ argumentierte. Grundlegende Annahme des Ethnopluralismus ist die Verschiedenartigkeit der Völker. Migrationsprozesse würden diese Völkervielfalt bedrohen, Menschen entwurzeln und kulturelle Identitäten vernichten. Die Ethnivielfalt könne letztlich nur durch die Trennung der Völker bewahrt werden. Ethnopluralisten betonen, dass sich Menschen nicht aufgrund ihrer Rasse, sondern aufgrund kultureller, regionaler und geografischer Faktoren unterscheiden.

Entsprechend dieser Argumentation verleugnen die „Identitären“ folglich auch die Zusammenarbeit mit Rassisten und Nationalisten. So betont die „Identitäre Bewegung Bremen“ beispielsweise, dass sie sich „rigoros“ von „Neonazis, Rechtsextremisten und Rassisten“ distanzieren und jegliche Zusammenarbeit ablehnen. (Facebookseite der IBB, 18.02.2013) Dass dies nicht der Fall ist, zeigt das Engagement bekannter Bremer Neonazis in der IBB. Ihre nationalistische, fremden- und insbesondere islamfeindliche Einstellung verbreiten die „Identitären“ auf professionell gestalteten Plakaten, Flyern und Videos, die insbesondere dazu geeignet erscheinen, junge aktionsorientierte Personen anzusprechen. Im Bereich Bremen und im niedersächsischen Umland verteilten Aktivisten der IBB mehrfach Flugblätter und verklebten „Spuckies“ (Aufkleber aus gummiertem Papier).

4. Medien/ Internet und mobile Technik-Trends

Die sich bietenden Möglichkeiten des Internets und der neuen Medien wurden auch durch Rechtsextremisten erkannt und finden in bedeutender Form Anwendung. Äußerungen rechtsextremistischer Gedankengüter können im Internet nicht mit unmittelbaren Gegenmaßnahmen beantwortet werden und tragen damit zunächst ein geringeres Risiko für den Urheber. Auch erschweren diverse Verschlüsselungs- und Anonymisierungstools den Beweis sowie die Verfolgbarkeit der Urheberschaft. Internationale Gesetzeskollisionen, aufwändige Amtshilfeersuchen und sprachliche Barrieren stellen bei den Ermittlungen zu bewältigende Hindernisse dar, die oft eine staatliche Repression als Wirkung auf delinquentes Verhalten zeitlich ausschließen oder erheblich verzögern. Die rasanten technischen Entwicklungen und Möglichkeiten finden nicht nur propagandistische, sondern auch taktische Anwendung und bedürfen daher der Anpassung entsprechender rechtlicher, technischer und personeller Gegenmaßnahmen.

4.1. Soziale Netzwerke

In der Ausgabe Juli/2012 der „Deutschen Stimme“ (DS) wies Claus Cremer (PV-Beauftragter Neue Medien der NPD und Landesvorsitzender NRW) auf soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter hin, denn diese *„bieten auch der nationalen*

Opposition vielfältige Möglichkeiten, [...] Ideen und Vorstellungen einer breiten Anzahl von Landsleuten und Netznutzern zugänglich zu machen – unzensuriert! Verbreiten diese Nutzer [...] Botschaften ebenfalls weiter, setzt sich eine Art „Schneeballprinzip“ in Gang, das [...] Informationen geradezu unkontrollierbar weiterverbreitet. Fakt ist auch, dass gerade viele junge Menschen in den sozialen Netzwerken aktiv sind“ – dort müssten diese durch eine „moderne Partei“ abgeholt werden.

Gesonderte Aufrufe analog dieser Äußerung sind im Land Bremen derzeit nicht bekannt, gleichwohl findet eine intensive Nutzung entsprechender Medien statt.

4.2. Facebook

Die NPD-Bremen unterhält unter www.facebook.com/npdbremen eine eigene Facebookseite auf der u.a. auf www.npd-bremen.de verwiesen wird. Aktuelle Kampagnen wie beispielsweise die „Deutschlandfahrt“ fanden auf dieser Website Erwähnung. Neben einzelnen Rechtsextremisten sind dort auch Musikgruppen oder „Interessensgemeinschaften“ der rechtsextremistischen Szene vertreten. Viele der rechtsextremistischen Facebookgruppen weisen eine geschlossene Benutzergruppe auf, eine Teilnahme kann dort nur auf „Einladung“ erfolgen. Die Vielseitigkeit der Facebookgruppen, personelle Verknüpfungen, konspirativere Selbstdarstellungen, die Verwendung von „Legenden“ u.ä. erschweren die Aufklärung der rechtsextremistischen Szene im Internet und bedürfen eines sehr hohen zeitlichen und personellen Aufwands.

4.3. Internetforen

Im Juni 2012 wurde durch das BKA eine großangelegte Razzia gegen die größte deutschsprachige „Neonazi-Internetplattform“, das „Thiazi-Forum“ durchgeführt. In diesem Forum wurde eine Vielzahl von Tonträgern und Liedtexten zum Download angeboten, von denen ein Großteil zum menschenverachtenden Hass gegen Ausländer, Juden und Menschen anderer Hautfarbe aufgerufen haben. Einer der mutmaßlichen Hauptbeschuldigten soll seit sieben Jahren als Erzieher in einem Hort in Barth (MV) tätig gewesen und vom Dienst suspendiert worden sein; im Kollegenkreis habe man den Mann nie als Rechtsextremisten eingeschätzt. Die Ermittlungen dauern an. Anfang September 2012 wurde das Forum „Altermedia“ vom Hostler gesperrt. Grund dafür waren zahlreiche volksverhetzende und den Holocaust leugnende Inhalte gewesen, auf die die für den Jugendschutz im Internet zuständige, von den Ländern betriebene Stelle „jugendschutz.net“ den Provider direkt hingewiesen hatte.

4.4. QR-Codes



In jüngster Vergangenheit zeichnet sich eine vermehrte Nutzung von QR-Codes zur Verbreitung von Informationen mit rechtsextremistischem Hintergrund ab. QR-Codes sind international anerkannte, standardisierte Anordnungen von – idealerweise – schwarzen und weißen Punkten in einem Quadrat, die ein schnelles Scannen und damit eine rasche Informationsgewinnung ermöglichen. Ursprünglich kamen sie zum Einsatz in der Produktionstechnik (z.B. Kennzeichnung von Teilen); entwickelt in der Bestandsaufnahme/Lagerhaltung sowie in vielen weiteren technischen Bereichen, erlangt der QR-Code im Bereich der kundenorientierten Weitergabe von Informationen eine zunehmende Bedeutung. Über einen „Klick“, z.B. mit dem Smartphone, lassen sich so Informationen abrufen, abspeichern und weiterverarbeiten. Mit Hilfe von kostenlosen „Readern“ wird die im QR-Code abgespeicherte Information (z.B. Webadresse, Telefonnummer, Adresse, Text) decodiert und dem Anwender schnell und kostenlos zur Verfügung gestellt.

QR-Codes weisen in der Informationsweitergabe diverse Vorteile auf, u.a. wecken sie Neugier und weil der Inhalt zunächst nicht klar ersichtlich ist, dürfte bei einem unvoreingenommenen Betrachter die Hemmschwelle relativ niedrig sein, den Code beispielsweise mittels Handy aufzunehmen und zu aktivieren. Auf diese Weise können auch Personen, die rechtsextremistisches Gedankengut ablehnen, vor allem auch Kinder und Jugendliche, unfreiwillig mit eigentlich unerwünschten Inhalten und Angeboten konfrontiert werden.

4.5. Smartphone-Apps mit rechten Inhalten

Auf Grund der wachsenden Anzahl mobiler Internetzugänge kommt auch Smartphone-Apps im Rahmen eines Internet-Monitorings eine zunehmende Bedeutung zu. Die Beobachtung des Anwendertrends wird darüber Aufschluss bringen, ob sich Smartphone-Apps auch in der rechtsextremistischen Szene als Mobilisierungs- sowie als Werbe- und Propagandamittel etablieren werden.

Innerhalb der letzten Jahre haben bereits diverse Apps für Aufmerksamkeit gesorgt, wie z. B. „Hitler-Wecker“, „Nazi-Themes“, „Adolf Hitler SE“ oder der „Hitlerizer“. Andere Apps können auch der rechtsextremistischen Kommunikation oder Mobilisierung dienen. Man denke nur an „Teamspeak“ (OS), was den auf dem Server eingeloggt Usern eine Gruppenkommunikation ermöglicht und das Handy damit zu einem „Funkgerät“ umfunktioniert, an die „Latitude-Funktion“ von Google, die Standorte freigeschalteter Teilnehmer „live“ anzeigt u. v. m.

Die rasante Entwicklung der Möglichkeiten gerade im mobilen Bereich gibt auch der rechtsextremistischen Szene Bremens neue taktische Verwendungsmöglichkeiten und wird zu erhöhter Konspirativität, erschwerten Aufklärungsmöglichkeiten und vor allem auch zu einem erhöhten Risiko durch Gegenauflärungsmaßnahmen führen.

5. Musik und Lebensformen

5.1. Die rechtsextremistische Musikszene

Die subkulturelle Szene Bremens ist insbesondere durch die vier als rechtsextremistisch eingestuften Bands „Hetzjagd“, „Endlöser“, „Endstufe“ und „Strafmass“ bundesweit bekannt. Die rechtsextremistische Musik hat ihren Ursprung in der britischen Skinheadbewegung der 1960/1970er-Jahre und entwickelte sich seit Mitte der 1980er-Jahre auch in Deutschland. Entscheidend ist ihre „Klammerfunktion“, sie hält nicht nur die Skinhead-Szene zusammen, sondern ist

gleichzeitig auch das verbindende Element zwischen Skinhead-, Neonazi-Szene und den Parteien. Auftritte rechtsextremistischer Musikgruppen und sogenannter Liedermacher bei Veranstaltungen der NPD oder bei Sommerfesten des „Deutsche Stimme“-Verlags sind üblich.

Der Einstieg von Jugendlichen in die rechtsextremistische Szene, sowohl in die subkulturell geprägte, als auch in die neonazistische, erfolgt oftmals über die Musik, durch die typisch rechtsextremistische Feindbilder leicht vermittelt werden können. Konzerte haben dabei zwei wichtige Funktionen: zum einen geben sie die Gelegenheit für Szene-Treffen und zum anderen stärken sie das Zusammengehörigkeitsgefühl, weil sie regelmäßig konspirativ organisiert sind. Die meisten rechtsextremistischen Konzerte finden nach wie vor in Ostdeutschland statt.

2008 veröffentlichte die bremische Band „Hetzjagd“ ihre zweite CD unter dem Titel „Revolution“, die 2009 von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) indiziert wurde:

„Ich hasse Demokraten und den roten Staat [...] und alles, weil sie die Finger nicht von Deutschland lassen“.

Die bremische Gruppe „Endlöser“ veröffentlichte 2009 die CD „E. vs. Antifa“. „Endstufe“ ist die älteste Bremer Skinhead-Band, sie feierte 2011 ihr 30-jähriges Bandjubiläum. 2009 veröffentlichte sie die CD: „Wo wir sind brennt die Luft 2009“.

Die im Jahr 2008 gegründete Band „Strafmass“ veröffentlichte 2009 ihre erste CD unter dem Titel „Wir rechnen ab...“. Diese wurde ebenfalls von der BPjM indiziert. Am 17. April 2010 fand in Bremerhaven ein rechtsextremistisches Konzert statt, das als Geburtstagsfeier deklariert wurde und bei dem u. a. die Band „Strafmass“ auftrat.

Ebenso 2010 beteiligten sich „Hetzjagd“ an der CD „Support The Nation – Signs Of Revolution“ und „Endlöser“ an „Die Jungs fürs Grobe“. „Strafmass“ veröffentlichten die zweite CD mit dem Titel „Wir kriegen Euch alle...“.

Besondere Aufmerksamkeit innerhalb der rechtsextremistischen Szene erfährt die derzeit nicht als „rechtsextremistisch“ eingestufte Hooligan-Band „Kategorie C – Hungrige Wölfe“.

„KC“ ist besonders wegen ihrer gewaltverherrlichenden Lieder in der rechtsextremistischen Skinhead- und Neonazi-Szene beliebt. Die Nähe und die Wechselwirkungskräfte zum Rechtsextremismus werden besonders bei KC u. a. dadurch deutlich, dass

- „KC“ zum Teil gemeinsam mit rechtsextremistisch eingestuften Bands bei Konzertveranstaltungen aufgetreten ist
- im Kreise der Bandmitglieder Bezüge zum Rechtsextremismus bestehen
- das Publikum zu einem nicht unerheblichen Anteil aus dem subkulturellen rechtsextremistischen Spektrum stammt.

Die Band trägt dadurch zur Mobilisierung der Szene bei und verstärkt auch durch die - analog zu den als rechtsextremistisch eingestuften Bands – „konspirativ“ organisierten Konzerte den Zusammenhalt der Konzerteilnehmer, was eine besondere „Sogwirkung“ vor allem auf die Besucher ausübt, die erstmalig an einem solchen Konzert teilnehmen. Eine vermeintlich unpolitische Musikveranstaltung kann auf diese Art zusätzlich als „Abenteuer“ und damit besonders interessant empfunden werden. Üben nun beispielsweise subkulturell geprägte Rechtsextremisten

propagandistische Aktionen aus, so können diese gerade im Rahmen der besonderen Solidarisierungseffekte innerhalb dieses Gefüges eine „mitreißende“ Wirkung erzielen.

Am 26. 11. 2011 wurde mit Verfügung des Stadtamtes Bremen der Band „Kategorie C - Hungrige Wölfe“ untersagt, im Gebiet der Stadtgemeinde Bremen ein Konzert durchzuführen. Das Verbot wurde auch für jegliche Formen von Ersatzveranstaltungen am 26. und 27. 11. 2011 im Gebiet der Stadtgemeinde Bremen ausgesprochen. Für das konspirativ organisierte Konzert hatte ein Neonazi und Betreiber eines „Szeneladens“ aus Tostedt am 29. Oktober 2011 in Bremerhaven für „eine Geschäftsfeier mit Live-Musik zum sechsjährigen Bestehen seines Ladengeschäftes“ Räume angemietet. Für den Bereich der Stadt Bremerhaven wurde das Konzert vom Leiter des Bürger- und Ordnungsamtes Bremerhaven mit Datum vom 26.11.2011 verboten.

Es war nach Auffassung des Stadtamtes mit hoher Wahrscheinlichkeit bei dem geplanten Konzert davon auszugehen, dass es zu massiven Rechtsguts- und Gesetzesverletzungen kommen wird, die es zu unterbinden gelte. Das Verbot diene der Gefahrenabwehr bzw. der Verhinderung der die Rechtsordnung verletzenden Gesänge und Verhaltensweisen. Das Stadtamt verwies auf zahlreiche Erkenntnisse des Landesamtes für Verfassungsschutz. Danach wird von der Band die Gewalt zwischen Fans und der Polizei verherrlicht sowie Fremdenfeindlichkeit propagiert. Das Abspielen rechtsextremistischer Musikstücke dient, so die Begründung des Stadtamtes, der Verbreitung von rassistischem und nationalsozialistischem Gedankengut und dessen Verfestigung und Stabilisierung. Die Musik sei geeignet, insbesondere auch durch Ausdruck aggressiven, martialischen und militanten Verhaltens und Ausländerfeindlichkeit, Teile der Bevölkerung massiv einzuschüchtern und das friedliche Zusammenleben der Bevölkerung erheblich zu beeinträchtigen.

5.2. Geschäftswelt, Kneipen

Musste im Lagebild 2008/2009 noch festgestellt werden, dass es der rechtsextremen Szene gelungen ist, innerhalb des Landes Bremen eine Infrastruktur von Läden, Treffs und Online-Shops zu etablieren, so stellt sich die Situation inzwischen zumindest teilweise entschärft dar:

Das im Jahr 2006 eröffnete Geschäft „Sportsfreund“ (später „Gladiator“) hat im Juli 2011 (vorerst) geschlossen. Vorgegangen war ein engagierter zivilgesellschaftlicher Protest gegen den „Szene-Shop“, hier vor allem durch das Bündnis „Ladenschluss“. Nach einem Umzug von der Faulenstraße in die Falkenstraße und einer Umbenennung in „Gladiator“ wurde das Geschäft schließlich aufgegeben, nachdem durch den Vermieter der Mietvertrag gekündigt worden war.

Der „Sportsfreund“ hatte sich in seiner Zeit des Bestehens zu einem Treff- und Sammelpunkt des rechtsextremen/ rechtsaffinen Spektrums etabliert, über den auch Jugendliche mit der Szene in Kontakt gekommen sind. Im Laden gab es ein reiches Angebot an Bekleidungsmarken, die in der rechtsextremorientierten Szene häufig getragen werden und für diejenige, die sie tragen, die Zugehörigkeit zu dieser Szene zum Ausdruck bringen. Außerdem wurden hier einschlägige Musik-CD's, die in sonstigen Musikgeschäften eher nicht erhältlich sind, und Szene- und Lifestyleartikel, wie Kettenanhänger, Aufnäher, Baseball-Caps etc. vertrieben.

Die Firma „**Sieg oder Spielabbruch**“ bietet Szene- und Lifestyleartikel für die (rechte) Hooligan- / Fußballszene an. Ein Großteil des Umsatzes wird

schätzungsweise über das Internet abgewickelt. Die Öffnungszeiten und die Lage des Ladens lassen den direkten Kontakt mit Kunden und den Verkauf an „Laufkundschaft“ als eher marginal erscheinen. Auf der Homepage **www.sieg-oder-spielabbruch.de** werden potentielle Kund/innen gebeten, einen Besuch im Geschäft per Email zu vereinbaren – auch hier wird deutlich, dass es sich eher um ein Angebot für Szenekundige und Szeneangehörige handelt, „Außenstehende“ sind nicht von Interesse.

Über den Versand sind u. a. auch Artikel der rechten Hooligan-Band „Kategorie C – Hungrige Wölfe“ erhältlich.

Die **Kneipe „Bells“**, Auf der Brake, Bremen, gilt unter Expert/innen schon seit Jahren als die etablierteste Anlauf- und Sammelstelle von Hooligans, der rechtsextremen Szene und (Neo-)Nazis in Bremen.

Daran hat auch der mittlerweile stattgefunden Pächterwechsel nichts geändert, wie aus den Berichten und Einschätzungen von Szenebeobachter/innen hervorgeht.

Nach dem abgesagten „Kategorie C“ - Konzert am 26. November 2011 fungierte das Bells als Treffpunkt der frustrierten Musikfans – noch am selben Abend kam es in Bremen zu gewalttätigen Übergriffen im Innenstadtbereich (vgl. Chronologie rechtsmotivierter Vorfälle).

Abgesehen von der hier exemplarisch aufgeführten „Szene“ - Lokalität wurde im Zeitraum 2010/2011 auch deutlich, dass die rechte Szene vermehrt dazu übergeht, auf „unverdächtige“ Gaststätten und Veranstaltungsräumlichkeiten zurückzugreifen - teilweise ohne dass sich die betreffenden Gastronomen/ Pächter der politischen Hintergründe ihrer Gäste bewusst sind. Eine gewisse Häufigkeit von Treffen und den teilweise damit einhergehenden Konflikten und Übergriffen kann aber immer wieder für einzelne Kneipen /Lokalitäten in verschiedenen Stadtteilen Bremens und Bremerhavens vermeldet werden. Aus diesem Grund hat das Landesberatungsnetzwerk „pro aktiv gegen rechts“ Ende 2011 gemeinsam mit der Gewerkschaft NGG und der DeHoGa Bremen die Broschüre „Rechtsextremist/innen nicht auf dem Leim gehen – Ein Ratgeber für die Gastronomie“ herausgegeben. Dieser enthält neben Verhaltenstipps auch konkrete Hinweise auf die in der rechten Szene üblichen Codes und Symbole.

6. Rechtsextremistische Organisationen im Lande Bremen

Die im Vergleich zu anderen Ländern vergleichsweise kleine rechtsextremistische Szene spiegelt gleichwohl nahezu alle Facetten und Organisationen des organisierten Rechtsextremismus in Deutschland wieder. Bei der Betrachtung dieser Szene und ihrer Größenordnung ist immer auch zu beachten, dass es enge Verbindungen ins niedersächsische Umland gibt.

6.1. NPD und DVU

Die NPD war seit 2008 bundesweit von einem stetigen Mitgliederrückgang betroffen. Die Fusion mit der „Deutsche Volksunion“ (DVU) im Januar 2011 hatte diese Entwicklung vorübergehend gestoppt. In Bremen war eine ähnliche Entwicklung festzustellen. Notwendige Voraussetzung für die Fusion war die Auflösung der DVU, deren Mitglieder nicht automatisch Mitglied in der NPD wurden, sondern ausdrücklich beitreten mussten. In Bremen konnte die NPD durch die Beitritte einiger ehemaliger DVU-Mitglieder einen tendenziellen Mitgliederrückgang ausgleichen, so dass die

Mitgliederzahlen in etwa konstant geblieben sind. Die Mehrheit der etwa 60 DVU-Mitglieder blieb jedoch der fusionierten Partei fern.

Die Mitgliederzahl der NPD erhöhte sich von ca. 40 Mitgliedern (2010) auf ca. 50 Mitglieder im Jahr 2011. Sie hat dadurch ihre bereits zuvor bestehende dominierende Rolle im rechtsextremistischen Lager weiter festigen können. Vereinzelt sind noch im Jahr 2010 der DVU zuzurechnende Parteimitglieder mit Tittmann in der UDP organisiert (Punkt 6.7.). Ein einheitliches Bild hat sich hier bisher nicht ergeben.

Bei der Besetzung von Führungspositionen in den Landes- und Kreisverbänden der neuen Partei sollten die Mitglieder gleichermaßen berücksichtigt werden. Auf Bundesebene wurden noch vor vollzogener Parteizusammenführung Führungsfunktionäre der DVU in den NPD-Bundesvorstand aufgenommen. Der außerordentliche Bundesparteitag der NPD im November 2010 wählte den DVU-Bundesvorsitzenden Mathias Faust zum stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden, während sein Stellvertreter Ingmar Knop sowie das DVU-Präsidiumsmitglied Heiner Höving zu Beisitzern ernannt wurden. Auf Landesebene wurde am 23.01.2011 der langjährige NPD-Landesvorsitzende Horst Görmann zum Vorsitzenden der neuen „NPD-Die Volksunion“. Sein Stellvertreter wurde der frühere stellvertretende DVU-Landesvorsitzende Karlo Ronstadt. Als Fusionsgegner hatte der bisherige DVU-Landesvorsitzende Rudolf Bargmann sein Amt niedergelegt und war aus der Partei ausgetreten.

Noch im Jahr 2008 war die NPD in Bremen die kleinere der beiden rechtsextremistischen Parteien und zum Ende des Jahres traten NPD-Funktionäre von ihren Führungsfunktionen zurück. Die NPD befand sich in einem desolaten Zustand und hatte große finanzielle Schwierigkeiten, sie organisierte lediglich Informationsstände unter dem Motto „Sozial geht nur national“ und beteiligte sich an der 1. Mai Demonstration in Hamburg. Aufgrund der erodierenden Mitgliederzahlen der DVU im Jahr 2009 deutete sich auch in Bremen ein Angleichen an den Bundestrend der beiden großen rechtsextremistischen Parteien an. Der NPD-Landesverband zählte 2009 rund 50 Mitglieder. Bei der Bundestagswahl 2009 erreichte sie im Land Bremen 1,1 Prozent der Stimmen, was zum Teil auch am insgesamt schwachen Wahlkampf lag, der sich lediglich auf das Plakatieren in einzelnen Stadtteilen und wenige Informationsstände beschränkte. Im Jahr 2010 zählte die NPD in Bremen nur noch etwa 40 Mitglieder, die „Fusion“ mit der DVU war für sie zentrales Thema, vor allem aufgrund der beanspruchten Führungsrolle im rechtsextremistischen Spektrum. „Arbeit. Familie. Vaterland.“ wurde als neues Parteiprogramm verabschiedet, das an die völkisch-nationalistische Ausrichtung des Parteiprogramms von 1996 anknüpfen sollte und auch der Bremer Landesverband nutzte die Debatte um Sarrazins Thesen. Die bisherige Integrationspolitik wurde als „Multi-Kulti-Gelaber der Etablierten“ dargestellt und Sarrazin wurde der „Mut zur politischen Unkorrektheit“ bescheinigt. Man attestierte ihm: „Der Mann hat recht!“ (Internetseite der NPD Bremen, 09.09.2010).

6.2. Neonationalsozialistische Szene – Freie Nationalisten

Der Neonazismus stellt eine besondere Form des Rechtsextremismus dar. Er umfasst alle Aktivitäten und Bestrebungen, die ein offenes Bekenntnis zur Ideologie des Nationalsozialismus darstellen und auf die Errichtung eines vom Führerprinzip bestimmten autoritären bzw. totalitären Staates gerichtet sind.

Die neonazistische Szene in Bremen wird durch die „Freien Nationalisten Bremen“ (FN-Bremen), der „Bürgerbewegung Für Bremerhaven (BFB)“ sowie Einzelpersonen in „informellen Gruppierungen“ geprägt.

Im Januar 2008 wurde der Aufbau einer eigenen Kameradschaft in Bremen geplant. Es gab Hinweise über die Gründung einer aktionsfähigen Kameradschaft, die aus dem Februar 2008 stammen. Im Juni 2008 wurde schließlich die neonazistische Kameradschaft „Freie Nationalisten Bremen“ gegründet. Mit einem Internetauftritt unter www.fn-bremen.org präsentierte sich die Gruppierung öffentlich. Ein Neonazi und Mitglied der Hooligan-Gruppierung „Nordsturm Brema“ und dessen Bruder waren zunächst die anleitenden Personen der Kameradschaft. In einer Selbstdarstellung der Gruppe hieß es u.a.:

„Wir sind ein parteiunabhängiger Zusammenschluss junger Frauen und Männer, der es sich zum Ziel gesetzt hat, nationale und soziale Strukturen und Ideen in Bremen bekannt zu machen.“

Wir sind derzeit die einzige nationale Kraft in Bremen, die ihre Ideen mit einem sinnvollen und organisierten Aktivismus vertritt. Uns geht es [...] um fortwährende Integration unserer Idee in die Mitte der Gesellschaft [...] die langfristig nur die nationale Revolution als Ziel hat“. Die Kameradschaft verstand sich als „revolutionäre Bewegung“, die sich zusammengeschlossen hat, um „nationale und soziale Strukturen und Ideen in Bremen bekannt zu machen“. Ihr erklärtes Ziel ist die „nationale Revolution“, denn „dieses System ist unheilbar krank, es gleicht einer Pest, die ausgerottet werden muss, wenn wir Deutsche eine gesunde Zukunft haben wollen.“

Die Gruppierung wies von Anfang an eine starke Mitglieder-Fluktuation auf. Die Kameradschaft konnte ca. 10-15 Rechtsextremisten zur Teilnahme an Aktionen mobilisieren. In Bremen besteht ein besonders enges Verhältnis zwischen NPD, Neonazis, rechtsextremistischen Skinheads und rechtsextremistischen Hooligans. Aufgrund von Personenüberschneidungen in vielen Teilbereichen ist eine Zuordnung zu einzelnen Strukturen kaum mehr möglich und führt zu einer rechtsextremistischen „Mischszene“. Insbesondere durch die Umsetzung des „Volksfrontkonzeptes“¹ kam es zu personellen Überschneidungen.

Der Anführer der Freien Nationalisten, zu damaliger Zeit (2007) noch 16 Jahre alt, gehörte zu einer Gruppe von Rechtsextremisten, die an einer öffentlichen Informationsveranstaltung der VHS in Bremerhaven teilnehmen wollten. Um einen störungsfreien Ablauf der Veranstaltung zu gewährleisten, wurde ihnen der Zutritt verweigert. Thema der Veranstaltung war „Die 2. Front der Neonazis – die neue Szene in Bremerhaven“. Als Referent trat Andre Aden, Journalist und Mitglied der Antifa, auf. In der Folgezeit nahm der FN-Anführer, als Mitglied der NPD-Jugendgruppe Bremen, an verschiedenen regionalen und überregionalen Veranstaltungen des rechtsextremistischen Spektrums teil.

Zu den Aktivitäten der Freien Nationalisten im Berichtszeitraum können hier u. a. folgende benannt werden:

- Im Januar 2009 führten Aktivisten der „FN“ zusammen mit Mitgliedern des NPD-Landesverbandes eine „nationale und sozialistische Wanderung“ mit

¹ Das Volksfrontkonzept bezeichnet die Bestrebung, unterschiedliche Strömungen des rechtsextremistischen Spektrums insbesondere zwischen der NPD und den freien Kräften zu vereinen.

abschließender nordisch-germanischer Zeremonie am „Sachsenhain“ in Verden durch. Der Sachsenhain ist eine ehemalige, großflächige Denkmalanlage der Nationalsozialisten. Er besteht aus 4.500 Findlingen. Der Innenbereich des Haines diente der SS als Übungsplatz. 1950 wurde das Gelände von der evangelischen Landeskirche erworben. Der Landesjugendring betreibt dort eine Bildungs- und Tagungsstätte. Der steingesäumte Rundweg ist Touristen- und Ausflugsziel, aber auch Anziehungspunkt für Rechtsextremisten und „neuheidnische“ Sekten.

- Aus Anlass des Geburtstages von Adolf Hitler fand am 20. April 2009 eine Feier in Bremen statt. Die Teilnehmer der Veranstaltung waren sowohl dem Spektrum der Freien Nationalisten, als auch der NPD zuzuordnen
- Im Rahmen eines NPD-Kreisverbands-Treffens wurden Anwesende aufgefordert, sich an Flugblattverteilkaktionen in Bremen und Bremen–Nord zu beteiligen. Der NPD seien 10.000 Flugblätter im Din-A-5-Format (Themenbereich Arbeit und soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen) zur Verfügung gestellt worden.
- Es fanden - überwiegend außerhalb Bremens - Beteiligungen an Trauer- und Gedenkmärschen, Rudolf-Heß-Gedenkveranstaltungen, Antikriegstagen und Sonnenwendfeiern statt. Seit Ende 2011 sind auch Teilnahmen an Treffen der „Europäischen Aktion“ (EA) bekannt. Die „EA“ ist eine neue Aktionsform und wird unter Punkt 3.3. näher beschrieben.

6.3. Kameradschaft „Sturm Wiking“

Im Oktober 2011 standen Mitglieder der Gruppierung „Sturm Wiking“ Bremen wegen des Versuches der Bildung einer kriminellen Vereinigung, Sachbeschädigung, Volksverhetzung und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz vor dem Landgericht. Die Staatsanwaltschaft warf sieben Angeklagten vor, eine Vereinigung gegründet zu haben, bzw. daran beteiligt gewesen zu sein, deren erklärtes Ziel, gem. der Gründungssatzung, die Schaffung eines „artgemäßen freien deutschen Reiches“ gewesen sei. Diesem Zwecke sollte auch der „Kampf um die Parlamente und die Straßen“ dienen. Weiter hieß es, dass zu Erreichung der Ziele eine „schlagende, kämpfende Truppe“ notwendig sei. Dies gipfelte in der Aufforderung *„Mit dem linken Mob und Ausländerhorden auf der Straße diskutiert man nicht – man schlägt sie! Man schlägt sie erbarmungslos in die Flucht.“* Bei einem Treffen am 22. Februar 2008 beschloss die Gruppe, Straftaten in Form von Sachbeschädigungen zu begehen, welche sich noch am selben Abend gegen die Jugendbildungsstätte „Lidice Haus“ richtete. Durch Steinwürfe gegen das Haus und einen vor dem Haus stehenden PKW entstand ein Sachschaden von ca. 20.000 Euro.

Am 11. Oktober 2011 erhielten die Haupttäter eine Bewährungsstrafe von 18 Monaten und eine Geldstrafe von 500,- Euro sowie eine Bewährungsstrafe von 18 Monaten und eine Geldstrafe von 1.000,- Euro. Die anderen Mitangeklagten wurden zu Geldstrafen und erzieherischen Maßnahmen verurteilt. Weitere Beteiligte erhielten eine Verwarnung bzw. das Verfahren wurde eingestellt.

6.4. „Combat 18“ (C18)

„C18“ gilt heute als ein Skinheadmusik-Netzwerk, das europaweit Bands managt, Konzerte veranstaltet und CDs produziert. Regelmäßig werden in den letzten Jahren

Kontakte von „C18“-Mitgliedern zur rechtsextremistischen Skinheadszenen in Deutschland festgestellt. Aufgrund ihrer kompromisslosen militanten Ausrichtung hat „C18“ in Teilen der gewaltbereiten rechtsextremistischen Szene in Deutschland einen gewissen Vorbildcharakter. Dies zeigt sich u.a. in positiven Äußerungen in neonazistischen Publikationen und Skinhead-Fanzines sowie im Tragen von Kleidung mit der Aufschrift „Combat 18“ oder „C18“. Erste Hinweise auf „C18“ in Bremen ergaben sich durch eine Internetrecherche. Ende Februar 2007 wurde die Homepage einer bis dahin unbekanntenen Gruppe „White & Pride Bremen“ unter www.8318.de.tl im Internet festgestellt. In der Vorstellung der Gruppe hieß es:

„Wir sind eine Truppe von durchgeknallten Typen die für ihr Land kämpfen. Unsere Kameradschaft ist zwar nicht so groß, aber dafür um so mehr der Zusammenhalt.“

Während „Freie Kräfte und Kameradschaften“ zur Kontaktaufnahme aufgefordert wurden, erteilte man einer Zusammenarbeit mit parteigebundenen Personen eine Absage. Die „Starseite“ endete

„Mit kameradschaftlichen Grüßen, Das White and Pride team. Hail Combat 18“.

Im Zusammenhang mit Straftaten gegen politische Gegner wurde im norddeutschen und Bremer Raum wiederholt das Kürzel „C 18“ benutzt. Seit Ende Januar 2008 kam es vermehrt zu Anschlägen von Rechtsextremisten auf Einrichtungen politischer Gegner.

Es wurden im Bereich Bremen-Nord und in Osterholz-Scharmbeck Plakatieraktionen durchgeführt, ortsansässige Schulen und Freizeitzentren wurden mit „C18“-Plakaten „bedacht“. Eindeutig dem „C18“-Netzwerk zuzurechnen waren die Farbschmierereien am 7. Februar 2008 am Technologiezentrum (Bremen-Nord) „C18“ – Parole und am 18./19. Februar 2008 am Info-Laden im Viertel.

6.5. Grenzüberschreitende Verbindungen der rechtsextremistischen Szene Bremens

Als Beleg für die enge Zusammenarbeit der „FN-Bremen“ mit Neonazis aus dem niedersächsischen Umland bzw. anderen Bundesländern seien hier drei Aktionen aus den Jahren 2008 bis 2010 aufgeführt:

Der Todestag des ehemaligen Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß am 17. August führt alljährlich bundesweit zu Aktivitäten der rechtsextremistischen, insbesondere der neonazistischen, Szene – allerdings mit stark abnehmender Tendenz.

Die neonazistische Kameradschaft „Freie Nationalisten Bremen“ hatte auf ihrer Internetseite einen Artikel zur Heß-Thematik eingestellt. Der Text mit der Überschrift

„Rudolf Heß – Mord verjährt nicht! Zum Gedenken an den ... Todestag des Friedensfliegers

ist in vielen Passagen identisch mit vorherigen Jahres-Beiträgen zum Todestag, erschienen auf einer Heß-Gedenkseite im Internet. Die Seite selbst weist keinen Bezug nach Bremen auf. Auf der Internetseite wurde erneut der Selbstmord von Heß bestritten und das in neonazistischen Kreisen behauptete Mordkomplott des alliierten Wachpersonals in Berlin-Spandau aufgegriffen.

Die „Freien Nationalisten Bremen“ veranstalteten zusammen mit anderen freien und parteigebundenen Gruppierungen die „Rudolf-Heß-Gedenkwochen“ 2008 in Bremen. Mit Plakataktionen sollte auf das Schicksal von Heß aufmerksam gemacht werden. Dazu ließ man Aufkleber und Flugblätter drucken. Zusammen mit Skinheads und

NPD-Mitgliedern, insgesamt bis zu 20 Personen, verteilten Bremer Neonazis eine Vielzahl von Flyern mit dem Porträt von Rudolf Heß und dem Aufdruck

Rudolf Hess

Ermordet am 17. August 1987!

Wir klagen an! Wir klären auf!

www.fn-bremen.org (Seite nicht mehr aktiv)

Darüber hinaus wurden zwei Sprühaktionen per Schablone (Hauswand u. Stromkasten) mit dem Schriftzug ‚RUDOLF HESS WIR BLEIBEN DIR TREU‘ festgestellt.

Die neonazistische Kameradschaft „Freie Nationalisten Bremen“ richtete im Juni 2009 eine Informations- und Schulungsveranstaltung aus. Die Moderation der Veranstaltung, an der ca. 40 Rechtsextremisten (NPD-Mitglieder und Neonazis) aus Bremen, dem niedersächsischen Umland und Mecklenburg-Vorpommern teilnahmen, übernahm ein Bremer Neonazi und NPD-Funktionär. Auswärtige Referenten warben für die „Reichsbürgerbewegung“, einer Organisation, die sich selbst in der Tradition des historischen Nationalsozialismus sieht. Veranstaltungen dieser Art dienen der gezielten politischen Schulung und dem Zusammenhalt der Szene. Einzelne Teilnehmer dieser Veranstaltung gehörten bis zum Verbot im Jahre 1992 der neonazistischen „Nationalistischen Front“ (NF) an.

Mitglieder des Delmenhorster Stützpunktes der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), Jugendgruppe der NPD, führten vom 8. bis 15. Mai 2010 in Delmenhorst eine Aktionswoche unter dem Motto „Bundeswehr raus aus Afghanistan“ durch. Die Aktionswoche ist als Teil der seit Jahren von der NPD und den JN - in Zusammenarbeit mit „Freien Nationalisten“ - betriebenen Kampagne „Kein deutsches Blut für fremde Interessen“ zu bewerten.

An der rechtsextremistischen Kundgebung in unmittelbarer Nähe des Rathauses beteiligten sich nach polizeilichen Angaben ca. 70 Personen. Die Teilnehmer gehörten überwiegend den rechtsextremistischen Szenen Delmenhorst und Umgebung, Oldenburg, Ostfriesland, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Bremen an. In den Redebeiträgen zweier Rechtsextremisten aus Hamburg und Dortmund wurde der sofortige Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan gefordert und gegen die USA polemisiert.

Bei den Teilnehmern aus Bremen handelte es sich u. a. um Mitglieder der NPD bzw. der „Freien Nationalisten“. Der Bremer NPD-Landesverband und die „Freien Nationalisten Bremen“ berichteten ausführlich auf ihren Internetseiten über die Veranstaltung.

6.6. „Bürgerbewegung Für Bremerhaven“

Im Juli 2011 wurde eine als rechtsextremistisch einzustufende kommunalpolitische Wählervereinigung „Bürgerbewegung Für Bremerhaven“ (BFB) bekannt. Initiator war ein hinlänglich bekannter gewalttätiger Bremerhavener Neonazi. Die BFB unterhält eine eigene Internetseite, aktuell abrufbar unter der Adresse www:/info-bfb.webnode.com/. Die Homepage ist das eigentliche Sprachrohr der BFB. Hier werden u. a. der Vorstand benannt, das Programm veröffentlicht, eigene Veranstaltungen beworben und Nachrichten aus Bremerhaven und Deutschland vermittelt. Die BFB ist nicht im Vereinsregister eingetragen. Der Vorstand der BFB, die sich als „*Konservativ, Bürgernah und Sozial*“ bezeichnet, ist auf der Homepage

namentlich aufgeführt. Die Benennung der Funktionsbesetzungen unterlag einem häufigen Wechsel.

In den zurückliegenden Jahren trat der aus Sachsen stammende und seit 2006 in Bremerhaven lebende Vorsitzende der BFB bundesweit mehrfach als Anmelder rechtsextremistisch ausgerichteter Demonstrationen der von ihm geleiteten, zwischenzeitlich aber nicht mehr existenten, neonazistischen „Nationalsozialistischen Bewegung Deutschlands“ (NBD) auf. Die geplanten Veranstaltungen wurden aber entweder behördlich untersagt oder durch ihn selbst abgesagt. Im Jahr 2007 stellte er die Aktivitäten der NBD ein.

In mehreren Darstellungen zum „Selbstverständnis der Bewegung“ und in Auszügen aus dem „Programm“ wird unzweifelhaft eine rechtsextremistische Positionierung der BFB deutlich.

Ihre fremdenfeindliche und rassistische Einstellung kommt in Formulierungen wie

*„Einwanderer gefährden die deutsche Volks- und Wertegemeinschaft“,
„Straßenkriminalität und Gewaltdelikte durch multikulturelle Jugendgruppen durch maximale Polizeiprävention bekämpfen“* zum Ausdruck. Sie gipfelt in der Forderung: *„Bremerhaven braucht die deutsche Volksgemeinschaft statt multikulturelle Manipulation.“*

Der Begriff „Volksgemeinschaft“ bezeichnet ein zentrales Element der rechtsextremistischen Weltanschauung. Nach nationalsozialistischer Lesart ist sie die aus Bluts-, Schicksals- und nationalsozialistischer Glaubensgemeinschaft hervorgehende Lebensgemeinschaft des Volkes, in der Klassen, Parteien, Standesgegensätze und individuelle Interessen zugunsten des gemeinsamen Nutzens aller „Volksgenossen“ aufgehoben sein sollen.

„Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist.“ (Punkt 4 des 25-Punkte-Programms der NSDAP von 1920) Eine Teilhabe „Fremder und Ausländer“ an einer „Volksgemeinschaft“ ist somit ausgeschlossen. Die Forderung nach Errichtung einer „Volksgemeinschaft“ steht im krassen Gegensatz zum Grundgesetz, das die Würde des Menschen und die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit in den Mittelpunkt stellt.

Das generelle fremdenfeindliche und rassistische Konzept der BFB wird als „islamkritische Positionierung“ kaschiert. In einem Demonstrationsaufruf wird mit der Bekundung *„Wir sagen: Ja zur Religionsfreiheit, Nein zum Islam, Nein zur Moschee“* und einem *„Mobilisierungs-Botton“ „Islamisierung? – Nein Danke“* die wahre Intention der BFB deutlicher.

Unterschwellig bis unverhohlen wird durchgängig Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in Texten auf den Nachrichtenseiten der Homepage geschürt, in denen es u. a. heißt:

„Multikulti-Terror durch Multikriminelle Gewalt geht weiter“,

„Multikriminalität durch Multikultur nimmt in Bremerhaven zu“,

„Stoppt die Ausländergewalt an unseren Kindern!“,

„Ausländergewalt breitet sich gezielt aus – Asylbewerber überfallen Discothek“

und

„Geld für Deutsche statt Milliarden in das Asylrecht. Wir fordern statt einer Hofierung von Fremden die Pflege des Eigenen, sprich, die gezielte Förderung deutscher Familien.“

Die ideologische Verbundenheit mit dem Nationalsozialismus ist in der Faltbroschüre mit der „*Kurzfassung des 6 Punkte Programms für Bremerhaven*“ erkennbar. Dort heißt es: „*Wer den Sozialstaat will muss sich zur Volksgemeinschaft bekennen.*“ „*Volksgemeinschaft statt Parallelgesellschaft.*“

Um eine öffentliche Wahrnehmung vor Ort zu erreichen, trat die BFB in Bremerhaven in kurzen Abständen mit Informationsständen und Plakataktionen auf. In den angebotenen Broschüren und Werbekarten wurde unterschwellig bis offen eine durchgängige Fremdenfeindlichkeit deutlich.

6.7. UNION DEUTSCHER PATRIOTEN (UDP)

Im November 2009 wurde in Bayern die Partei „UNION DEUTSCHER PATRIOTEN – Demokratische Partei der gesellschaftlichen Moral“ (UDP) gegründet. Der Bundesvorsitzende Dr. Thomas Mehnert war u. a. ehemaliger stellvertretender Bundesvorsitzender der DVU. Dies findet sich in seiner aktuell im Internet eingestellten Vita unter www.union-deutscher-patrioten.de/vita-mehnert01.html nicht wieder.

Am 3. 3. 2012 wurden in Bremerhaven ein Landesverband Bremen und ein Kreisverband Bremerhaven der UDP gegründet. Zum Vorsitzenden beider Verbände wurde Siegfried Tittmann, ehemaliges Mitglied der bremischen Bürgerschaft und DVU-Funktionär, gewählt. Weitere Mitglieder des Vorstands gehörten früher ebenfalls dem DVU-Landesverband an. Aufgrund der personellen Identitäten der „UDP“-Mitglieder zur rechtsextremistischen, mit der NPD verschmolzenen ehemaligen DVU, deren Verbindung mit programmatischen Parallelen und der bereits beschriebenen Diktion wird die UDP bzw. ihr Programm auf rechtsextremistische Inhalte überprüft.

Die „UDP“ bezeichnet sich selbst als patriotisch und setzt sich nach Worten des Bremer Landesvorsitzenden für ein „besseres, deutsches Deutschland“ ein. Die Aktivitäten der „UDP“ im Land Bremen beschränken sich derzeit auf „Flyer-Verteilaktionen“ in Bremerhaven. Nach Angaben des Landesvorsitzenden wolle die „UDP“ nach entsprechender Kandidatenwahl zur Bundestagswahl 2013 antreten.

Innerhalb der rechtsextremistischen Szene Bremens fand die Gründung der Partei kaum Beachtung. Am 8. 08. 2012 antwortete die „UDP“ in einem offenen Brief an Radio Bremen auf einen Beitrag der Reihe „Der Norden schaut hin“ und erklärte wie folgt:

„Niemals gehört die UDP in eine Sendereihe, die sich mit dem rechten Rand befasst! [...] Niemals darf die Verwendung der Begriffe Volk, Heimat, Vaterland an sich ein Indiz für Extremismus sein.“ Dr. Mehnert distanziert sich weiterhin sinngemäß von einem übersteigerten Verhältnis zu „Volk, Heimat und Vaterland“. Zu dem Landesverband aus Bremen äußert er sich dabei wie folgt: *„Dabei gehörten einige Personen der vormaligen Bürgerbewegung „Protest der Bürger“ (PdB) an.“* Seine eigene DVU-Historie und die anderer Mitglieder, wie z. B. der Eintrag des Herrn Tittmann auf der niedersächsischen NPD-Landesliste 2005 als DVU-Fraktionsvorsitzender, finden dabei zunächst keine Erwähnung. Erst später wird diesem Umstand Rechnung getragen:

„Einige Mitglieder waren in der DVU. Dabei handelt es sich um diejenigen, die vehement gegen eine Zusammenarbeit mit der NPD protestiert und sich dagegen gewehrt hatten! Sie bekennen sich uneingeschränkt zur freiheitlich demokratischen Grundordnung.“

6.8. „Die Rechte“

Am 27. 05. 2012 gründete sich unter dem Vorsitz des Christian Worch der Bundesverband der Partei „DIE RECHTE“, deren Prüfung beim Bundeswahlleiter ansteht. Christian Worch, gelernter Rechtsanwalts- und Notarsgehilfe, ist dem neonazistischen Spektrum zuzuordnen. Worch ist seit den siebziger Jahren innerhalb der rechten Szene aktiv und war Mitglied und Funktionär mehrerer zum Teil später verbotenen Organisationen wie der „Aktionsfront Nationaler Nationalisten“ oder der „Freiheitlichen Arbeiterpartei“. Er galt als „Mitinitiator“ des Konzepts „Freier Kameradschaften“ und als „Bindeglied“ zwischen dem neonazistischen Lager und der NPD, ohne Mitglied der Partei zu werden.

Mit Beginn der Auflösung der DVU pflegte er insbesondere Kontakte zu den Landesverbänden Niedersachsen und Schleswig-Holstein, die sich gegen eine Fusion mit der NPD aussprachen.

Worch fungierte 2006 als Anmelder und Organisator eines NPD-Aufzuges des Bremer Landesverbandes mit ca. 100 Teilnehmern in Walle. Er pflegt persönliche Kontakte zu Protagonisten der rechtsextremistischen Szene Bremens, sowohl zu NPD-Mitgliedern, als auch zu „Freien Nationalisten“ und Personen, die dem subkulturellen Spektrum zuzuordnen sind. Am 12. 05. 2012 fand im NPD-„Bürgerbüro“ in Bremerhaven eine vom Landesverband organisierte Vortragsveranstaltung statt. Christian Worch hielt dabei seinen Vortrag unter dem Titel „Die Deutsche Rechte – Überblick und Ausblick“ und ging thematisch insbesondere auf ein mögliches NPD-Verbotsverfahren ein.

Auswirkungen der Parteigründung auf das Bundesland Bremen sind derzeit noch nicht zu erkennen. Aufgrund der Anerkennung, die Worch auch durch Führungspersonen der rechtsextremistischen Szene Bremens erfährt, sind unterstützende Aktivitäten aus dem Land Bremen zukünftig nicht auszuschließen.

7. Frauen in der rechtsextremistischen Szene

Frauen stellen bundesweit einen zahlenmäßig nicht zu unterschätzenden Anteil an der rechtsextremistischen Szene dar. Die Intensität ihrer politischen Einstellung steht dabei der ihrer männlichen Pendanten keineswegs nach. Frauen wird politisch im Rechtsextremismus zwar Gleichberechtigung eingeräumt, tatsächlich wird die Frau aber in der „Familienrolle“ gesehen. In den Kreisen der Freien Nationalisten und im Bereich der Subkulturellen passen sich Frauen sehr weit an die männlichen Mitglieder des engeren Bekanntenkreises an, sowohl äußerlich, als auch in der Aggressivität. Sie erscheinen zum Teil genauso martialisch und gewaltbereit und wollen nicht nur die „Freundin eines Neonazis“ sein, sondern selbst als „aktive Kämpferin“ angesehen werden. Qualitative und quantitative Partizipation von Frauen innerhalb der rechtsextremistischen Szene ist empirisch kaum belegt und bedarf einer genaueren Überprüfung.

Vorhandene Publikationen über Frauen in rechtsextremistischen Organisationen stellen im Wesentlichen journalistische Einblicke in die rechtsextremistische Frauenszene dar. Sie verzichten aber, wie beispielsweise das Buch von Andrea Röpke und Andreas Speit „Mädelssache – Frauen in der Neonazi-Szene“, auf verallgemeinerbare Schlussfolgerungen. Das gilt auch für ein einschlägiges Video der Medienagentur „recherche nord“ aus dem Jahr 2007. Beide stellen allerdings sehr vielfältige Erscheinungsformen von Frauen in der rechtsradikalen Szene dar, Tenor: die Frauen sind so unterschiedlich wie in der übrigen Gesellschaft auch.

Dennoch sind in den vorhandenen Publikationen Verhaltens- und Problemmuster erkennbar, die auf eine Unterordnung der Frau gegenüber dem Mann hinauslaufen. Diese, dem Klischee entsprechende, erwartbare Beobachtung dürfte jedoch für einen besonderen Maßnahmeansatz zu dürftig sein. Systematischere Untersuchungen wären dafür notwendig. Ob allerdings die vergleichsweise kleine rechtsextremistische Szene in Bremen ausreichende Erkenntnisse bietet, ist zu bezweifeln. Generell werden entsprechende Untersuchungen vor der Frage stehen, ob sich die Szene einer solchen Beobachtung durch die Wissenschaft stellt.

Frauenorganisationen wie die „Aktive Frauen Fraktion“ (AFF), der „Skimgirl Freundeskreis Deutschland“, die „Gemeinschaft deutscher Frauen“ oder der „Mädelsring Thüringen“ weisen bereits auf eine zunehmende Bedeutung der aktiven Beteiligung innerhalb der rechtsextremistischen Szene hin.

Die wohl bekannteste Organisation ist der „Ring Nationaler Frauen“ als eine bundesweite Unterorganisation der NPD, die im Jahr 2006 gegründet wurde und auch „parteiungebundenen“ Frauen als Ansprechpartner dienen soll.

Die NPD hatte in der Vergangenheit wiederholt Initiativen gestartet, um durch getarnte Propaganda, freundliche Slogans und Bilder potentielle Wählerinnen und weibliche Parteimitglieder zu bewerben (z. B: „Nationalismus ist Mädchensache“). Erkenntnisse über Bremer Mitgliedschaften im Ring Nationaler Frauen liegen nicht vor. Im Ortsbeirat Bremen-Gröpelingen ist eine Vertreterin der NPD gewählt worden, die eine langjährige „Karriere“ innerhalb des rechtsextremen Spektrum durchlaufen hat.

8. Entwicklung der Straftaten im Bereich rechtsextremistisch motivierter Kriminalität seit 2008

8.1. Entwicklung im Land Bremen

Die Gesamtzahl der Straftaten „rechts“ bewegt sich auf einem ähnlichen Niveau wie in den Jahren zuvor. Dies gilt auch für den Bereich der Propagandadelikte, die in der Regel den Großteil des Straftatenaufkommens „rechts“ bestreiten. Es handelt sich dabei zumeist um Hakenkreuzschmierereien, die Herstellung und Verbreitung inkriminierter Druckschriften und um Veröffentlichungen im Internet.

Im Bereich der Gewalttaten wurde im Jahr 2012 der niedrigste Stand verzeichnet. Der prozentuale Anteil der Gewaltdelikte bezogen auf die Gesamtkriminalität „Rechts“ liegt im Jahr 2008 noch bei 7,09 Prozent und in den Folgejahren um die 4,5 Prozent. 2009 lag er bei 4,29 Prozent; 2010 bei 4,42 Prozent; 2011 bei 4,55 Prozent und im Jahr 2012 bei 3,15 Prozent.

In der Norm der vergangenen Jahre liegt ebenfalls die Zahl der extremistischen Taten, eine extremistische Einordnung der Straftaten ist in diesem Phänomenbereich regelmäßig anzunehmen.

Die öffentliche Wahrnehmung rechter Gewalt wird zumeist durch fremdenfeindliche Delikte geprägt. Auffallend ist die erhöhte Zahl von Straftaten mit fremdenfeindlicher Motivation im Jahr 2009, allerdings sind aufgrund der insgesamt relativ geringen Fallzahlen in Bremen die Abweichungen nach oben bzw. nach unten naturgemäß prozentual gesehen sehr groß. Diese Fallzahlschwankungen zeigen bei kleinen Fallzahlen somit nicht immer zuverlässig eine Änderung in der Tendenz an und sind vorsichtig zu bewerten, so haben im Jahr 2009 bei einer hohen Gesamtfallzahl im Bereich „Rechts“ zwar die fremdenfeindlichen Delikte zugenommen, zeitgleich haben im Jahr 2009 die Gewaltdelikte jedoch abgenommen.

Parallel zum Jahr 2009 fällt die Zunahme der Delikte mit rein fremdenfeindlichem Hintergrund im Jahr 2012 auf. Zugrunde liegen hier zum größten Teil Straftaten aus dem Bereich der Propagandadelikte und der Volksverhetzung.

Prozentual ausgedrückt stellen sich die Delikte in den vergangenen fünf Jahren mit fremdenfeindlicher Motivation wie folgt dar:

Im Jahr 2008 mit 9,22 Prozent, im Jahr 2009 deutlich erhöht mit 17,14 Prozent, im Jahr 2010 mit 14,16 Prozent, im Jahr 2011 mit 11,36 Prozent und mit dem bislang höchsten Wert im Jahr 2012 mit 19,69 Prozent.

Ebenfalls parallel zum Jahr 2009 haben auch 2012 die Delikte mit fremdenfeindlichem Hintergrund zu- und die Gewaltdelikte abgenommen, in absoluten Zahlen weisen sie mit vier Fällen im Jahr 2012 den geringsten Wert seit fünf Jahren auf. Dies gilt auch prozentual betrachtet mit einem Wert von 3,15 Prozent.

Die Fälle mit antisemitischem Hintergrund sowie mit antisemitischem und fremdenfeindlichem Hintergrund verbleiben im Vergleich zu den Vorjahren auf niedrigem Niveau, hier gibt es keine Auffälligkeiten.

	2008	2009	2010	2011	2012
Straftaten „Rechts“ insgesamt	141	140	113	132	127
davon:					
Propagandadelikte	92 65,25 %	97 69,29 %	87 76,99 %	100 75,76 %	86 67,72 %
Gewaltdelikte	10 7,09 %	6 4,29 %	5 4,42 %	6 4,55 %	4 3,15 %
Extrem. Straftaten	135	140	113	132	126
Mit fremdenfeindlicher Motivation	13 9,22 %	24 17,14 %	16 14,16 %	15 11,36 %	25 19,69 %
Mit antisemitischer Motivation	11	7	8	3	2
Mit fremdenfeindlicher und antisemitischer Motivation	4	4	0	4	2

8.2. Entwicklung im Bundesgebiet

Bundesweit ist bis einschließlich 2010 ein rückläufiger Trend in den Fallzahlen der Straftaten „Rechts“ erkennbar, 2011 stiegen die Zahlen allerdings wieder leicht an. Das Gleiche gilt für den Bereich der Propagandadelikte, die den größten Teil der Straftaten „Rechts“ ausmacht.

Der prozentuale Anteil der Gewaltdelikte liegt im Jahr 2008 noch bei 5,45 Prozent, im Jahr 2009 bei 4,93 Prozent, im Jahr 2010 bei 4,92 Prozent und im Jahr 2011 bei 4,91 Prozent. Im Jahr 2012 liegt er bei 4,34 %.

Der prozentuale Anteil der Gewaltdelikte liegt somit ähnlich wie in Bremen bei knapp fünf Prozent, wobei Bremen prozentual einen leicht geringeren Anteil von unter etwas unter 4,5 Prozent an Gewaltdelikten aufweist.

	2008	2009	2010	2011	2012
Straftaten „Rechts“ Insgesamt	20.422	19.468	16.375	16.873	17.399
Davon:					
Propagandadelikte	14.283	13.295	11.401	11.475	k. A.
Gewaltdelikte	1.113	959	806	828	755

Die Zahlen für das Jahr 2012 müssen als vorläufig gelten, die endgültigen Zahlen lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

8.3. Straftaten politisch motivierter Kriminalität „Rechts“ aus dem Themenfeld „Konfrontation/politische Einstellung“

Mit den Veränderungen der Organisations- und Aktionsformen im Bereich der Rechtsextremisten rückt auch verstärkt die gewaltsame Auseinandersetzung zwischen Rechtsextremen und Linksextremen in den Blickpunkt.

Allerdings angesichts der geringen Fallzahlen im Bereich „Konfrontation/ politische Einstellung“ ist auch hier eine Interpretation der vorliegenden Schwankungen kaum möglich.

Auffallend ist die erhöhte Anzahl der berührten Themenfelder in den Jahren 2008 und 2009, zumal im Jahr 2008 der Anteil der Gewaltdelikte im Rahmen der Rechts-Links-Konfrontation bei fünf liegt.

Im Jahr 2008 bildete sich bundesweit und auch in Bremen die Aktionsform der „Autonomen Nationalisten“, die in erster Linie die Auseinandersetzung mit dem politischen/linken Gegner suchte. Diese Aktionsform war auch im Jahr 2009 noch aktiv und erklärt die erhöhten Fallzahlen in beiden Jahren. Intensive polizeiliche Ermittlungen in Verbindung mit Durchsuchungsmaßnahmen sowie Sicherstellungen, führten vor Gericht zu empfindlichen Bewährungsstrafen für verschiedene Mitglieder der „Autonomen Nationalisten“. Die Aktionsform hat sich aufgrund des polizeilichen Ermittlungsdrucks in Bremen aufgelöst und ist seitdem nicht mehr in Erscheinung getreten.“

Des Weiteren gab es im Rahmen des Bundestagswahlkampfes 2009 Rechts-Links-Auseinandersetzungen, die für Fallzahlen in diesem Themenfeld sorgten.

Im Jahr 2011 ist die Bremer Bürgerschaftswahl Hintergrund für eine Erhöhung der Fallzahlen in der „Auseinandersetzung mit dem Politischen Gegner“ und „Gegen Links“. Im Jahr 2012 spielte das Themenfeld „Konfrontation/politische Einstellung“ keine Rolle.

	2008		2009		2010		2011		2012	
	Anzahl	Gewalt								
Gegen Links	7	5	3	-	1	-	4	3	1	-
Gegen Ausländer	2	-	2	-	-	-	-	-	-	-
Gegen sonstige Politische Gegner	1	1	8	2	3	2	4	-	1	-
Gegen eigene Gruppe	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-

9. Ausgewählte Gerichtsverfahren gegen Rechtsextremisten

9.1. "Ostkurvensaal"

Im Januar 2007 fand im so genannten Ostkurvensaal des Bremer Weserstadions eine Jubiläumsfeier einer antifaschistisch ausgerichteten Ultra- Fangruppierung statt. Einige Personen aus der rechten Hooligan- Szene verschafften sich gegen den Willen der Feiernden Zutritt zum Saal. Hier provozierten sie die anwesenden Gäste durch Beleidigungen, schüchterten sie ein, beschädigten Teile des Mobiliars und verfolgten fliehende Gäste. Ein Gast wurde durch mehrere Personen geschlagen und erlitt dabei einen Nasenbeinbruch.

Die Staatsanwaltschaft nahm die Ermittlungen auf. Da sich zunächst keine Zeugen dazu bereitgefunden hatten, Angaben gegenüber der Polizei zu machen, bedurfte es umfangreicher Bemühungen von Staatsanwaltschaft und Polizei, um aussagebereite Zeugen zu finden.

Im April 2010 wurde gegen sieben Mitglieder der Hooligangruppen die Anklageschrift verfasst. Am 22. September 2011 begann vor dem Amtsgericht Bremen, Erweitertes Schöffengericht, der Prozess gegen die Beschuldigten wegen gefährlicher Körperverletzung und schweren Hausfriedensbruchs. Im Zuge einer Verfahrenseinigung räumten alle Angeklagten den Tatvorwurf ein, so dass bereits am 29. September 2011 das Gericht die Angeklagten zu Geldstrafen in Höhe von 400 Euro und 2.000 Euro verurteilte.

9.2. Straftaten zum Nachteil der Jugendbildungsstätte „Lidice- Haus“

Im Februar 2008 haben mehrere Personen einen Anschlag auf die Jugendbildungsstätte „Lidice- Haus“ - welche unter anderem Veranstaltungen zu den Themen Rassismus, Rechtsextremismus sowie zur Geschichte des Dritten Reichs anbietet- verübt. Sie warfen mehrere Fenster mit Steinen ein und versetzten dadurch im Haus befindliche Teilnehmer einer Veranstaltung sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Angst und Schrecken. Im Oktober 2011 hat die Staatsschutzkammer

des Landgerichts Bremen fünf Angeklagte wegen gemeinschaftlicher Sachbeschädigung zu Bewährungs- (18 Monate) und/ oder Geldstrafen verurteilt. Zwei der Angeklagten wurde außerdem wegen versuchter Bildung einer kriminellen Vereinigung verurteilt. Sie hatten versucht, eine so genannte Kameradschaft "Sturm Wiking" zu gründen. Das Landgericht hat festgestellt, dass die Gründung dieser Vereinigung Gegenstand ernsthafter Bestrebungen war und bis zum Tag des Anschlags auf das Lidice- Haus auch blieb. Zweck der Vereinigung sollte die Begehung von Straftaten, insbesondere das gewaltmäßige Vorgehen gegen ausländische Bürgerinnen und Bürger und "Linke" sein (vgl. A 6.3.).

9.3. Strafverfahren gegen Funktionsträger der NPD wegen Volksverhetzung und Verstoßes gegen das Jugendschutzgesetz

Die Staatsanwaltschaft Bremen hat im Oktober 2011 gegen den Landesvorsitzenden der NPD sowie gegen den Wahlkampfleiter und den Spitzenkandidaten dieser Partei Anklage wegen des Vorwurfs der gemeinschaftlichen Volksverhetzung erhoben.

Den Angeklagten wird zum einen vorgeworfen, im Vorfeld der Wahl zur bremischen Bürgerschaft im Mai 2011 für ein Online- Spiel auf der Internetseite der NPD verantwortlich zu sein. Das Spiel ist nach Auffassung der Staatsanwaltschaft dazu geeignet, zum Hass gegen bestimmte Bevölkerungsteile aufzustacheln. Deren Menschenwürde, so der Vorwurf, werde dadurch angegriffen, dass sie beschimpft und böswillig verächtlich gemacht werden, beispielsweise dadurch, dass hier lebende Ausländer als "Sozialschmarotzer" bezeichnet werden. Zum anderen geht es um eine von der NPD herausgegebene Schülerzeitung, die dazu geeignet sein soll, die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu gefährden. Dazu gehört die Behauptung, Lehrer seien "linke Spießer", die den Schülerinnen und Schülern ihre "linksextremen 68er Lügen eintrichtern" wollten.

Das Hauptverfahren wurde vor dem Amtsgericht Bremerhaven eröffnet; die Hauptverhandlung soll in der ersten Jahreshälfte 2013 stattfinden.

10. Rechtsextremistische Organisationen und Wahlen

10.1. Bürgerschaftswahl 2011

Die neu formierte „NPD-Die Volksunion“ rechnete sich in Bremen zur Wahl am 22.05.2011 Chancen auf einen Einzug in die Bürgerschaft aus. Wegen eines schwebenden Gerichtsverfahrens in der Sache wurde der Wahlkampf jedoch ausschließlich unter dem Namen NPD geführt. Dabei setzte sie auf die besondere Konstellation mit Bremerhaven, durch die allein die Erreichung der 5-Prozenthürde in Bremerhaven den Einzug in die Bürgerschaft ermöglicht.

Es wurde versucht, eine durch den Bremer Landesverband erstellte Wahlkampfzeitung unter dem Titel „Lehrerschreck“ und die sogenannte „Schulhof-CD“ in Bremen flächendeckend zu verteilen, um gezielt „Erst- und Jungwähler“ anzusprechen. Zur Wahlkampfstrategie gehörten auch medienwirksame Aktionen wie eine Presseerklärung, in der Parteimitglieder zur Mitarbeit am Zensus aufgerufen wurden.

Nach wiederholt betriebenen Informationsständen z.B. in Findorff und in der Vahr zur Sammlung von Unterschriften für die Zulassung der NPD zur Bürgerschaftswahl bildete eine Demonstration am 30.04.2011 unter dem Motto „Soziale Sicherheit statt

Raubtierkapitalismus“ in der Bremer Neustadt den Höhepunkt des Wahlkampfes der NPD. Etwa 200 Personen nahmen, begleitet von starken Protesten, an der Kundgebung teil. Die zunächst von der NPD erwarteten 1000 Teilnehmer, die zwischenzeitlich auf 500 korrigiert wurden, konnten nicht mobilisiert werden, weil sich ein Großteil der „Freien Nationalisten“ nicht für eine „NPD-Wahlveranstaltung“ instrumentalisieren lassen wollte. Lediglich 30 Bremer Rechtsextremisten, etwa zur Hälfte aus Reihen der NPD-Mitglieder, „Freien Nationalisten“ und aus dem subkulturellen Spektrum, beteiligten sich an der Veranstaltung.

Trotz eines in finanzieller und personeller Hinsicht intensiv geführten Wahlkampfes gelang der Sprung in die Bremische Bürgerschaft nicht. Landesweit erreichte die NPD nur 1,6Prozent und in Bremerhaven 2,3Prozent der Stimmen.

10.2. Auswertung der Ergebnisse zur Europa- Bundestags- und Bürgerschaftswahl

Die DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU) trat zur Wahl des Europäischen Parlaments am 7. 6. 2009 an, eine Teilnahme der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) war aufgrund des sogenannten „Deutschlandpakts“ ausgeschlossen. Die DVU errang im Land Bremen geringfügig weniger Stimmen als die NPD im Jahr 2004.

Bei der Wahl des Deutschen Bundestages am 22. September 2009 hatte der „Deutschlandpakt“ keinen weiteren Bestand, wodurch NPD und DVU mit eigenen Wahlvorschlägen an der Wahl teilnahmen. Sie konnten zusammen weniger Stimmen erreichen als die NPD noch im Jahr 2005 allein.

Die Stimmen der NPD stammten nach den Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik vor allem aus dem mittleren Alterssegment zwischen 25 und unter 45 Jahren und vor allem von Männern, die in fast allen Altersgruppen die (deutliche) Mehrheit der Wählerinnen und Wähler stellten; auffallend ist aber, dass unter den Jüngsten (18 bis unter 25 Jahre) die NPD Frauen besser ansprechen konnte.

Von den beiden Parteien trat zu den Landtags- und Kommunalwahlen in Bremen am 22. Mai 2011 nur die NPD an. NPD und DVU waren nach eigener Darstellung fusioniert, auch wenn der Prozess zum Zeitpunkt der Wahlen aufgrund eines schwebenden Gerichtsverfahren als nicht abgeschlossenen gelten konnte. Entgegen ihrer eigenen öffentlichen Darstellung als „NPD Die Volksunion“ führt die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) noch immer ihre alte Bezeichnung. Der 2007 im Wahlbereich Bremerhaven über den Wahlvorschlag der DVU gewählte Bürgerschaftsabgeordnete trat mit der Wählervereinigung „Protest der Bürger“ (PdB) erfolglos an und konnte weder Landtagsmandat noch seine Mitgliedschaft in der Stadtverordnetenversammlung Bremerhavens erhalten.

Aus den Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik ergibt sich, dass die meisten Stimmen der NPD bei der Landtagswahl im Wahlbereich Bremen von den jüngsten Wählerinnen und Wählern (Altersgruppe der 16- bis unter 24-Jährigen) stammten. Im Bezug zu dem Anteil dieser Altersgruppe an allen gültigen Stimmen wurde die Partei deutlich überdurchschnittlich von den Jüngsten gewählt, und dabei besonders von den Männern, unter denen sie einen erschreckend hohen Anteil erhielt. Unter den Männern konnte sie allerdings in allen Altersgruppen unter 60 Jahren überdurchschnittliche Ergebnisse erreichen, bei den Frauen gelang dies nur in der jüngsten Gruppe.

Bei der Wahl der Stadtverordnetenversammlung und der Beiräte konnte die NPD begrenzte Erfolge erzielen, sie war fortan in der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven und den Beiräten Blumenthal und Gröpelingen mit je einer Person vertreten. Allerdings konnte sie bei der Stadtverordnetenwahl nicht die ehemals drei Mandate der DVU erlangen und wäre ohne die Abschaffung der Fünf-Prozent-Hürde gar nicht vertreten gewesen. Bei der Beiratswahl konnte sie nur die Hälfte der Mandate der DVU von 2007 erreichen.

10.3. Wahlergebnisse

Wahl des Europäischen Parlaments

Gegenstand der Nachweisung	2004		2009	
	Anzahl	%	Anzahl	%
NPD	1.483	0,8	x	x
DVU	x	x	1.301	0,7
Summe	1.483	0,8	1.301	0,7
Gültige Stimmen	178.530	100,0	187.648	100,0

Wahl des Deutschen Bundestages

Gegenstand der Nachweisung	2005		2009	
	Anzahl	%	Anzahl	%
NPD	5.341	1,5	3.612	1,1
DVU	x	x	1.030	0,3
Summe	5.341	1,5	4.642	1,4
Gültige Zweitstimmen	361.921	100,0	338.611	100,0

Wahl der Bremischen Bürgerschaft (Landtag)

Gegenstand der Nachweisung	2007 ¹⁾		2011	
	Anzahl	%	Anzahl ²⁾	%
NPD	x	x	4.143	1,6
2007: DVU / 2011: PdB	7.536	2,7	264	0,1
Summe	7.536	2,7	4.406	1,7
Gültige Stimmen ²⁾	275.816	100,0	264.984	100,0

¹⁾ 2007: Unter Einbeziehung der Entscheidungen des Staatsgerichtshofs im Wahlprüfungsverfahren

²⁾ 2011: Rechnerische Zahl der Wähler = Zahl der Stimmen / (5*Auschöpfungsquote); Summe aufgrund Rundung abweichend

Bei den „Beiratswahlen 2011“ erzielte die NPD folgendes Ergebnis: Sascha Humpe wurde mit 4,3Prozent in den Beirat Blumenthal gewählt und Gabriele Yardim mit 3,7Prozent in den Beirat Gröpelingen. Die angetretenen NPD-Kandidaten für die Beiräte der Stadtteile Findorff, Vahr und Walle erhielten nicht genügend Stimmen.

Teil B: Rechtsstaatliche Intervention

1. Im Bund: Rechtsstaatliche Strategien zur Bekämpfung des Rechtsextremismus

1.1. Gemeinsames Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus GAR

Im November 2011 wurden das Bundeskriminalamt (BKA) und das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) beauftragt, ein zwischen den Häusern abgestimmtes Konzept zur Errichtung eines Gemeinsamen Abwehrzentrums gegen Rechtsextremismus (GAR) vorzulegen. Hintergrund sind die Ereignisse vom 04. November 2011 und die Taten und Strukturen des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU). Sie waren von den Sicherheitsbehörden nicht erkannt und nicht verhindert worden, obwohl Erkenntnisse zu Tätern und Umfeldpersonen vorlagen und sich diese temporär im Visier der Sicherheitsbehörden befanden.

Zur zukünftigen Bekämpfung rechtsextremistischer, insbesondere militanter bzw. terroristischer Aktivitäten soll ein ganzheitlicher Bekämpfungsansatz gewählt werden. Wichtigster Bestandteil dessen ist der noch engere Austausch zwischen den polizeilichen und nachrichtendienstlichen Kooperationspartnern und der damit einhergehende verbesserte koordinierte Austausch der in den verschiedenen Sicherheitsbehörden vorhandenen Informationen.

Unter dem Dach des GAR kommen die entsandten Vertreter folgender Behörden in einem fest eingerichteten Plenum zu regelmäßigen Lagebesprechungen zusammen:

- Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV)
- Bundeskriminalamt (BKA)
- Bundespolizei (BPol)
- Landesämter für Verfassungsschutz (LfV)
- Landeskriminalämter (LKA)
- Militärischer Abschirmdienst (MAD)
- Bundesnachrichtendienst (BND)
- Generalbundesanwalt (GBA)
- Europol

So können aktuelle Entwicklungen und Lageerkennnisse besprochen, anlassbezogen Erstbewertungen erstellt und daraus resultierende Aufträge und Maßnahmen koordiniert werden. Durch den direkten, umfassenden behördenübergreifenden Informationsaustausch soll eine zeitnahe Reaktion auf aktuelle Lagen sichergestellt werden.

1.2. Informations- und Analysestelle - Rechtsextremismus (NIAS-R/PIAS-R)

Durch die Einrichtung fester institutioneller Strukturen in Untergremien des GAR, in Gestalt einer polizeilichen sowie einer nachrichtendienstlichen Informations- und Analysestelle (PIAS/NIAS-R) soll die Stärkung der Analysefähigkeit sowie die Erarbeitung von Konzepten und Projekten weiter intensiviert werden. In der NIAS-R

sind das BfV, die LfV und der MAD vertreten. Die PIAS-R umfasst Vertreter des BKA, der LKÄ und der BPol. In verschiedenen Arbeitsforen innerhalb dieser Gremien oder in NIAS-R- und PIASR-übergreifenden Projekten werden Informationen zu verschiedenen Fragestellungen gesammelt und bewertet. Um einen strukturierten zwischenbehördlichen Informationsaustausch zu gewährleisten, sind beide Stellen funktional miteinander verknüpft.

1.3. Koordinierte Internetauswertung Rechtsextremismus (KIAR)

Die zunehmende Bedeutung des Internets in der rechtsextremistischen Szene und die Nutzung durch rechte Straftäter erfordern angepasste Bekämpfungsansätze und gewinnen dadurch auch für die Sicherheitsbehörden immer mehr an Bedeutung. Als Reaktion auf das sich stetig ändernde Aufgabenprofil der Verfassungsschutz- und Polizeibehörden im Bereich der Internetbearbeitung, ist flankierend zum Aufbau des GAR die Koordinierte Internetauswertung Rechtsextremismus (KIAR) unter Federführung des BfV in Köln eingerichtet worden. Die umfangreichen unterschiedlichen Aufgaben des KIAR umfassen beispielsweise die systematische und kontinuierliche Suche nach extremistischen und terroristischen Internetinhalten sowie deren Erstbewertung. Verbindungslinien zwischen rechtsextremistischer Propaganda, rechtsextremistischen Gewalttaten bis zu rechtsterroristischen Strukturen zu identifizieren, ist - neben der insgesamt effektiveren Informationsgewinnung im Internet - ein weiteres Ziel, welches durch die Einrichtung des KIAR erreicht werden soll.

Durch eine bessere Koordination der Sicherheitsbehörden sollen Doppelarbeiten und Kommunikationsdefizite vermieden und so sowie die Bekämpfung rechtsextremistischer Aktivitäten im Internet gestärkt und effizienter gestaltet werden. Dazu soll auch der Ausbau von fachlicher und technischer Kompetenz beitragen.

1.4. Rechtsextremismusdatei (RED)

Die aktuelle Bedrohung durch den Rechtsextremismus erfordert den Einsatz neuer Instrumente zur Gewinnung und zum Austausch von Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern. Dazu gehört auch die Nutzung moderner Informationstechnologien, einschließlich gemeinsamer Dateien von Nachrichtendiensten und Polizeien, die sich zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit an den verfassungsrechtlichen, allgemeinen Grundsätzen der Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit zu orientieren haben.

Die Entwicklung der Rechtsextremismusdatei, die als Verbunddatei – angelehnt an die Erfahrungen aus der Antiterrordatei (ATD) für den Phänomenbereich Islamismus/islamistischer Terrorismus – einen schnellen und fundierten Austausch von Informationen, aber auch der Generierung von Analysen den Weg ebnen soll, ist ein weiterer wesentlicher Aspekt für die Bekämpfung des Rechtsextremismus/-terrorismus.

Am 28. Juni 2012 hat der Deutsche Bundestag den Entwurf des Gesetzes zur Errichtung einer standardisierten zentralen Datei von Nachrichtendiensten und Polizeibehörden von Bund und Ländern zur Bekämpfung des gewaltbezogenen Rechtsextremismus, das Rechtsextremismus-Datei-Gesetz (RED-G) beschlossen.

Durch die Einführung der RED als gemeinsame elektronische Plattform der Nachrichtendienste und Polizeien soll die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen, an der Bekämpfung des Rechtsextremismus/-terrorismus beteiligten Behörden verbessert werden. Ob ein Mehrwert dieser Verbunddatei wirklich im erhofften

Ausmaß geschaffen wird, ist aufgrund vieler, weiterhin bestehender rechtlicher Beschränkungen und der oftmals nicht ausreichend vorhandenen personellen Ressourcen zur kontinuierlichen Pflege der entsprechenden Daten fraglich.

1.5. Angestrebtes Verbotverfahren

Die Innenministerkonferenz (IMK) hat sich am 5. 12. 2012 für die Einleitung eines Verbotverfahrens gegen die NPD ausgesprochen. Die Minister und Senatoren sind sich einig, dass die NPD eine Partei mit menschenverachtender, fremdenfeindlicher und antisemitischer Ideologie ist, die die freiheitliche demokratische Grundordnung bekämpft. Innensenator Ulrich Mäurer erklärte: „Es ist unerträglich zuzusehen, dass die Aktivitäten der NPD teilweise auch noch öffentlich mit Steuergeldern im Rahmen der Parteienfinanzierung gefördert werden. Es ist jetzt endgültig der Zeitpunkt gekommen, hier konsequent zu handeln.“

Nachdem die Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) am 6.12.2012 ebenfalls für die Einleitung eines Verbotverfahrens gestimmt hatte, beschloss der Bundesrat am 14.12.2012 nahezu einstimmig, beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eine Entscheidung über die Frage der Verfassungswidrigkeit der NPD zu beantragen.

Die Bundesregierung hat entschieden, sich an der Einleitung eines Verbotverfahrens nicht zu beteiligen.

2. Im Land: Maßnahmen des Senators für Inneres und Sport

Der Senator für Inneres und Sport hat Ende 2011 ein eigenes Maßnahmenbündel zur effektiveren Bekämpfung des Rechtsextremismus in Bremen und Bremerhaven entwickelt. Im Dezember 2011 wurde ein entsprechender „7-Punkte-Plan vorgestellt“:

1. Intensivierung der Verfolgung rechtsextremistischer Straftaten, Aufklärung neonazistischer Gewaltbereitschaft und konsequente Beobachtung rechtsextremistischer Kameradschaften, autonomer Nationalisten und der subkulturellen Szene sowie ihrer Verbindungen zur NPD.
2. Aufklärungsbefugnisse des LfV bzgl. des Rechtsextremismus analog bestehender Befugnisse zur Abwehr islamistischer Terrorgefahren erweitern. Dazu ist eine Änderung des Bremischen Verfassungsschutzgesetzes notwendig.
3. Entwaffnung von Rechtsextremisten. Waffenrecht konsequent umsetzen und Waffen von Rechtsextremisten einziehen. Mit der Änderung der Meldedatenübermittlungsverordnung soll das LfV Informationen aus dem Waffenregister erhalten können.
4. Schaffung eines eigenen Versammlungsrechts für Bremen infolge der Föderalismusreform mit der Aufnahme eines Militanzverbotes bei öffentlichen Versammlungen und Verbot von Versammlungen an symbolträchtigen Orten und Tagen.
5. Verbot von rechtsextremistischen Musikveranstaltungen.
6. Stadionverbot für Rechtsextremisten. Durch eine Änderung der Stadionordnung wird rechtsextremistischen Personen oder Gruppen der Zutritt zum Weserstadion untersagt.
7. Der Innensenator initiiert bzw. unterstützt auf Bund-Länder-Ebene die zur Bekämpfung des Rechtsextremismus beschlossenen Maßnahmen.

Dieser Plan konnte bereits weitgehend realisiert werden:

So wurde beispielsweise die unter Punkt 3 benannte „Entwaffnung von Rechtsextremisten“ im Dezember 2011 umgesetzt. Stadtamt, Polizei und Verfassungsschutz haben einen Datenabgleich durchgeführt und so Mitglieder der rechtsextremistischen Szene ermittelt, auf die Waffen registriert waren. Am 05.12.2011 wurden bei den 6 festgestellten Personen allgemeine Waffen- und Munitionsverbotsverfügungen erlassen, die waffenrechtlichen Erlaubnisse widerrufen und die entsprechenden Waffen eingezogen. Alle 6 haben/hatten Widerspruch eingelegt. In zwei Fällen wurde dem Widerspruch stattgegeben. Ein Widerspruch wurde zurückgenommen. Ein Widerspruch wurde abgewiesen. Dieser Widerspruchsführer hat dann im Klageverfahren seinen Widerspruch zurückgenommen. Ein weiterer Widerspruch wurde nach Abschluss eines einschlägigen Strafverfahrens zurückgewiesen. Ein letztes Widerspruchsverfahren ist noch nicht abgeschlossen, da zunächst noch das Ergebnis eines anhängigen Strafverfahrens abgewartet wird.

Es wurden Konzertveranstaltungen der Hooligan Band „Kategorie C“ verboten (siehe auch Punkt Musik)

Mit Beginn der Bundesligasaison 2012/2013 ist in Zusammenarbeit mit Werder Bremen die Stadionordnung für das Weserstadion überarbeitet worden. Die neuen Regelungen sehen vor, dass im räumlichen Geltungsbereich des Stadions Äußerungen sowie Gesten, die nach Art oder Inhalt geeignet sind, Dritte zu diffamieren, untersagt sind. Dies gilt insbesondere für Diffamierungen wegen Hautfarbe, Abstammung bzw. ethnischer Herkunft, Religion, Geschlecht oder sexueller Orientierung. Verboten ist im Übrigen im räumlichen Geltungsbereich des Stadions ein äußeres Erscheinungsbild, das nach objektiver Auffassung eine rassistische, fremdenfeindliche, gewaltverherrlichende, diskriminierende, demokratie- und/oder verfassungsfeindliche Einstellung dokumentiert. Zum äußeren Erscheinungsbild zählen insbesondere Kleidung (z.B. von „Thor Steinar“), sichtbare einschlägige Tattoos und Körperschmuck.

Die Änderung des Bremischen Verfassungsschutzgesetzes ist in Vorbereitung. Eine Beschlussfassung im Parlament soll jedoch erst nach Vorliegen der Ergebnisse diverser Untersuchungsausschüsse im Bund und mehreren Ländern, die sich mit dem Versagen der Sicherheitsbehörden im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen die NSU befassen.

Teil C: Prävention - Maßnahmen und Projekte

Es ist schwierig, eine Abgrenzung zwischen Maßnahmen und Projekten, die eindeutig auf die Bekämpfung von Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ausgerichtet sind, und denen vorzunehmen, die allgemein demokratie- und kulturfördernd sind. Auch Vorhaben, die von der Ausrichtung her allgemein kultur- und demokratiefördernd sind, können in der Praxis den hier zu nennenden Intentionen sehr nahe kommen. Deswegen ist es der Kompetenz der beteiligten Ressorts und Einrichtungen überlassen, welche Projekte und Maßnahmen aus ihrem Bereich hier aufgeführt werden. Dabei besteht bei allen Beteiligten Einigkeit darüber, dass es bei der hier vorgenommenen Darstellung in erster Linie darum geht, die Qualität und die Vielfalt der Projekte und Vorhaben in den Vordergrund zu stellen.

1. Maßnahmen im Bereich der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen

1.1. Lokaler Aktionsplan „Vielfalt Bremen“ und Bremen-Mitte-Östliche Vorstadt-Findorff

Von 2007 bis Ende 2010 wurde in der Stadtgemeinde Bremen ein Lokaler Aktionsplan „Vielfalt Bremen“ durchgeführt, der aus den Mitteln des Förderprogramms „Vielfalt tut gut“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziert wurde. Während der Laufzeit dieses Programms wurden 55 Vereine, Initiativen und Einrichtungen mit ca. 450.000 Euro für Projekte im Bereich Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus gefördert. Adressaten dieser Projekte waren in der Regel Kinder und Jugendliche, aber auch Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit.

Träger des Lokalen Aktionsplans „Vielfalt Bremen“ war die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, während die Koordination von der Jugendbildungsstätte LidiceHaus übernommen wurde.

Die Projekte hatten sehr unterschiedliche Ausrichtungen und trugen insgesamt wesentlich dazu bei, innerhalb der Stadtgemeinde ein Klima der Toleranz und Demokratie zu schaffen. Dafür erhielt die Stadtgemeinde die bundesweite Auszeichnung „Ort der Vielfalt“.

In der nachfolgenden Förderperiode des neuen Bundesprogramms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ war es nicht möglich, den erwähnten Lokalen Aktionsplan (LAP) „Vielfalt Bremen“ innerhalb der gleichen Struktur ab 2011 weiter zu führen. Nach intensiven Beratungsgesprächen zwischen dem Ressort, dem Amt für Soziale Dienste und der für das neue Förderprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ zuständigen Regiestelle, erklärte sich das Bundesjugendministerium bereit, dem AfSD-Sozialzentrum Bremen Mitte-Östliche Vorstadt-Findorff die Durchführung eines Lokalen Aktionsplans im Zeitraum von 2011 bis Ende 2013 zu finanzieren. Maßgeblich für die Entscheidung über die Vergabe der Fördermittel war die Erstellung einer Situations-, Akteurs- und Ressourcenanalyse des betreffenden Gebietes, die vom Bremer Institut für Soziale Arbeit und Entwicklung erstellt wurde. Die Förderung aus dem Bundesprogramm erlaubt den für diesen LAP zuständigen Akteuren (SZ Bremen-Mitte-Östliche Vorstadt-Findorff sowie die Koordinierungsstelle beim „Jugendhaus Buchte“ der Naturfreundejugend Bremen

e.V. und dem Begleitausschuss) bis Ende 2013 die aktive Förderung von Präventionsprojekten in ihrem Zuständigkeitsgebiet.

Der Lokale Aktionsplan Bremen-Mitte-Östliche Vorstadt-Findorff hat im Jahr 2011 eine Fördersumme von Euro 60.000, für das Jahr 2012 eine Fördersumme von mittlerweile Euro 100.000,00, erhalten.

Die Mittel werden Projekten zur Verfügung gestellt, die sich auf Ausschreibungen bewerben können und ein inhaltliches und finanzielles Konzept beifügen.

Schwerpunkte sind Aktionen und Projekte in den drei Stadtteilen Mitte, Östliche Vorstadt und Findorff. Der größere Teil der Projekte richtet sich an Kinder und Jugendliche. In 2012 konnten beispielhaft folgende Projekte gefördert werden:

- Köfte Kosher: Ein Projekt der Jüdischen Gemeinde Bremen und der Schura Bremen, in dem junge Jugendliche sich mit den Opfern rechter Gewalt der letzten zwei Jahrzehnte beschäftigt haben und eine Gedenkwand mit Köpfen und Biographien der Opfer in der Humboldtstraße (swb Trafostation) erstellt haben;
- Plakataktion mit der Wagenfeld-Schule: Schüler/innen waren aufgefordert Plakentwürfe zu gestalten, die sich mit den Themen Rassismus, Diskriminierung, Ausgrenzung beschäftigen. Es wurden einige Entwürfe ausgewählt und öffentlich prämiert, die im Herbst in den drei Stadtteilen des LAP zu sehen sein werden;
- „future“: Theaterprojekt des Vereins „Integration durch Kunst“ mit Jugendlichen/jungen Erwachsenen aus Russland, der Ukraine, Estland und Deutschland. Das Projekt wurde in einer öffentlichen Aufführung am 09.08.12 im Centro Culturale in Bremen-Walle präsentiert.

Über die Mittelvergabe und die zu fördernden Projekte entscheidet ein Begleitausschuss. Dieser setzt sich aus ca. zehn stimmberechtigten Personen zusammen. Nur eine dieser Personen kommt vom kommunalen Träger (Amt für Soziale Dienste), drei Mitglieder stellen die drei beteiligten Beiräte, die übrigen Personen sind Schülerinnen und Schüler von den Oberschulen aus den jeweiligen Stadtteilen oder von Vereinen die im Sinne des LAP tätig sind. Die Vereine haben ebenfalls überwiegend junge Vereinsmitglieder für den Begleitausschuss benannt.

Die Zahl der bisher beantragten Projekte und Mittel übersteigen deutlich die zur Verfügung stehenden Fördermittel.

1.2. Lokaler Aktionsplan Bremerhaven

Aus Programmmitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ und „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“, die das Amt für Jugend, Familie und Frauen einwerben konnte, sind in 2010 eine Situations-, Akteurs- und Ressourcenanalyse für den Lokalen Aktionsplan Bremerhaven „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Bremerhaven“ erstellt und im Laufe des Jahres 2011 ein Lokaler Aktionsplan Bremerhaven gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus begonnen worden.

Es wurde ein Begleitausschuss für diesen Lokalen Aktionsplan gebildet, dem Vertreterinnen und Vertreter aus Verwaltung, Politik und aktive zivilgesellschaftliche Akteure angehören. Dieser Ausschuss hat nach ausführlicher Diskussion die nachfolgenden Leitziele verabschiedet und im Jahr 2011 bei 23 Projekten mit Euro 91.500,00 die finanziellen Voraussetzungen für die Realisierung geschaffen. Die Förderung aus Bundesmitteln wird voraussichtlich bis 2013 erfolgen.

- Der LAP vermittelt Aspekte des Demokratiebegriffs (wie z. B. Umgang mit Minderheiten, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Menschenrechtsbildung) und fördert demokratische Teilhabe und Strukturen im Stadtgebiet.
- Der LAP initiiert und begleitet interkulturelle Bildungsarbeit unter Einbeziehung der Akteure/Akteurinnen aus z. B. Schule, Jugendbildung, Sport, Weiterbildung, politischer Bildung, religiöser Gemeinschaften.
- Verwaltung und Politik werden in den LAP einbezogen, um die Förderung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten zur Stärkung von Demokratie und Toleranz zu unterstützen.
- Der LAP setzt sich mit der Geschichte der Stadt Bremerhaven und ihrer Entwicklung in Aktionen und Projekten der Akteure auseinander.
- Ziel des LAP ist es, dass sich die Projekte untereinander abstimmen, dass sie kooperieren und sich vernetzen. So sollen Strukturen geschaffen werden, die sowohl handelnde Akteurinnen und Akteure als auch andere interessierte Gruppen einbeziehen.

Gemäß diesen beschriebenen Leitzielen ergeben sich drei Handlungsschwerpunkte, denen die Projekte zugeordnet werden:

1. Förderung interkultureller Kompetenz für den Umgang mit Vielfalt in der Jugend- und Bildungsarbeit.
2. Politische und soziale Bildung zur Entwicklung und zum Ausbau demokratischer Kompetenzen.
3. Bremerhaven als Einwandererstadt.

1.3. Landesberatungsnetzwerk und Beratungsstelle „pro aktiv gegen rechts – Mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven“

Seit Januar 2008 gehört das Landesberatungsnetzwerk „pro aktiv gegen rechts – Mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven“ in den Zuständigkeitsbereich der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen im Referat „Kinder- und Jugendförderung“. Zum Beratungsnetzwerk gehört auch eine Beratungsstelle, die seit 2010 von VAJA e.V. gestellt wird. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bis Ende 2013 finanziert. Das Beratungsnetzwerk ergänzt als Interventionsprogramm auf der Landesebene die Lokalen Aktionspläne in den Stadtgemeinden, die auf der kommunalen Ebene präventiv tätig sind. Die Förderung geschieht aus Mitteln des Bundesprogramms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“, wobei das Land zusätzlich eigene Komplementärmittel einsetzt.

Leider hat es im Übergang vom ursprünglich für das Landesberatungsnetzwerk zuständigen Bundesförderprogramm „Kompetent. Für Demokratie“ zum nächsten Förderprogramm „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“ zeitliche Verzögerungen bzgl. der Weiterführung gegeben. Das hat zu einem kompletten Austausch des Personals der Landeskoordinierungsstelle und der Beratungsstelle geführt, bei dem viele in der ersten Förderperiode erworbene Kompetenzen und Kenntnisse verloren gingen.

Eine derartig problematische Situation muss in der Übergangsphase vom jetzigen Bundesprogramm zum nächsten (Ende 2013/Anfang 2014) vermieden werden.

Sowohl die Koordinierungsstelle des Landesberatungsnetzwerkes, wie auch die VAJA-Beratungsstelle, sind im Dienstgebäude der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen im Siemenshochhaus untergebracht. Die Koordinierungsstelle besteht aus zwei Personen, die mit unterschiedlichem Beschäftigungsvolumen bei der Jugendbehörde angestellt sind. Die Beratungsstelle ist mit zwei Mitarbeiter/innen von VAJA e.V. ebenfalls mit unterschiedlichem Beschäftigungsvolumen besetzt.

Die Koordinierungsstelle war zu Beginn der Förderphase zuständig für den Aufbau des Landesberatungsnetzwerkes und führte dabei die relevanten Akteure – sowohl zivilgesellschaftliche Kräfte, wie auch Behörden, Ämter und anderen Institutionen - in Bremen und Bremerhaven zu einem Netzwerk zusammen. Jetzt sichert sie die Weiterentwicklung dieses Netzwerkes ab. Im Landesberatungsnetzwerk wirken Schlüsselpersonen aus den verschiedenen Ressorts und der kommunalen Verwaltung, sowie Schulen, Fachkräfte der Jugend- und Sozialarbeit, zivilgesellschaftliche Initiativen, Wohlfahrtsverbände und der Wissenschaft mit. Mittlerweile haben die relevanten Akteure des Netzwerkes ein gemeinsames Leitbild verabschiedet, in dem es u. a. heißt:

„Wir erklären, in einem gemeinsamen Vorgehen strategisch und operativ Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sowie weitere Facetten der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) in unserer Gesellschaft zurückzudrängen und nach Möglichkeit zu verhindern. Ein wichtiges Anliegen ist uns die Stärkung der Zivilgesellschaft, die aktiv für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintritt. Dabei lassen wir uns von demokratischen, rechtsstaatlichen und partizipativen Grundsätzen leiten.“

Die Beratungsstelle von „pro aktiv gegen rechts“ nimmt neben der Beratungsarbeit Anfragen und Anregungen von Netzwerkmitgliedern auf und versucht bedarfsgerecht zu den einzelnen Problemfeldern und ggf. gemeinsam mit den Netzwerkmitgliedern abgestimmte Interventionsstrategien zu entwickeln. Durch eine enge Kooperation mit den Verantwortlichen für die Lokalen Aktionspläne der beiden Stadtgemeinden soll auch die Präventionsarbeit verstärkt auf diese Problemfelder einwirken.

Interventionsstrategien leisten vor Ort eine reale Hilfestellung, sie sind multidisziplinär angelegt, auf konkrete Bedarfe abgestimmt und zeitlich befristet.

Ziel dieser Maßnahmen ist es, zukünftig schnell und strategisch auf unterschiedlichen Arbeitsebenen angemessen auf Vorfälle oder sich abzeichnende Krisen mit einem rechtsextremistischen Hintergrund zu reagieren. Dies ist besonders deshalb notwendig, weil die Strategien und Aktivitäten rechtsextremer Gruppierungen auch im Land Bremen eine Modernisierung erfahren und die Facetten der Problematik immer weniger anhand der bisher geläufigen Kategorien fassbar sind.

Aktuell befasst sich das Landesberatungsnetzwerk mit u. a. folgenden vier Handlungsschwerpunkten:

- „Rechtsextreme Gefährdung“ im Bereich Bildung
- „Rechtsextreme Gefährdung“ in der Arbeitswelt
- Rechtsextremistische und –populistische Strategien, Aktivitäten und Parteien
- Rechtsextreme Infrastruktur/ Lebenswelten

1.4 Weitere Maßnahmen des Landes und der Kommunen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit

Das Amt für Soziale Dienste in Bremen sowie das Amt für Jugend, Familie und Frauen in Bremerhaven fördern mit ihren eigenen Haushaltsmitteln verschiedene Träger und Aktivitäten, die sich explizit mit dem Thema Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit auseinandersetzen. Dies geschieht sowohl im Rahmen der Kinder- und Jugendförderung wie auch in der Jugendbildung.

a) Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit e.V. (VAJA):

Seit 1992 gibt es in der Stadtgemeinde Bremen den „Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit e.V.“. In seiner Trägerschaft befinden sich z. Zt. sieben Teams, die im Rahmen von Streetwork /aufsuchender Jugendarbeit aktiv sind. Ein Jugendfreizeitheim, eine Beratungsstelle (vgl. „pro aktiv gegen rechts“) und Schulsozialarbeit ergänzen das Angebot von VAJA e.V. Zielgruppe des Teams „Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Cliques“ sind Jugendliche, die als rechtsextrem orientiert oder rechtsradikal bezeichnet werden oder durch extrem intolerante Verhaltensweisen im Sinne von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) auffallen.

Die Arbeit ist aufsuchend, d.h. sie findet dort statt, wo sich die Jugendlichen aufhalten. Dies können neben Spielplätzen, Parkbänken und Einkaufszentren auch alle anderen Orte im öffentlichen Raum sein, die von Jugendlichen als Treffpunkte genutzt werden. Das Team „Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Cliques“ ist nicht an Stadtteile gebunden, sondern arbeitet im gesamten Bremer Stadtgebiet. Die langjährige Erfahrung der Akzeptierenden Jugendarbeit im Umgang mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen hat gezeigt, dass sich diskriminierende Einstellungen, intolerante Mentalitäten, fremdenfeindliche Gewalt und selbstzerstörerische Verhaltensmuster oft erst dann ändern, wenn die Jugendlichen andere, positivere Strategien der Lebensbewältigung kennen lernen und diese für sich als sinnvoller erachten. Dieser Prozess sowie die Entwicklung von Eigenverantwortung und Wertschätzung anderer wird von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seit nunmehr 20 Jahren begleitet.

VAJA begleitet in der praktischen Arbeit fast ausschließlich Jugendliche und junge Erwachsene, weil sie in dieser Lebensphase nach Orientierungen suchen und in der Regel noch kein festgefügtes rechtsextremes Weltbild haben. Durch das Erweitern von Handlungs- und Erfahrungsspielräumen sowie das Initiieren und Aufrechterhalten des Dialoges mit den Jugendlichen werden Veränderungsprozesse möglich. Grundlage ist dabei eine vertrauensbildende Beziehungsarbeit. Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Sexismus und andere Elemente von Rechtsextremismus oder GMF können in diesem langfristigen Prozess wirkungsvoll reduziert werden. Die Vielfalt der durch die verschiedenen VAJA-Teams betreuten

jugendlichen Cliques wird genutzt, um über aktionsorientierte Begegnungen Vorurteile abzubauen und Verständnis für die Andersartigkeit „fremder“ Cliques und Einzelpersonen zu entwickeln – teils in den vorzufindenden gemischtgeschlechtlichen Cliqueskonstellationen, teils im Rahmen geschlechtsspezifischer Arbeit. Hierzu ist im Organisationsrahmen von VAJA ein kontinuierlicher Austausch sämtlicher Teams vorgesehen.

Grundlage der VAJA-Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen ist „Distanz(ierung) durch Integration“, ein Intervention und Prävention verbindendes Konzept für die aufsuchende Arbeit mit rechtsextrem und menschenfeindlich orientierten jüngeren Jugendlichen. Dafür wurde VAJA 2008 mit dem Deutschen Kinder- und Jugendhilfepreis ausgezeichnet. Dieses Konzept nimmt seinen Ausgangspunkt in aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen und Beobachtungen einschlägiger Praxis sozialer Arbeit. Auf dieser Basis werden für die aufsuchende Arbeit mit auffälligen Jugendlichen vor allem drei Akzente gesetzt:

a. Nicht nur rechtsextreme Orientierungen im engeren Sinne, sondern auch damit eng korrelierende Aspekte von Menschenfeindlichkeit, wie z.B. Sexismus, Homophobie, Abwertung deutscher Minderheiten (etwa von Obdachlosen) oder Islamphobie werden zu zentralen sozialpädagogischen Bearbeitungsgegenständen.

b. Das Erarbeiten von Integrationsoptionen wird als eine entscheidende Maßnahme der Förderung von Distanzierung gegenüber rechtsextremen und menschenfeindlichen Haltungen gesehen, weil so Erfahrungen von Zugehörigkeit, Partizipation und Anerkennung den Versprechungen rechtsextremer Offerten Paroli bieten können.

c. Von hoher Bedeutung ist Beziehungsarbeit sowie im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe die Vermittlung eines Erfahrungsraums, in dem die Plan- und Beeinflussbarkeit der eigenen Lebensbedingungen und die Kompetenzentwicklungen in Richtung auf Reflexivität, Verantwortungsübernahme, Empathie, Impulskontrolle, Kommunikativität für Integration und Kontrolle empfunden werden kann.

Gemeinsam mit dem LidiceHaus und dem Projekt "pro-aktiv-gegen-rechts" stellt VAJA e.V. Eltern, Angehörigen und Freunden von jungen Leuten, die sich rechtsextremistischen Gruppierungen angeschlossen haben, ein Beratungsangebot bereit. Sie erhalten Unterstützung beim schwierigen Unterfangen, dem Verhalten dieser jungen Leute adäquat zu begegnen.

Seit 2006 ist VAJA mit dem Projekt Pro.Meile auf der Bremer Diskomeile vertreten. Haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter/innen bieten sich auf der Meile als Gesprächspartner/innen an. Hiervon geht eine deeskalierende Wirkung in Krisensituationen aus. Auch in Zusammenhang mit Rechtsextremismus spielt Pro.Meile eine Rolle, denn seit längerer Zeit gibt es auf der Meile einen rechtsextremen Szenetreff. Von dessen Besuchern sind z. T. Handlungen mit einem deutlichen fremdenfeindlichen und rechtsextremen Hintergrund ausgegangen (Angriff auf einen Afrikaner, rechtsextreme Szene-Aufkleber auf dem Wohnwagen von Pro.Meile). Außerdem gibt es deutliche Hinweise für einen Zusammenhang zwischen rechtsextremen Hooligans, Rockergruppierungen und Türstehern, wengleich der Einfluss auf die letztgenannte Gruppierung im Rahmen der ordnungspolitischen Maßnahmen auf der Meile zurück gedrängt werden konnte.

b) Jugendbildungsstätte LidiceHaus

Das LidiceHaus ist eine Bildungsstätte für Jugendliche und Fortbildungsstätte für Fachkräfte zu Fragen von Jugend, Pädagogik und Jugendpolitik. Themen wie

interkultureller Dialog, Konfliktlernen, Demokratieförderung, Erlebnispädagogik und Teambildung bilden Schwerpunkte. Ein weiterer Schwerpunkt der inhaltlichen Arbeit liegt in der Auseinandersetzung mit den Themen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. In diesen Themenfeldern werden regelmäßig Veranstaltungen sowohl mit Jugendlichen und Schülern im außerschulischen Bereich, als auch mit Fachkräften durchgeführt. Das LidiceHaus versteht diese Arbeit als Engagement gegen autoritäre oder ausgrenzende Denkweisen. Hierbei stehen die Lebenswelten und Zukunftsperspektiven von Jugendlichen im Mittelpunkt.

Seit 2003 bildet das LidiceHaus zudem Ansprechpartner für Eltern, Familien und Angehörige rechtsextremer Jugendlicher aus. Seit Mai 2011 konnte man im Rahmen des Modellprojekts „Rechte Jungs, rechte Mädchen – ratlose Eltern. Beratung von Angehörigen rechtsextremer Jugendlicher“ dieses Angebot erweitern und vervollständigen. Das Modellprojekt ist angesiedelt im Bundesprogramm: „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ und läuft bis Ende 2013. Ziel ist die Ausbildung sowie Qualifizierung von Berater/innen und der Ausbau eines bundesweiten Beratungsnetzwerkes. Qualifizierte Beratungsangebote sollen in allen Regionen der Bundesrepublik gefördert und ausgebaut werden, damit Eltern und Angehörigen rechtsextremer Jugendlicher kompetent und schnell in ihrer Region Ansprechpartner/innen finden.

Weiterhin ist das LidiceHaus Anlaufstelle für Menschen und Initiativen, die Rat suchen im Umgang mit Rechtsextremismus. Insbesondere Familien, Eltern und Angehörige rechtsextremer Jugendlicher finden hier ein kompetentes Beratungsangebot. Das LidiceHaus kooperiert u. a. mit VAJA e.V., mit der Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt in Braunschweig und den Landesberatungsnetzwerken Bremen, Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern.

c) Fan-Projekt Bremen e.V.

Das Bremer Fan-Projekt wurde 1981 gegründet und ist das älteste Fan-Projekt in Deutschland. Die Arbeit des Fan-Projekts Bremen findet auf mehreren Ebenen statt. Im Rahmen der aufsuchenden Jugendarbeit begegnen die Mitarbeiter/innen des Fan-Projekts den verschiedenen Fan-Gruppen im Stadion, unterwegs und an deren Treffpunkten, um die Situation der Fans einschätzen zu können, Kontakte zu knüpfen, bei Problemen zu helfen und Angebote zu offerieren.

In der offenen Jugendarbeit werden den Fans verschiedenste Möglichkeiten für eigene Aktivitäten, wie die selbstständige Nutzung des OstKurvenSaals im Weser-Stadion, Freizeitbeschäftigungen und Weiterbildungen angeboten; etwa Reisen, Fan-Begegnungen oder Fußballturniere. In diesem Rahmen werden aber auch Jugendbildungsangebote unterbreitet, wie z.B. der internationale Jugendaustausch mit vergleichbaren Gruppierungen in Israel (speziell zum Thema Antisemitismus) und Frankreich oder internationale und antirassistische Fanbegegnungsfeste im OstKurvenSaal bei europäischen Ligaspielen von Werder Bremen. Zudem entwickelte es eine eigenständige Mädchenarbeit- und Genderarbeit mit Fußballfans.

Durch ein Moderationsangebot vermittelt das Fan-Projekt zwischen der Welt der Fans und der Welt der Erwachsenen, wie beispielsweise gegenüber Werder Bremen, der Polizei, dem privaten Sicherheitsdienst, der Politik und den Medien.

Das Fan-Projekt fördert die Eigenverantwortung von Fans bei ihren Aktivitäten als Hilfe zur Selbsthilfe. Hierzu gehören u. a. die Durchführung von Kurvenshows, Fußballturnieren, Treffen und Veranstaltungen.

Insbesondere durch den Angriff rechter Hooligans auf eine Veranstaltung der antirassistischen Ultra-Gruppierung „Racaille Verte“ im Ostkurvensaal 2007 wurde deutlich, wie rechtsextremistisch organisierte Kräfte versuchen, Einfluss in der Fanszene zu erlangen bzw. ihre Gegner einzuschüchtern. Zwei Jahre später gelang es den Werderfans, beim Auswärtsspiel des SV Werder Bremen in Bochum, eine Gruppe von rechten Hooligans aus dem Fanblock zu vertreiben, als diese versuchten, ein Banner mit Totenkopf und dem Schriftzug „NS HB“ in der Kurve zu präsentieren.

2007 entstand die Antidiskriminierungs-AG, die sich mit Rechtsextremismus, Migration und allen Formen der Diskriminierung beim Fußball wie Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Sexismus und Homophobie auseinandersetzt und durch gezielte Aktivitäten die Werderfans und die Öffentlichkeit aufklärt und sensibilisiert. Zu den Aktivitäten der Gruppe gehören ein Infostand, Flugblätter, Pressemitteilungen, Buttons, T-Shirts, Kurvenchoreografien im Weserstadion, Aktionstage, Infoveranstaltungen sowie Podiumsdiskussionen im OstKurvenSaal, Workshops zur Weiterbildung (z.B. Qualifizierung der Ordner im Bremer Weserstadion und der Werderfans aus der AG) und Ausstellungen, wie „Tatort Stadion“ über die Aktivitäten der Rechtsextremisten in den Stadien oder „Ballarbeit“ über Fußball, Migration und Rassismus.

Außerdem unterstützt und berät das Fan-Projekt die von den Rechtsextremisten überfallenen und bedrohten Fans. Dabei spielt auch die Öffentlichkeitsarbeit des Projekts eine wichtige Rolle, die über die Vorgänge in Bremen und in den Fanszenen informiert.

Seit Oktober 2009 wird der Ostkurvensaal des Weserstadions zudem als Lernzentrum genutzt. Das Kooperationsprojekt des Fanprojekts und des SV Werder Bremen initiiert, gefördert durch die Robert Bosch Stiftung und mit Unterstützung der Bundesligastiftung, Bildungsangebote für Bremer Jugendliche. Das Lernzentrum gliedert sich in vier Module:

- Fit for Life : ein soziales Trainingsprogramm für Jugendliche im Alter von 14 – 18 Jahren;
- Schulklassen zu Besuch: eine Unterrichtseinheit über rechtsextremistische Symbole, Codes und Bekleidungsmarken;
- JuMixx: Angebote für Jugendliche mit Migrationshintergrund wie die Stadionschule, Mitternachtsfußball, Medien- und Literaturprojekte;
- Werderfans gegen Diskriminierung: die nach dem Ostkurvenüberfall 2007 gegründete Arbeitsgruppe aktiver Werderfans organisiert Veranstaltungen, Ausstellungen und Diskussionen als Teil des Lernzentrums.

Das Lernzentrum wird noch weitere zwei Jahre von der Robert Bosch Stiftung gefördert, die weitere finanzielle Absicherung dieses Arbeitsansatzes ist z. Zt. noch nicht gesichert.

d) Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in Bremerhaven

Engagierte Arbeit gegen angstschürende Fremdenfeindlichkeit, Vorurteilsbildung und Verbreitung antidemokratischer, rechtsextremer Weltanschauungen sind ständige Herausforderungen für ehren-, hauptamtliche und nebenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der verbandlichen und öffentlichen Jugendarbeit. Die in Bremerhaven von der Abteilung Jugendförderung des Amtes für Jugend, Familie und Frauen geförderten Jugendorganisationen haben sich in der Regel in ihren Satzungen die Selbstverpflichtung zur demokratischen Staatsform, Ausrichtung gegen Rassismus und den Willen zu Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und internationaler Solidarität auferlegt. In Gesprächsrunden, wie „gegen Fremdenfeindlichkeit“, „Mut gegen Gewalt“, „Bündnis Rote/Bunte Karte gegen rechts“ kommen Vertreter unterschiedlicher Träger regelmäßig zusammen und kooperieren in Projekten, Veranstaltungen und Aktionen.

In den Angeboten und Aktivitäten der Jugendorganisationen und Einrichtungen der öffentlichen Kinder- und Jugendarbeit gehört es zum Alltag, andere zu achten, Toleranz einzuüben und Aggressionen und Gewalt mit gewaltfreien Mitteln gegenüber zu treten.

Die Thematik ist Bestandteil der Jugendgruppenleiterschulungen in Grund- und Aufbaukursen und Seminaren zu Problemstellungen im Umgang mit Minderheiten, Andersdenkenden oder in Angeboten der Mediation und Streitschlichtung, die einen direkten Zusammenhang nicht immer sofort erkennen lassen.

Das Amt für Jugend, Familie und Frauen hat festgestellt, dass für die Schaffung eines entsprechenden Anregungsmilieus und vor dem besonderen Hintergrund der freiwilligen Teilnahme ihrer Adressaten die kontinuierliche Bereitstellung ausreichender finanzieller, personeller und räumlicher Ressourcen benötigt wird, um einen prägenden Einfluss auf die in der Entwicklung befindlichen jungen Menschen auch als gesamtgesellschaftlichen Auftrag umsetzen zu können. Daher sind die Angebote und Einrichtungen der allgemeinen alltäglichen Arbeit der Jugendförderung in Form der Gruppenarbeit, Wochenendfahrten, Freizeiten, Ferienfahrten und Seminare in Jugend- und Freizeiteinrichtungen und Häusern der offenen Tür sehr bedeutsam; Sonder- und Aktionsprogramme für sogenannte gefährdungsgeneigte Kinder und Jugendliche sind danach nicht vorrangig.

Mit ihren Wünschen, Hoffnungen nach verlässlichen Beziehungen, Glück, Liebe und Heimat und der Zukunftsangst vor Arbeitslosigkeit und sozialer Deklassierung dürfen deshalb die Kinder und Jugendlichen in ihrer Entwicklungsphase nicht allein gelassen, und durch intensive Arbeit muss versucht werden, sie gegen Orientierung an den Rechtsradikalen mit ihren zum Teil brutalen Einfachstlösungsstrategien, so weit wie möglich, zu immunisieren.

Über das Sachgebiet „Straßensozialarbeit“ hält das Amt für Jugend und Familie Kontakt zu auffälligen und anfälligen Cliquen Jugendlicher im Stadtgebiet. Über diese aufsuchende Arbeit hinaus werden Aktivitäten und Veranstaltungen in Kooperation mit anderen Diensten, Einrichtungen sowie freien Trägern der Jugendhilfe organisiert und konkrete Hilfestellung bei der Organisation des alltäglichen Lebens dieser jungen Menschen gegeben, die Durchsetzung berechtigter Interessen unterstützt und Alternativen aufgezeigt. Für interessierte Eltern und Multiplikatoren besteht die Möglichkeit, sich im Sachgebiet „Straßensozialarbeit“ persönlich oder über Materialien zu informieren. Durch den engen Austausch unter Kolleginnen und

Kollegen, zwischen Einrichtungen und Diensten, die mit jungen Menschen und den sich daraus entwickelnden Aktivitäten zu tun haben, konnte bisher eine offene, rechte Jugendszene in Bremerhaven nicht entstehen.

Durch die Förderung aus Haushaltsmitteln des Amtes für Jugend, Familie und Frauen für die Jugendarbeit veranstalteten u. a. zum Beispiel die „Falken“ des Kreisverbandes Bremerhaven am 08. September 2012 ihr 9. Festival „Bunt statt Braun“ für Demokratie und Toleranz.

e) Sonstige Aktivitäten

In Zusammenhang mit den Ereignissen in Oslo und auf der Insel Utøya, wo der inzwischen rechtskräftig verurteilte Anders Breivik im Sommer 2011 unter Hinweis auf rassistische und nationalistische Motive 77 Menschen ermordete, stellte das Bundesjugendministerium allen Landesberatungsnetzwerken Anfang August 2011 zusätzliche Fördermittel zur Verfügung. Die Vergabe dieser Sondermittel war mit der Vorgabe verbunden, solchen Taten zukünftig entgegenzuwirken und Präventionsmaßnahmen nachhaltig zu stärken. Die Mittel sollten jedoch bis Ende des Jahres 2011 beantragt und verbraucht sein. Auf Grund dieser vorgegebenen kurzen Zeitspanne konnte nur ein Teil der Mittel vom Land beansprucht werden. Sie wurden vollständig für die Durchführung zweier Veranstaltungen im Rathaus und im Wesersaal von Radio Bremen, die am 17. und 18.12.2011 stattfanden, eingesetzt. Die Veranstaltungen enthielten sowohl informative, wie auch kulturelle Anteile. So sprachen u. a. ein jugendliches Mitglied des norwegischen sozialdemokratischen Jugendverbandes (auf Utøya unterhält der Verband ein Jugendferienlager) und der Konsul von Norwegen im Land Bremen. Daneben gab es einen Auftritt einer jungen norwegischen Jazzband. Träger der beiden Veranstaltungen war das Netzwerk „Zukunftssicherung und seelische Gesundheit e.V.“ in enger Kooperation mit der Senatskanzlei.

2012 wurde von Radio Bremen und dem NDR ein gemeinsames Rechercheprojekt mit dem Namen „der Norden schaut hin“ ins Leben gerufen. Eine beispielhafte Aktion innerhalb der norddeutschen Medienlandschaft. In der gemeinsamen Aktion "Der Norden schaut hin" recherchieren Reporter von Radio Bremen und dem NDR in den norddeutschen Bundesländern: In Bremen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Hamburg. Wo sind die Hochburgen der Rechtsradikalen in Norddeutschland? Wo lebt der alltägliche Rechtsextremismus, der immer wieder aufflackernde Fremdenhass? Wie steht es um die Publikationen rechtsradikaler Verlage, die volksverhetzenden Konzerte, die heimliche oder offene Unterstützung rechter Umtriebe, die dumpfen Parolen und gewalttätigen Aufmärsche? "Der Norden schaut hin" blickt zudem auf diejenigen, die Widerstand leisten, die sich gegen Fremdenhass, braune Gewalt und Nazi-Rattenfänger wehren. Es kommen die zu Wort, die sich gegen rechte Umtriebe engagieren und diejenigen, die zu Opfern wurden.²

Ähnlich beispielhaft war auch die Sonderbeilage „Rechtsaußen im Abseits“ der örtlichen Bremer Tageszeitungen AG (Weser Kurier und Bremer Nachrichten) zum geplanten NPD-Aufmarsch am 30.04.2011 in Bremen. Die Sonderbeilage informierte ausführlich über die Neonazi-Szene in Bremen und Bremerhaven, aber auch über die Gegeninitiativen und –aktionen. Die Beilage wurde an alle Abonnent/innen, aber auch an alle weiterführenden Schulen im Land Bremen verteilt. Die Bremer

² Quelle: <http://www.radiobremen.de/politik/themen/der-norden-schaut-hin100.html>

Tageszeitungen haben mit dieser Sonderbeilage ihre kontinuierliche und intensive Berichterstattung über das Thema „Rechtsextremismus im Land Bremen“ fortgeführt.

Das Bündnis „Ladenschluß“, in dem sich verschiedene Initiativen, Träger, Kirchengemeinden etc. zusammengeschlossen haben, hat mit seinen Aktivitäten bewirkt, dass ein Kleidungsgeschäft an der Faulenstraße in Bremen, das offenkundig einen Szenentreff für Rechtsextremisten bildete, geschlossen wurde. Der Versuch dessen Inhabers, anschließend ein neues Geschäft an der Falkenstraße in Bremen zu eröffnen, scheiterte bereits nach ca. einem Monat. Eine ausführliche Dokumentation zu den Aktivitäten des Bündnisses liegt inzwischen vor.

Eindrucksvoll war das breite Bündnis „Keinen Meter“, das am 30.4.2012 über 4.000 Menschen gegen einen Aufmarsch der NPD in der Bremer Neustadt mobilisieren konnte. Zur Kundgebung hatten nicht nur der DGB, Jugendverbände und -initiativen, Kirchen etc. sondern auch Ehrenbürger der Stadt Bremen aufgerufen. Statt der ursprünglich angekündigten 1000 Teilnehmer zogen tatsächlich nur ca. 200 rechte Demonstranten ihre Route durch die Neustadt.

2. Maßnahmen im Bereich der Senatorin für Bildung und Wissenschaft

2.1. Abteilung Bildung

Zum Selbstverständnis des Bildungsressorts gehört das Eintreten gegen jede Form von Extremismus und für Toleranz und Zivilcourage. Die Basis dieses Engagements bildet § 5 des Bremer Schulgesetzes (BremSchulG). Er verpflichtet die schulische Bildung und Erziehung im Lande Bremen „den allgemeinen Menschenrechten, den in Grundgesetz und Landesverfassung formulierten Werten sowie den Zielen der sozialen Gerechtigkeit und Mitmenschlichkeit“. Dabei wird explizit die Toleranz gegenüber anderen Kulturen und Religionen, ethnischen Minderheiten, Andersdenkenden oder Menschen mit Behinderungen als Bildungsziel formuliert. Auf diese Rahmensezungen beziehen sich alle Aktivitäten der Schulen in Bremen und Bremerhaven, daher wird in dieser Berichterstattung nicht nach Städten differenziert.

In den kompetenzorientierten Bildungsplänen, die für die allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen erlassen wurden, werden verbindliche Rahmen für eine unterrichtliche Befassung mit Themen aus dem Bereich Rechtsextremismus und der Fremdenfeindlichkeit gesetzt. Entsprechend finden diese Themenstellungen auch ihren Niederschlag in der Aus- und Fortbildung von Referendaren und Lehrkräften durch das Landesinstitut für Schule.

Die Beschäftigung mit der Geschichte des Nationalsozialismus bildet einen Grundpfeiler der Arbeit in den Schulen. Sie haben die Aufgabe, die spezifische deutsche Verantwortung für den Holocaust bewusst zu machen, das Gedenken an die Opfer zu bewahren und den Widerstand gegen den Nationalsozialismus als historisches Beispiel für Zivilcourage zu würdigen. Darüber hinaus können Ursachen und Formen des Rechtsextremismus vor allem in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern, in Deutsch, Sprachen, Religion/ Biblische Geschichte, Philosophie und Ethik thematisiert werden. Anknüpfungspunkte an bestehende Projekte in den Schulen werden genutzt. Sie erlauben auch das Aufgreifen aktueller Ereignisse wie etwa die Mordserie der Terrorzelle des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU).

Das Verständnis „fremder“ sowie das Fremdverstehen „eigener“ Kulturen und Religionen bildet eine weitere wichtige Voraussetzung für das Erlernen von kultureller Toleranz und die Würdigung bereichernder Vielfalt. Beispielhaft nehmen jene fünf Bremer Schulen dieses Themenfeld im laufenden Schuljahr in den Blick, die sich für den Schul-Wettbewerb „Dialog der Kulturen“ der Herbert-Quandt-Stiftung qualifiziert haben und ihre Ergebnisse Mitte 2013 vorstellen werden.

Neben der kritischen Auseinandersetzung mit rechtsextremer Gewalt und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gehört auch die positive Verankerung von Werten wie Menschenwürde, Toleranz, Offenheit und Zivilcourage in einem offenen und wertschätzenden Schulklima zu den Zielen des Bildungsressorts, die sich in Maßnahmen, Präventionsprojekten und Programmen abbilden.

Die Kombination aus gezielter Wissensvermittlung und Aufklärungsarbeit „gegen rechts“ einerseits und breit angelegten, demokratiepädagogischen Projekten zur Förderung von Verantwortungsfähigkeit und Toleranz andererseits kennzeichnen den Ansatz des Bildungsressorts, dessen Maßnahmen darum vor allem präventiv wirken. Dies gilt auch dann, wenn sie nicht explizit als „Anti-Rechtsextremismus-Maßnahmen“ in Erscheinung treten.

In diesem Bericht werden aufgrund der Bandbreite der Maßnahmen einige beispielhafte Projekte sowie die Vernetzung des Ressorts benannt.

2.2. Projektarbeit gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Eine zentrale Datenerfassung von Projekten an Schulen erfolgt bewusst nicht, da Lehrkräfte ihren Unterricht auf der Basis der vom Ressort gesetzten und oben beschriebenen Rahmen gestalten. Die Qualität von Schulprojekten aus Bremen und Bremerhaven ist hoch, dies zeigen Auszeichnungen bei Wettbewerben wie „Demokratisch Handeln“ oder „Dem Hass keine Chance“.

Stellvertretend seien folgende Beispiele genannt:

- Am Schulzentrum Findorff fanden Projekttag der 10. Klassen im Jahr 2009 unter dem Motto "Gewalt und Rassismus – Nein danke!" statt. In 14 Workshops konnten sich die Schülerinnen und Schüler mit Erkennungsmerkmalen rechter Musik, mit Mobbing oder Streitschlichtung auseinandersetzen. Zum Projekttag gehörten auch ein Fußballspiel unter dem Motto „gegen Rassismus“ und das Kochen von internationalen Gerichten.
- Im Jahr 2010 gab es sowohl von der Gesamtschule Mitte als auch vom Schulzentrum Walle eine Kooperation mit dem Rosenak-Haus in Bremen mit dem Ziel, sich auf die Spuren jüdischen Lebens in Bremen zu machen.
- Die Wilhelm-Focke-Oberschule nahm das Thema Nationalsozialismus ins schulinterne Curriculum des 10. Jahrgangs auf. Es werden verpflichtend Workshops durchgeführt, bei denen z.B. Schülerinnen und Schüler als Guides für Führungen im Bunker Valentin eingesetzt werden. Die Schule will dieses Projekt ausbauen.
- Im Rahmen des „Stadtforscher-Projektes“, welches in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für die Didaktiken der Sozialwissenschaften an der Universität Bremen durchgeführt wird und das forschend - entdeckende Lernen fördert, haben sich die Gymnasiale Oberstufe an der Oberschule am Leibnizplatz, das Gymnasium Vegesack und das Gymnasium an der Hamburger Straße in

Forschergruppen mit dem Bunker Valentin und Themen wie Zwangsarbeit, Bedeutung des Bunkers für die Stadtgeschichte u.a. befasst.

- Das Schulzentrum des Sekundarbereichs II an der Alwin-Lonke-Straße wurde bereits mehrfach ausgezeichnet für Projektwochen, bei denen auch das KZ Sachsenhausen besucht und dort gearbeitet wurde. Schülerinnen und Schüler verlegen zudem seit 2005 regelmäßig die „Stolpersteine“ (vgl. C 2.3.e) und arbeiten mit bei der Gestaltung des Gedenkortes Bunker Valentin.
- Die Heinrich-Heine-Schule in Bremerhaven zeigte in ihrer Aula Anfang des Jahres 2011 die Ausstellung „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen“ der Friedrich-Ebert-Stiftung. Gemeinsam mit Kooperationspartnern bot die Heinrich-Heine-Schule ein umfangreiches Rahmenprogramm für Schülerinnen und Schüler an. Die Ausstellung zeigt, wie Demokratie erlebt werden kann und informiert über rechtsextreme Aktivitäten und die Gefahren einer Normalisierung rechter/rechtspopulistischer Einstellungen. Zum Rahmenprogramm gehörten unter anderem:

- ein Zivilcouragetraining in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung,
- die Schulvorführung des Jugendstücks „Türkisch Gold“ im Stadttheater,
- eine große Schulfete „Rock gegen rechts“,
- ein Workshop „Rechte Musik“ in Zusammenarbeit mit „pro aktiv gegen rechts
- mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven“,
- ein Vortrag zum Rechtsextremismus zusammen mit der Polizei und vieles mehr.

Die Ausstellung setzt ein Zeichen gegen die menschenverachtende Haltung der rechtsextremen Szene. Anlass für das Projekt waren auch die offensiven Aktivitäten der NPD in Bremerhaven, die ein sichtbares Eintreten für Demokratie und Menschlichkeit und gegen Diskriminierung und Gewalt besonders wichtig machten.

2.3. Weitere Maßnahmen und Kooperationen

(a) Landesinstitut für Schule (LIS)

In der Lehrerausbildung und der Lehrerfortbildung ist der Umgang mit Heterogenität ein zentrales Thema und der Erwerb interkultureller Kompetenzen eine Querschnittsaufgabe. Neben den bereits erwähnten Regelaufgaben in der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften bietet das LIS Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer an, die deren Sensibilität für Formen der Benachteiligung und Unterdrückung schärfen, Toleranz fördern und ein Bewusstsein für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wecken. Ein weiterer Aspekt ist die Förderung einer Debattenkultur, wie sie z.B. das Methodentraining des Bundeswettbewerbs „Jugend debattiert“ leistet. Die Lehrkräfte werden dafür qualifiziert, eigene Projekte zu diesen Themen an ihren Schulen durchzuführen.

Der Bremer Jugendpreis "Dem Hass keine Chance" wird seit über zwanzig Jahren jährlich ausgeschrieben. Kinder und Jugendliche bewerben sich mit Beiträgen, in denen sie mit ihrem Ideenreichtum ein Zeichen für Vielfalt, Offenheit und Toleranz und gegen Hass, Gewalt und Rassismus setzen. Zusammen mit dem Referat

Integrationspolitik der Senatskanzlei und der Landeszentrale für politische Bildung ist das Landesinstitut für Schule Ansprechpartner und Organisator der Ausschreibung des Wettbewerbs.

(b) Maßnahmen im Umfeld der Bürgerschaftswahl 2011

Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft hat in Zusammenarbeit mit dem Senator für Inneres und Sport, der Landeszentrale für politische Bildung, dem Magistrat der Stadt Bremerhaven, der Bremischen Bürgerschaft und den Beiräten im Stadtgebiet Bremen die „**Juniorwahl**“ als pädagogisches Begleitprojekt zur Bürgerschaftswahl erstmals flächendeckend durchgeführt. Alle wahlberechtigten Schülerinnen und Schüler wurden umfassend über das neue Wahlrecht für Jugendliche ab 16 Jahren und ihre Möglichkeit, durch Wahlen Einfluss auf die Politik zu nehmen, informiert (vgl. 8.4.b). Sowohl in Bremen als auch in Bremerhaven waren Schülerinnen und Schüler als Wahlhelfer direkt beteiligt.

Parallel zu dieser Aufklärungs- und Bildungsmaßnahme ging das Bildungsressort entschieden gegen Versuche der NPD vor, offensiv Schülerinnen und Schüler an den Schulen zu bewerben. Eine Verfügung zum Umgang mit Wahlpropaganda informierte Schulleitungen über ein einheitliches Procedere in dieser Sache. Ergänzend wurden Arbeitshilfen zum Umgang mit „Schulhof-CDs“ rechtsradikaler Musikgruppen zur Verfügung gestellt und auf Interventionsangebote und die Expertise der Beratungsstelle „pro aktiv gegen rechts“ (vgl. C 1.3.) hingewiesen.

(c) Pro-aktiv-gegen-rechts – mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven

Das Bildungsressort ist Mitglied im Beirat des Landesberatungsnetzwerkes „pro-aktiv-gegen-rechts – mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven“. (vgl. C 1.3.). Von Schulen wird die Expertise der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angefragt. Die Fortbildungsangebote und Veranstaltungen von „pro aktiv gegen rechts“ werden durch das Bildungsressort ergänzend kommuniziert.

Innerhalb des Landesberatungsnetzwerkes hat sich im Oktober 2012 die „Arbeitsgruppe Schule“ formiert, welche künftig vierteljährlich mit Vertreterinnen und Vertretern von „pro aktiv gegen rechts“, des Bildungsressorts, des Schulamtes Bremerhaven, der Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren (ReBUZ) in Bremen, sowie des Landesinstituts für Schule tagen wird. Ziel und Inhalt ist der wechselseitige Austausch, die Bedarfserkennung sowie die Strategie- und Maßnahmenentwicklung zum Thema „Gefährdung durch Rechtsextremismus im Bereich Schule“.

(d) Lokaler Aktionsplan „Vielfalt Bremen“.

Seit Anfang 2007 bis zum Ende des Projektes 2010 war das Bildungsressort im Begleitausschuss des Lokalen Aktionsplans „Vielfalt Bremen“ vertreten. Näheres unter C 1.1.

(e) Erinnerungsprojekt „Stolpersteine“

Das bundesweite Kunst- und Erinnerungsprojekt „Stolpersteine“ des Künstlers Gunter Demnig wird in Bremen von der Landeszentrale für politische Bildung begleitet (vgl. C 5.) und will an die Opfer des Nationalsozialismus erinnern. In Bremen werden die Steine seit 2005 auch von jungen Straßenbauern verlegt, die am Schulzentrum des Sekundarbereichs II an der Alwin-Lonke-Straße ausgebildet werden. Zahlreiche Bremer Schulen haben für Stolpersteine Patenschaften

übernommen. Allein das Schulzentrum des Sekundarbereichs II an der Grenzstraße, übernahm 30 Patenschaften und wirkt derzeit an einer Veröffentlichung mit.

(f) Angebote vom „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.“

Einige Angebote des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge werden von Schulen in Bremen genutzt. Hierzu gehört eine Führung über die Kriegsgräber- und Gedenkstätte „Osterholzer Friedhof“, die als Einstieg in und Sensibilisierung für die Thematik „Krieg und Gewalt im NS-Regime“ genutzt werden kann. Eine vertiefte Auseinandersetzung z.B. anhand von Einzelbiographien zur Vor- oder Nachbereitung kann zusätzlich gebucht werden.

Im Rahmen von Projekttagen und -wochen besteht darüber hinaus die Möglichkeit zur Zusammenarbeit mit dem Volksbund bei der Gestaltung einzelner Themeneinheiten wie „Rassismus“ oder „Krieg und Frieden“ oder auch die Begleitung einer gesamten Projektwoche zu diesen Themenbereichen.

Exkursionen zu Kriegsgräber- und Gedenkstätten in der näheren Umgebung (KZ Neuengamme, KZ Bergen-Belsen), Besuche von Bildungsstätten im In- und Ausland im Rahmen von Klassen- und Studienfahrten, Zeitzeugengespräche und Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer gehören ebenfalls zu den Angeboten. Über die Nutzung entscheiden die Schulen bzw. Lehrkräfte eigenständig.

2.4. Erwachsenenbildung

2.4.1. Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ist ein Schwerpunktthema

Die Erwachsenenbildung in Bremen zeichnet sich durch eine ausdifferenzierte Trägerlandschaft aus, die sich hinsichtlich ihrer Zielgruppen und Schwerpunkte sehr unterscheidet. Sie erreicht damit eine relativ große Bandbreite von Menschen aus unterschiedlichen Bevölkerungskreisen und Bildungsmilieus.

Das Thema Fremdenfeindlichkeit, Hass und Ausgrenzungstendenzen im Denken und Handeln von Menschen gehört für die Einrichtungen der Erwachsenenbildung seit jeher zum Kernbereich ihrer politischen Bildungsarbeit. Der unterschiedliche Hintergrund der Bildungseinrichtungen hat auch bei diesem Thema zu unterschiedlichen Zugangsebenen und Ansätzen geführt. Die Entwicklung und erfolgreiche Umsetzung von entsprechenden Angeboten geschieht in erster Linie im Bereich der politischen Bildung.

Aus diesem Kontext heraus wurde mittlerweile erfolgreich ein breites Angebot der beruflichen und allgemeinen Bildung entwickelt, um die Mitte der Gesellschaft zu erreichen. Dabei sind die Bildungseinrichtungen jeweils in ihren spezifischen Ansätzen sehr erfolgreich. Die Bildungsangebote werden überwiegend sehr gut besucht und sind mit mehr als 80 Prozent ausgelastet.

2.4.2. Spektrum der einschlägigen Weiterbildungsangebote

Die Palette der Bildungsangebote in den Weiterbildungseinrichtungen ist vielfältig:

- Seminare und Workshops zum Thema Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, die sich mit rechtsextremistischen Argumentationsmustern und dem Aufbau von Gegenargumentation beschäftigen. Diese unterstützen auch die Bestrebungen, die Bremische Stadtkultur gegen Rechts auf breitere Grundlage zu stellen.

- Bildungsangebote, die sich dem Ziel verpflichtet sehen, durch den Abbau von Ängsten und Vorurteilen eine demokratische und menschenfreundliche Grundhaltung zu fördern.
- Bildungsangebote, die sich mit Fragen der Bedeutung von ökonomischer Grundsicherung beschäftigen, um Verunsicherungen als Basis für Abwertungen anderer sozialer Gruppen entgegenzuwirken.
- Interkulturelle und interreligiöse Bildungsangebote, die eine Begegnung zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion fördern und Vorurteile abbauen helfen.
- Interkulturelle Trainings von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen.
- Informationsangebote zu Rechtsextremismus im Alter, bei denen Kriegskinder in Gesprächskreisen über Traumata sprechen können (Erinnerungsarbeit, Gesprächskreise, Ausstellungen).
- Bildungsangebote, die sich mit den sozialen und ökonomischen Bedingungen der Menschen auseinandersetzen.
- Multiplikatoren-Schulungsprogramme, die Strukturveränderungen in (Ausbildungs-) Betrieben ermöglichen sollen.

2.4.3. Kernaufgabe der politischen Weiterbildung

In der politischen Bildung wird ein offener Dialog über Toleranz und Mitmenschlichkeit geführt. Herausragende Aufgaben sind dabei der Abbau von Vorurteilen, die Förderung eines stabilen Selbstwertgefühls, die Vermittlung von Werten wie Empathie, Solidarität, Hilfsbereitschaft und Fürsorge, die Entwicklung moralischer Urteilskompetenz, politischer Mündigkeit und alternativer Lösungsmechanismen von Konflikt- und Problemlagen.

Insgesamt ist eine zielgruppenspezifische Aufklärung entscheidend, die beispielsweise Alter und Bildungsstand, aber auch geschlechtsspezifische Besonderheiten bei den Adressantinnen und Adressaten berücksichtigen. Dies ist die **Kernaufgabe der Weiterbildungseinrichtungen** in der politischen Erwachsenenbildung.

Ein Kernauftrag der öffentlich getragenen Weiterbildung liegt darin, alle Bürgerinnen und Bürger zu befähigen, sich mit gesellschaftspolitischen Veränderungsdynamiken und Konflikten in der Einwanderungsgesellschaft, mit Formen und Folgen von Diskriminierung sowie mit Ideologien, Vorurteilen und Feindbildern auseinanderzusetzen. In diesem Sinne wird Bildung in der Einwanderungsgesellschaft als eine umfassende Aufgabe verstanden, die sich an alle Erwachsenen unabhängig von ihrer Herkunft und Kultur wendet.

Da Migrationsgesellschaft eine Gesellschaft mit zunehmender ethnischer und kultureller Pluralisierung meint, ist es Aufgabe auch der Erwachsenenbildung, rassistische und ethnozentrische Vorurteile und Feindbilder zu bekämpfen und Kommunikation und Austausch über vermeintliche oder tatsächliche kulturelle und ethnische Grenzen hinweg zu fördern. Dazu gehört die Vermittlung von Wissen über andere Länder und Kulturen, über die Bedingungen weltweiter Migrationsströme ebenso wie die Auseinandersetzung mit sozialer und rechtlicher Ungleichheit und mit unterschiedlichen Lebenswelten und Milieus in unserer wie anderen „modernen“ Gesellschaft(en). Die Auseinandersetzung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit diesem Thema muss freiwillig stattfinden. Geeignet ist hierfür die Kommunikation in

sogenannten Schutzräumen, in denen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre Meinungen offen äußern können

Solcherlei ambitionierte Angebote der politischen Erwachsenenbildung zielen immer auch auf die Stärkung des demokratischen und zivilgesellschaftlichen Bewusstseins wie auf die Einübung ebensolchen Handelns. Sie sind darüber hinaus zielgruppennah konzipiert und berücksichtigen andere Diversity-Kategorien wie Alter, Geschlecht, sexuelle Orientierung usw.

Ziel der Weiterbildungspolitik des Landes mit ihren Förderungsinstrumenten im Bereich der Erwachsenenbildung ist es ausdrücklich, die Unterschiedlichkeit der Weiterbildungseinrichtungen zu nutzen und zu fördern und gleichzeitig über die Förderung der Zusammenarbeit der Einrichtungen untereinander ein spannendes und für die politische Kultur Bremens wichtiges, differenziertes Weiterbildungsprogramm vital zu erhalten und weiterzuentwickeln.

2.4.4. Beispiele aus den Angeboten der Weiterbildungseinrichtungen

Im Folgenden seien stellvertretend einige Beispiele für einschlägige Bildungsangebote bremischer Weiterbildungseinrichtungen genannt:

(a) Volkshochschule Bremerhaven

Die Volkshochschule Bremerhaven hat gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung, Außenstelle Bremerhaven, das Bündnis „Wir in Bremerhaven – für Respekt, Toleranz und Demokratie“ initiiert. Darüber hinaus bietet die Volkshochschule Bremerhaven Seminare an, die über die Geschichte des Nationalsozialismus aufklären und informieren sollen. Hier seien insbesondere Veranstaltungen über Bremens und Bremerhavens Polizei erwähnt, wie die Vorträge „Die Polizei im NS-Staat – historische Hintergründe und Konsequenzen für die heutige Polizei“ oder „Bremer Polizeibataillone im 2. Weltkrieg“.

(b) Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer

Das Seminar „Schafft Deutschland sich ab?“ der WISOAK (Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer Bremen gGmbH) knüpft an der Debatte um die Thesen Sarrazins an und stellt seine Thesen auf den Prüfstand. Zielrichtung dieses Angebotes ist das weit verbreitete Unbehagen, das mit der Entwicklung unserer Gesellschaft zur Migrationsgesellschaft verbunden ist, soweit als möglich „besprechbar“ zu machen und die Auseinandersetzung mit solchen Haltungen zu ermöglichen und zu fördern. Das kann nur dann gelingen, wenn die oft hinter aggressiven und ausgrenzenden Meinungen stehenden Befürchtungen und Bedürfnisse angesprochen werden und dürfen und zum Gegenstand der Information und Auseinandersetzung im Seminar werden können.

(c) Bremer Volkshochschule

Auf der Grundlage interaktiv und erfahrungsorientiert angelegter Methodenprogramme aus dem interkulturellen Spektrum stellt die Bremer Volkshochschule durch ihr Seminar „Interkulturelles Lernen“ vielfältigste Zugänge und Methoden zum interkulturellem Lernen vor und reflektiert sie. Dabei geht es zunächst um die eigene Sensibilisierung für interkulturelle Lernprozesse, Erfahrungslernen und Selbstreflexion. Die bewährten Methoden bieten einen professionellen Umgang mit interkulturellen Konfliktfragen. Interkulturelle Kompetenz soll verstanden und erfahrbar gemacht werden (siehe auch C 3.1.)

(d) Bildungsgemeinschaft Arbeit und Leben Bremerhaven e.V.

Als externe Koordinierungsstelle koordiniert die Bildungsgemeinschaft Arbeit und Leben Bremerhaven e.V. den Lokalen Aktionsplan Bremerhaven. Die Vernetzung der Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner ist dabei ein weiteres wesentliches Ziel. Gemeinsam entwickeln alle Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner eine Strategie gegen rechtsextreme, fremdenfeindliche und antisemitische Tendenzen. Im Grundsatz richten sich diese Projektvorhaben an junge Erwachsene, an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und an einflussreiche Akteurinnen und Akteure. Die Projekte dienen ebenfalls dazu, das interkulturelle Lernen sowie die antirassistische Bildungsarbeit zu entwickeln und den kulturellen sowie interreligiösen Austausch unter den Bürgerinnen und Bürgern zu fördern. Als Mitglied des Landesberatungsnetzwerkes „pro aktiv gegen rechts – Mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven“, setzt sich die Bildungsgemeinschaft Arbeit und Leben Bremerhaven e.V. auf mehreren Ebenen und in einem abgestimmten Vorgehen mit weiteren staatlichen Institutionen sowie Organisationen und Initiativen der Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit aktiv ein.

2.5. Abteilung Wissenschaft

Eine Rücksprache mit der Rechtsstelle der Universität Bremen und der Rechtsstelle der Fachhochschulen und der Kunsthochschule hat ergeben, dass rechtsradikale oder rechtsextremistische Aktivitäten von Einzelpersonen oder Gruppierungen an den staatlichen Hochschulen nicht registriert oder gemeldet worden sind.

Direkte oder indirekte Verbindungen oder Kontakte von einer der in Bremen zu verzeichnenden Burschenschaften, studentischen Verbindungen bzw. Korporationen zu rechtsextremen Gruppierungen oder eigene rechtsextremistische Aktivitäten der Burschenschaften sind nicht bekannt. Der ASTA hat am 14.09.2011 eine deutliche Position zum Thema Burschenschaften und Verbindungen formuliert.

Die Hochschulen setzen sich in ihren Leitbildern, aber auch in Lehrveranstaltungen mit vielfältigen Aspekten des Themas auseinander.

In der Universität Bremen findet in jedem Jahr der „Tag des Gedenkens“ in Erinnerung an die Befreiung von Auschwitz statt. Dazu gab es 4 Veranstaltungen in 2013:

- Hauptveranstaltung mit dem Leiter der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg
- Prof. Dr. Schminck-Gustavus: " Keine Haupttäter. Zur juristischen Aufarbeitung von Holocaust-Verbrechen durch die Bremer Staatsanwaltschaft 1964-1970"
- Forschungsstelle Osteuropa, Vorführung des Dokumentarfilms "Leise gegen den Strom"
- Prof. Dr. Axel Dunker, Neuere und neuste Literaturgeschichte Universität Bremen: "Die Rolle des Holocaust in der Gegenwartsliteratur"

Für 2014 ist geplant, diese Veranstaltung unter Beteiligung von Studierenden zur Rolle von Mathematik und Computer im Nationalsozialismus durchzuführen.

Im Fachbereich 9 – Kulturwissenschaften finden Veranstaltungen im Studienprogramm einiger Fächer zum Thema Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit statt, beispielsweise zum Thema „Juden in Bremen“, in der es um eine Auseinandersetzung mit Antisemitismus sowie eigenen Vorurteilen und Stereotypen geht. Das Seminar zur Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland befasst sich mit der Aufarbeitung der NS-Geschichte und (neo-)nazistischen Gruppen nach 1945.

Das an der Arbeitsstelle Chancengleichheit angesiedelte Projekt „enter science“ für Studierende mit Migrationshintergrund thematisiert Ausgrenzungsmechanismen im Wissenschaftsbetrieb und zielt auf nachhaltige Veränderungsprozesse im Sinne einer interkulturellen Öffnung und Antidiskriminierung. Im Rahmen dieses Projekts wurde das Seminar „Ich fühl' mich hier fremd!“ durchgeführt, bei dem es um eine Auseinandersetzung mit Diskriminierungs- und Fremdheitserfahrungen ging. Im Seminar „Irgendwie anders?“ fand eine filmische Auseinandersetzung mit Diskriminierung und Fremdheit statt.

Zwei Forschungsprojekte zum christlich-islamischen Dialog befassen sich mit anti-islamischen Ressentiments im öffentlichen Diskurs und Vorurteilen gegenüber Gläubigen.

Das Institut für Geschichtswissenschaft (Frau Dr. Schöck-Quinteros) führt mit Studierenden der Geschichtswissenschaft regelmäßig Projekte unter dem Titel "Von den Akten auf die Bühne" durch, die sich in den vergangenen Jahren mit Aspekten des Nationalsozialismus auseinander gesetzt haben.

In der Hochschule Bremen wird das Thema Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in der Fakultät Gesellschaftswissenschaften durch eine neue Professur mit vertreten. Dadurch ist gewährleistet, dass einschlägige relevante Zusammenhänge und Phänomene angemessen fachwissenschaftlich in Lehre und Forschung an der Hochschule Bremen einfließen, zum Beispiel im Studiengang Soziale Arbeit.

Die Hochschule Bremen spricht sich als internationale Hochschule mit interkulturellem Campus in ihrem Leitbild aus dem Jahr 2000 für eine demokratische und aufgeklärte, alle Lebensstile und Kulturen achtende Gesellschaft und gegen Intoleranz und jegliche Form der Diskriminierung aus.

Die Hochschule für Künste hat sich intensiv mit ihrer eigenen Rolle im Nationalsozialismus beschäftigt (Nordische Kunsthochschule Bremen). Im Studiengang Freie Kunst fand darüber hinaus eine Befassung mit dem Thema „Kunst im Dritten Reich“ statt.

3. Maßnahmen im Bereich des Senators für Kultur

Ein verändertes, modernes Bild von Multikulturalität als Beitrag zur Kommunikation und Verständigung zwischen Menschen entstehen zu lassen, die einen unterschiedlichen kulturellen Hintergrund haben, ist Anliegen der vielen interkulturellen Projekte der Stadtkultur. Kulturelle Vielfalt soll als kultureller Reichtum, auch des nachbarschaftlichen Zusammenlebens, erfahrbar und auch öffentlich gemacht werden. Dabei werden in der Regel keine expliziten Programmatiken gegen rechts, sondern für eine weltoffene, tolerante Gesellschaft formuliert, bei denen die kulturelle Freiheit des Andersdenkenden und der Respekt und die Achtung anderer Lebens- und Gesellschaftsformen im Mittelpunkt stehen.

Im Kulturbereich wird die Thematik mit ihren Erscheinungsformen sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart vielfältig aufgegriffen und bearbeitet. Dies betrifft zum einen den Bereich der stadtkulturellen Veranstaltungen, und hier besonders die Bremer Volkshochschule, aber auch Veranstaltungsformate im Kontext (z.B. Gypsy, Anne Frank-Projekt u.a., s.u.).

In der kulturellen Praxis wird ein Gesellschaftsmodell ohne Ausgrenzung gelebt, welches Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit den Nährboden entzieht.

Als zentraler Punkt kann die konkrete Begegnung zwischen – insbesondere - Jugendlichen in der gemeinsamen künstlerischen Produktion gesehen werden, der in diesem präventiven Sinne eine besondere Bedeutung zukommt. Der Förderschwerpunkt im Bereich der interkulturellen Kulturförderung des Programms „Bremen, Stadt der vielen Kulturen“ liegt daher heute bei künstlerischen Projekten mit interkulturellem, integrativem und kommunikativem Schwerpunkt.

3.1. Exemplarische Projekte

Die Vielfalt der verschiedenen Projekte kann hier nur in Auszügen dargestellt werden. Es sei darauf hingewiesen, dass zwar eine Reihe von Aktivitäten im Kinder- und Jugendbereich angesiedelt sind, viele Programme aber bewusst auf die „Mitte der Gesellschaft“ zielen und versuchen, ein möglichst breites Publikum für die hier in Rede stehenden Themen zu interessieren (Bspw. Gypsy-Festival, „Aus den Akten auf die Bühne“ oder „Graben für Germanien“)

- Unter dem Motto „Aus den Akten auf die Bühne“ erarbeitet die Projektleiterin und Dozentin der Uni Bremen, Dr. Eva Schöck-Quinteros, zusammen mit Geschichtsstudierenden und der bremer shakespeare company seit 2007 szenische Lesungen an Originalschauplätzen in Bremen. Das bundesweit einmalige Projekt verbindet forschendes Lernen und dramaturgische Arbeit miteinander. Ziel ist es, historische Akten auf der Bühne zum Sprechen zu bringen und auf diese Weise einem breiten Publikum quellenbasierte Forschung zugänglich zu machen. 2012 widmete sich die Reihe Margarethe Ries, die als „Kapo“ in Auschwitz Häftlinge misshandelt und getötet hat.
- Herausragende Arbeit leistet die Deutsche Kammerphilharmonie Bremen an der Gesamtschule Ost mit den „Stadtteil-Opern“ und dem Projekt „Melodie des Lebens“, bei deren Umsetzung Kinder und Jugendliche aus einem Stadtteil mit mehr als 60 Herkunftsnationen aktiv in die kulturelle Arbeit einbezogen werden.

- Das Kommunalkino „City 46“ bringt regelmäßig Filme zur Aufführung, die gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und für eine tolerante und offene Gesellschaft wirken, zur Aufführung. Exemplarisch sind das jährlich stattfindende Queerfilm-Festival, das Übermut-Festival zur Zivilcourage (2011), das Seminar zu den Nürnberger Prozessen im Film (2012) oder die Tagung „Alltagsrassismus in Deutschland“ (2012) zu nennen.
- Der Schlachthof hat 2012 mit dem „Gypsy Festival“ ein Forum des interkulturellen Dialogs mit Sinti und Roma geschaffen. Die Veranstaltung thematisierte in Workshops, Konzerten, Ausstellungen und Vorträgen neben der Verfolgung durch die Nationalsozialisten und den bis heute bestehenden Vorurteilen Aspekte wie Literatur, Musik, Theater oder die typische Küche der Sinti und Roma.
- Das Schnürschuh Theater versucht, in seinen Inszenierungen Themen wie Toleranz, Radikalismus und Demokratie aufzugreifen und stellt unter anderem mit dem Stück „... und morgen die ganze Welt“ schauspielerisch den Prozess des Abdriftens in die rechte Szene dar.
- Das Bürgerzentrum Neue Vahr hat 2012 dem Themenkomplex Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit mit einer Ausstellung zum Leben von Anne Frank einen besonderen Schwerpunkt gewidmet. Neben der Ausstellung fanden Workshops zu verschiedenen Aspekten des Rechtsextremismus und seiner Bekämpfung (Kodes und Signale, Werbestrategien der extremen Rechten, Zivilcourage u.a.), Lesungen, Filmvorführungen sowie Fachtagungen für Lehrende und Betreuende in Schulen und Kindergärten statt. Abgerundet wurde das Programm durch Opern- und Schauspielinszenierungen im Moks-Theater und Schnürschuh-Theater.
- Die Jungen Akteure, die mehrfach preisgekrönte Jugendtheaterschule des Moks-Theaters am Bremer Theater, nimmt sich in der Spielzeit 2012/13 einer besonderen Thematik an: Der Regisseur Mirko Borscht wird LARGER THAN LIFE an einem besonderen, nicht theatralen Ort in Bremen mit ca. 30 jugendlichen Darstellern erarbeiten. Der Projektzeitraum erstreckt sich von Oktober 2012 bis Juni 2013. Nach Motiven der Dokumentation „Der Rebell“ von Yuri Winterberg wird die extreme Biografie des Neonazis und Chefdenkers der rechten Szene, Odfried Hepp, zum Ausgangspunkt für eine Stückentwicklung über eine radikale Suchbewegung. Der Fokus der Arbeit wird nicht in der detailgetreuen Abbildung des Lebens von Odfried Hepp liegen, sondern in der Interpretation durch die jugendlichen Schauspieler.
- Im Übersee-Museum ist das im letzten Bericht ausführlich dargestellte FIES-Projekt weitergeführt worden. Mit Jugendlichen unterschiedlichster Herkunft wird dabei in zahlreichen Einzelprojekten die eigene Identitätssuche thematisiert. Die Altersgenossen ohne Migrationshintergrund erleben durch das Projekt in direkter Konfrontation mit anderen Lebenswelten die Problematiken dabei, was zum tieferen Verständnis im Miteinander in der gemeinsamen Welt führt.
- Im Frühjahr 2013 hat das Focke-Museum die Sonderausstellung „Graben für Germanien. Archäologie unterm Hakenkreuz“ eröffnet. Sie basiert auf den Ergebnissen des seit 2010 bestehenden Forschungsprojektes „Vorgeschichtsforschung in Bremen unterm Hakenkreuz“, das von der

Volkswagen Stiftung im Rahmen ihres Programms „Forschung in Museen“ unterstützt wird. Die Ausstellung ist eine Kooperation des Museums mit der Bremer Landesarchäologie und dem Institut für Geschichtswissenschaft der Universität Bremen. Zentrales Thema der Ausstellung ist die wechselseitige Beeinflussung von Politik und Archäologie während des Nationalsozialismus.

- Die Volkshochschule Bremen geht mit ihren Kursangeboten seit vielen Jahren aktiv gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit vor. Dies betrifft eine Reihe von Veranstaltungen, die sich mit Zivilcourage, interkulturellem Lernen oder bremischer Geschichte im Nationalsozialismus befassen. Hier reiht sich die VHS in die Angebote anderer bremischer Weiterbildungsträger ein (vgl. Teil C 2.4.4). Hingewiesen sei auf den Hauptsitz Bamberger Haus: Hier ist eine Dauerausstellung zur Familie Bamberger zu sehen, die die Vertreibung einer jüdischen Familie aus Bremen eindringlich vor Augen führt.
- Im Lagerhaus fand im April 2012 das jüdisch-muslimische Jugendprojekt „Köfte Kosher“ statt, bei dem die Teilnehmer unter künstlerischer Anleitung dem Lebensweg der Opfer rechter Gewalt in den letzten 20 Jahren in Deutschland nachspürten. Die Ergebnisse wurden in einem Gedenk pavillon am Fehrfeld festgehalten. Kooperationspartner waren unter anderem der Muslimische Dachverband Schura Bremen, die Jüdische Gemeinde und Pro-aktiv-gegen-rechts Bremen.
- Das Gustav-Heinemann-Bürgerhaus in Vegesack beherbergt unter anderem die „Internationale Friedensschule“, die sich generationsübergreifend der regionalen und internationalen Friedensarbeit verschrieben hat. Angeboten werden unter anderem Führungen durch den U-Boot-Bunker „Valentin“; beteiligt ist die Organisation auch an der Durchführung des „Stolperstein“-Projekts.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass eine erfolgreiche kulturelle Arbeit gegen Fremdenfeindlichkeit und für eine demokratische Gesellschaft auf den Prozess der biografischen kulturellen Bildung setzen muss, um so zur intellektuellen wie moralischen Stärkung insbesondere von Kindern und Jugendlichen beizutragen.

Sowohl die internationalen Begegnungen mit Jugendlichen aus aller Welt, als auch die gemeinsame Arbeit in den Stadtteilen, in denen immer mehr Ethnien vertreten sind, entfaltet ihre positive Kraft durch die künstlerischen Sprachen, die Barrieren des Ausdrucks zu überwinden vermögen, wie z.B. der zeitgenössische Tanz unter Einbeziehung seiner multikulturellen Prägungen. Gerade die Erfahrung von Differenz und der gleichberechtigte Austausch darüber sind geeignet, Rechtsradikalismus und Rassismus ihre Basis zu entziehen.

3.2. Förderziele

Entscheidungen über Förderungen kultureller Vorhaben werden in der Deputation für Kultur getroffen. Die vorab durch das Ressort vorgebrachten Förderempfehlungen haben zum Ziel, künstlerische Produktivität zu fördern, neuen Entwicklungen Raum zu geben, kulturelles Erbe zu pflegen und der gesamten Bevölkerung ein möglichst breites Abbild der kulturellen Vielfalt in Vergangenheit und Gegenwart zu präsentieren. In diesem Zusammenhang werden gleichsam Toleranz und interkulturelle Begegnung gefördert. Der freiheitlich-demokratischen Grundordnung widerstrebende Projekte und Institutionen sind von Zuwendungsempfehlungen ausgeschlossen.

Hingewiesen sei auf die in Bremen seit Jahren bewährte soziokulturelle Arbeit, die ebenso wie die vielfältigen Projekte kultureller Bildung an den Erfahrungen und Bildungsbedürfnissen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer orientiert sind. Gerade in der kulturellen Bildung steht das Leitbild des schöpferisch tätigen, gemeinschaftsfähigen Menschen im Mittelpunkt der Arbeit. Künstlerische Arbeit kann dabei helfen, für Kinder und Jugendliche belastende Situationen unter Berücksichtigung kultureller Vielfalt zu thematisieren und zu reflektieren. Daher ist es das ausdrückliche Ziel, Kinder und Jugendliche möglichst früh unter professioneller Anleitung an ihre eigenen kreativen Ausdrucksmöglichkeiten heranzuführen.

4. Maßnahmen im Bereich Sport

Ein landesweites Beratungsnetzwerk (insbes. Senator für Inneres u. Sport, LKA, Bündnis „pro aktiv gegen rechts“, Polizei, Jugend- u. Sozialarbeit, LSB) sorgt dafür, dass vorrangig Vereine und Vereinsgaststätten über Art und Weise rechtsextremistischer Aktivitäten informiert werden (z.B. Kostenlose Broschüre „Rechtsextremisten nicht auf den Leim gehen“). Ziel dabei ist, Sportvereine für Anmietversuche von Sportanlagen und Vereinsgaststätten von rechtsextremistischen Gruppen für u.a. Tagungen oder Rechtsrockkonzerte zu sensibilisieren.

Darüber hinaus ist unter Federführung des Sportamtes Bremen ein „Runder Tisch gegen Gewalt u. Rassismus im Sport bzw. im Amateurfußball“ (weitere Beteiligte: Innenressort, Polizei, Bremer Fußballverband sowie Landessportbund Bremen) eingerichtet worden. Er wird u.a. bei Bekanntwerden rechtsextremistisch orientierter Ausschreitungen bzw. entsprechender Unterwanderung im Sport tätig (z.B. Aussprechen von Hausverboten bei Ausschreitungen sowie Information an Vereinsvorständen bei Erkenntnis drohender rechtsextremistischer Unterwanderung von Vereinsabteilungen).

Um rechtsextremistischen Aktivitäten in Vereinen wirksamer entgegenzutreten zu können, sind die Sportförderrichtlinien überarbeitet worden. Danach muss identifizierten extremistisch agierenden Personen (Übungsleiter), Abteilungen oder ganzen Vereinen keine Sportförderung mehr gewährt werden, wenn sie in den jeweiligen Vereinen wirken und andere Bemühungen wie Hinweise seitens der Polizei, des Sportamts oder des Ressorts keine Wirkung zeigen.

Als wichtige präventive Maßnahme zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus ist das Projekt „Sport gegen Gewalt, Intoleranz u. Rassismus“ im Rahmen des Handlungskonzepts „Stopp der Jugendgewalt“ anzusehen. Es setzt sich in besonderer Weise mit der Gewaltbereitschaft jugendlicher Gruppen in verschiedenen Bremer Stadtteilen auseinander.

Mit seinen wohnortnahen, niedrighschwellig angelegten Sport- und Bewegungsangeboten werden insbesondere Jugendliche und Heranwachsende verschiedenster Herkunft angesprochen, die von der traditionellen Vereinsarbeit bisher nicht profitieren konnten. Elementarer Bestandteil des Projekts sind Fußballnächte für Freizeit- und Hobbymannschaften in verschiedenen Stadtteilen Bremens. Wie sich gezeigt hat, bedeuten diese sportlichen Angebote für die soziale Arbeit oft noch die einzig verbleibende Möglichkeit von Anknüpfung und Erreichbarkeit von sozial auffälligen Jugendlichen.

Das vorrangige Ziel des Projekts besteht darin, durch attraktive jugendgemäße Sport- und Bewegungsangebote Spannungen zwischen zu Gewalt neigenden Jugendlichen unterschiedlicher Kulturkreise vorzubeugen oder abzubauen.

Der „Kick um Mitternacht“ wird einmal monatlich jeweils freitags oder samstags von 22.00 bis ca. 2.00 Uhr für Jugendliche im Alter zwischen 16 und 26 Jahren veranstaltet. Aufgrund der großen Nachfrage finden Fußballnächte mittlerweile in sieben Bremer „Brennpunkt-Stadtteilen“ statt und zwar in Hemelingen, Huchting, Marßel, Lüssum, Gröpelingen, Kattenturm und in der Vahr. Allein im Jahr 2011 nahmen über 5000 Aktive an 68 Fußballnächten teil.

Weitere Aktivitäten des Projekts "Sport gegen Gewalt, Intoleranz und Rassismus" sind u.a. die

- Organisation von Fortbildungen, wie Konflikttrainingsseminare für die Übungsleiterinnen und -leiter sowie die Betreuerinnen und Betreuer der Sportnächte
- Organisation von Übungsleiter-Lizenz-Lehrgängen in verschiedenen Stadtquartieren
- Durchführung von sportbezogenen Veranstaltungen für unterschiedliche Zielgruppen, wie z.B. Tanz- und Kampfsport-Workshops für Mädchen. Im Angebot der Sportarten stehen hier insbesondere Bewegungsformen aktueller Jugendkulturen.

Um die Aktionen und Angebote in den jeweiligen Stadtteilen umzusetzen, arbeitet das Projekt in der Vorbereitungs- und Durchführungsphase eng mit verschiedenen Kooperationspartnern, wie Sportvereinen, Trägern der Kinder- und Jugendhilfe sowie weiteren Institutionen vor Ort zusammen.

5. Maßnahmen der Landeszentrale für politische Bildung

Im Mittelpunkt der Arbeit der Landeszentrale für Politische Bildung steht die Werbung für die demokratischen Grundlagen und Strukturen der Bundesrepublik Deutschland, für die Demokratie als die lebendige Gestaltungskraft der Gesellschaft. Die Vermittlung der entsprechenden verfassungsrechtlichen Grundlagen, die als Konsequenz aus der deutschen Geschichte speziell im 20. Jahrhundert entstanden sind, ist als Auftrag der nachhaltigen staatlichen politischen Bildungsarbeit zu verstehen. Die Landeszentrale für politische Bildung Bremen hat in der Umsetzung dieses Auftrags eine Reihe unterschiedlicher Formate zur Auseinandersetzung mit der deutschen Politik und Geschichte entwickelt. Hier soll sich über die Erarbeitung eigenständiger Meinungsbildungsprozesse ein gefestigtes demokratisch geprägtes Bewusstsein herausbilden. Dies bietet den besten Schutz gegen die Verbreitung von fremdenfeindlichen und rechtsextremistischen Tendenzen bietet.

Zu den Angeboten und Tätigkeiten der Landeszentrale für politische Bildung gehören jährlich:

- das Programm zum „27. Januar - Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ als vernetztes Projekt in Zusammenarbeit mit der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und dem Bremer Verein "Erinnern für die Zukunft e.V.",
- die Durchführung europapolitischer Seminare und Studienfahrten zur Information und Auseinandersetzung über den Stand der europäischen Integration als Konsequenz aus dem deutschen Sonderweg in der ersten Hälfte des 20.

Jahrhunderts,

- die Durchführung des jährlichen Wettbewerbs um den Jugendpreis des Bremer Senats "Dem Hass keine Chance",
- Gedenkstättenfahrten, Seminare zum Thema „Propaganda im Film“ in Kooperation mit dem City 46,
- die Durchführung des Erinnerungsprojektes „Stolpersteine Bremen“ zusammen mit dem Kölner Bildhauer und Aktionskünstler Gunter Demnig,
- die Betreuung der Bremer Aktivitäten des bundesweiten Projekts „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“
- sowie der Aufbau einer nationalen Gedenkstätte „Denkort Bunker Valentin“ in Bremen-Farge.

Darüber hinaus ist die Landeszentrale regelmäßig federführend bei der Durchführung von sogenannten „Juniorwahlen“ im Vorfeld von Bürgerschafts-, Bundestags- oder Europawahlen in Bremen. 13 000 Schülerinnen und Schüler nahmen in Bremen an diesem Projekt alleine im Jahr 2011 im Vorfeld der Bürgerschaftswahlen teil. Im Unterricht werden die wesentlichen Merkmale der Demokratie gemäß Grundgesetz erarbeitet und die Erkenntnisgewinne dann in einer Wahl praktisch erprobt. Dabei kommt der dazu regelmäßig von der Landeszentrale in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung erarbeitete „Wahl-O-Mat“ zum Einsatz - ein Internet-Tool zur Erläuterung der programmatischen Forderungen der politischen Parteien. Diese Maßnahmen der politischen Bildung setzen sich gezielt auch mit real existierenden Gruppierungen des rechtsextremen Politikspektrums auseinander. Die Erfahrung anhand der tatsächlichen Stimmabgabe der Erstwähler zeigt, dass dies Instrument zu einem messbaren demokratischen Erfolg bei der Orientierung der jungen Leute führt.

Als staatliche Organisation, die der Überparteilichkeit und Unabhängigkeit verpflichtet ist, hat die Landeszentrale für politische Bildung Bremen eine tragende Funktion bei der Netzwerkbildung inne. Insbesondere übernimmt sie bei großen Projekten, wie z.B. bei Ausstellungen mit umfangreichen Begleitprogrammen, die inhaltliche und organisatorische Koordinierung in der Konzeptphase, die Sicherstellung der Gesamtfinanzierung, die zentrale Öffentlichkeitsarbeit, die Steuerung der Durchführung und die Abwicklung der verschiedenen Projektteile. Die Landeszentrale kann überdies ergänzende Programmangebote leisten, die auch Bezüge zur Lokal- und Regionalgeschichte Bremens herstellen. Mit diesem integrierten Ansatz werden immer wieder milieuübergreifende Begegnungen ermöglicht und für die teilnehmenden Einrichtungen neue Zielgruppen erschlossen.

6. Maßnahmen in der Öffentlichen Verwaltung: Berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung

In der Ausbildung und Aufstiegsfortbildung für die bremische Verwaltung spielt die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, mit Fremdenhass und Ausländerfeindlichkeit eine große Rolle – historisch und aktuell, u.a. in Politik, Staats- und Verfassungsrecht, Verwaltungslehre, Beamten- und Arbeitsrecht des öffentlichen Dienstes. Wiederholt wurden Projektwochen durchgeführt, die sich kritisch mit Ausländerfeindlichkeit und konstruktiv mit den Aufgaben der Verwaltung hinsichtlich der Gleichbehandlung und Integration von Bremerinnen und Bremern mit Migrationshintergrund befassten. Die Verwaltungsschule der Freien Hansestadt Bremen plant, wie andere berufliche Schulen auch, offizielle „Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage“ zu werden.

In der Fortbildung des öffentlichen Dienstes sind besonders die Maßnahmen zur Hebung der interkulturellen Kompetenz der Dienststellen und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hervorzuheben. In einer breit angelegten Kampagne („IKÖ“) wurden und werden inzwischen schon etwa 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus fast allen bremischen Dienststellen geschult, um die Verwaltung interkulturell stärker zu öffnen. Diese Maßnahmen finden mit europäischer Förderung im Rahmen des ressortübergreifenden Fortbildungsprogramms der Senatorin für Finanzen statt, werden vom Aus- und Fortbildungszentrum für den bremischen öffentlichen Dienst (AFZ) koordiniert und in Kooperation mit der Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer realisiert. Inzwischen werden sie in mehreren Dienststellen als Inhouse-Veranstaltungen durchgeführt und mit der Frage verknüpft, welche Ansatzpunkte auch für die organisatorische Weiterentwicklung der Verwaltung aus der interkulturellen Öffnung resultieren. Auch in der Erstausbildung ist „IKÖ“ als fester Bestandteil implementiert.-

Diese Maßnahmen richten sich nicht unmittelbar und explizit *gegen* Rechtsextremismus, sondern wirken *für* die Bildung von Kompetenzen und Haltungen, die in diametralem Gegensatz zum Kern rechtsradikaler Gedanken und Haltungen stehen. Sie setzen sich daher mittelbar mit Rechtsradikalismus auseinander (die interkulturellen Trainer müssen sich denn auch aus Erfahrung zum Thema „Wie setze ich mich mit Stammtisch-Parolen auseinander?“ schulen) und wirken in hohem Maße präventiv.

Gleiches lässt sich auch für andere Qualifizierungsmaßnahmen sagen, die sich im Rahmen von Diversity-Management mit der Förderung von Vielfalt beschäftigen und dabei Sozialkompetenzen entwickeln und stärken, die auf Respekt vor der Individualität der Menschen und Toleranz aufbauen.

Im weiteren Sinne gegen Rechtsextremismus und Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft wirken auch Qualifizierungsmaßnahmen, die die Konfliktfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stärken, die zu Konfliktmanagement befähigen und, falls akute Konfliktsituationen entstehen, Deeskalationstraining anbieten. In Planung sind Angebote für interessierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wie Zivilcourage und Handlungsfähigkeit insbesondere in Gewaltsituationen gestärkt werden können.

D. Bewertung und Ausblick

Die Darstellung der Maßnahmen zeigt ein sehr umfangreiches und buntes Spektrum von Ansätzen, Konzepten und Maßnahmen zur Bekämpfung von Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit. Die in diesem Bericht zusammengetragenen Erkenntnisse zeigen aber auch, dass es keinen Anlass gibt, bei den Anstrengungen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus nachzulassen. Dies bleibt angesichts der Erkenntnisse im Zusammenhang mit der so genannten NSU-Gruppe und den Erhebungen der der Friedrich-Ebert-Stiftung zur „Mitte der Gesellschaft“ eine permanente Aufgabe.

Die Zahl der Mitglieder und Anhänger rechtsextremistischer Organisation ist zwar im Land Bremen vergleichsweise gering. Es gilt allerdings zu berücksichtigen, dass auch im näheren Umland rechtsextremistischen Personen und Organisationen agieren, die Verbindungen mit der einschlägigen Szene in Bremen haben. Zu beachten ist auch, dass bundesweit agierende Organisationen die besonderen Gegebenheit des Stadtstaates Bremen zu nutzen bereit sind und sich mit massivem Mitteleinsatz in Wahlkämpfe einzumischen.

Trotz großer finanzieller und organisatorischer Anstrengungen ist es den rechtsextremistischen Organisationen, namentlich der NPD, nicht gelungen, bei den Wahlen zur Bürgerschaft und zu den Beiräten nennenswerte Erfolge zu erzielen.

Dafür gibt es sicherlich unterschiedliche Gründe, dies ist aber ganz besonders auch Ausdruck und Ergebnis des enormen zivilgesellschaftlichen Engagements von Vereinen, Verbänden, Institutionen und Privatpersonen. Dieses Engagement gilt weiterhin anzuerkennen und zu stärken.

Straftaten im Bereich Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sind im Land Bremen nach wie vor qualitativ und quantitativ nicht sonderlich auffällig. Sie müssen weiterhin konsequent verfolgt und geahndet werden. Der Hinweis auf den geringen Umfang ist jedoch nur eine Zustandsbeschreibung. Sie kann durch eine einzige schwere Straftat ins Gegenteil verkehrt werden, denn jede Straftat dieser Art trifft nicht nur die unmittelbar Betroffenen, sondern ein mehr oder weniger große Gruppe von Menschen.

Der Senat wird auch in Zukunft energisch jenen Bestrebungen entgegentreten, die die nationalsozialistische Ideologie ganz oder in Teilen propagieren, die in deren Namen die demokratische Staatsform bekämpfen und die im Zeichen rassistischer Verblendung und historischer Leugnung anderen Menschen die Daseinsberechtigung bestreiten oder ihnen fremdenfeindlich motivierte Gewalt antun.

Dies gelingt nicht allein durch Maßnahmen staatlicher, kommunaler und freier Akteure. In besonderem Maße gilt es, Strategien zur Werteorientierung und zur Herstellung sozialer Bindungen der Bürgerinnen und Bürger, gleich welcher Nationalität, Religion und Herkunft zu erarbeiten und vor allem anhaltend zu umzusetzen. Wesentliche Voraussetzung, um Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit gar nicht erst entstehen zu lassen, ist es, jungen Menschen zu qualifizierten Schulabschlüssen zu verhelfen, ihre Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen zu verbessern sowie die Integration von Ausländern voranzutreiben.

Der Senat wird mit seinen Verwaltungen auch weiterhin unmissverständlich öffentlich gegen rechtsextremistische, fremdenfeindliche und antisemitische Tendenzen und Ereignisse Position beziehen.

Die Initiierung oder Beteiligung an Aktionen und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und für Demokratie und Toleranz sind geeignet die Zivilgesellschaft maßgeblich stärken. So haben sich Dialoge, die in Bremen und Bremerhaven in Gang gesetzt wurden, inzwischen als traditionell wiederkehrende Ereignisse, zum Teil mit hoher Symbolkraft, weiterentwickelt.

Der Senat setzt weiterhin auf das Zusammenspiel präventiver und repressiver Vorgehensweisen, um das Phänomen des Rechtsextremismus einzudämmen. Es ist sein vorrangiges Anliegen, die erfolgreichen präventiven Maßnahmen auch im Zuge knapper finanzieller Ressourcen weiterhin aufrecht zu erhalten und das enorme zivilgesellschaftliche Engagement, das Bremen und Bremerhaven auszeichnet, weiter zu fördern. Dabei empfiehlt es sich, soweit möglich Aktionen und Maßnahmen zu bündeln, sie auf ihre nachhaltige Wirkung hin zu untersuchen und weiterzuentwickeln.

Zudem sind zeitgemäße Aufklärungsmittel für Eltern anzubieten, und es sind ihnen Handlungshilfen und -alternativen zur Verfügung zu stellen. Dies beginnt beim Umgang der Kinder mit dem Internet, geht über das Erkennen rechtsextremistischer Symbole durch Kleidung bis hin zum Umgang mit straffällig gewordenen Heranwachsenden. Die Hilfen für Ausstiegswillige sind fortzuentwickeln. Für 2013 ist die Einrichtung einer speziellen Opferberatungsstelle für Betroffenen rechtsextremer Übergriffe im Rahmen des Landesberatungsnetzwerkes „pro aktiv gegen rechts“ vorgesehen.

In den Städten Bremen und Bremerhaven, die Weltoffenheit und Toleranz für sich in Anspruch nehmen, bleibt die Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie ist Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben und für das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Zugleich trägt diese Haltung ganz wesentlich zum Selbstverständnis sowie zur positiven Außenwahrnehmung des Landes und des Standortes in aller Welt bei.